

Forum
Empirische
Sozialforschung

KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



„Nur nicht, dass der Verfassungsschutz bei mir klingelt.“

Zur Verbreitung rechts- und linksextremistischer
Einstellungen in Deutschland

Sabine Pokorny
Jochen Roose

#KAS4
DEMOCRACY

www.kas.de

„Nur nicht, dass der Verfassungsschutz bei mir klingelt.“

Zur Verbreitung rechts- und linksextremistischer
Einstellungen in Deutschland

Sabine Pokorny
Jochen Roose

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Umschlagfoto: © Timon Studler/unsplash

Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-224-0

Auf einen Blick

Unterstützung für antidemokratische, extremistische Ideen bedroht die Demokratie. Dies gilt unabhängig davon, aus welcher inhaltlichen Richtung diese Ideen kommen. Neben Personen, die vollumfänglich von einer extremistischen Weltanschauung überzeugt sind, verdienen auch jene Aufmerksamkeit, die einzelne Ideen und Aspekte einer extremistischen Ideologie teilen und damit teilweise anschlussfähig sind an extremistisches Gedankengut.

In der vorliegenden Studie untersucht die Konrad-Adenauer-Stiftung drei Fragen:

- › Wie verbreitet sind Einstellungen, die zu allgemeinem Extremismus oder zur links- oder rechtsextremistischen Ideologie gehören?
- › Wie viele Menschen unterstützen Ideen aus mehreren Extremismen?
- › In welchem Maße kommen Einstellungen mit Nähe zu einem Extremismus gemeinsam vor mit weiteren Einstellungen (unter anderem Institutionenvertrauen, Antizionismus und Verschwörungstheorie)?

Extremismus-affine Einstellungen werden mit verschiedenen inhaltlichen Dimensionen erfasst. Diese wiederum werden mit einzelnen Aussagen gemessen.

Dimensionen allgemein Extremismus-affiner Einstellungen:

- › Absolutheitsanspruch
- › Utopismus
- › Fanatismus/Aktivismus
- › Demokratieablehnung
- › Abwertung von Gruppen, die als Gegner bzw. Feind verstanden werden

Dimensionen Rechtsextremismus-affiner Einstellungen:

- › Ethnopluralismus/Rassismus
- › Ausländerfeindlichkeit
- › Antisemitismus
- › Islamfeindlichkeit
- › sozialdarwinistische Haltung

Dimensionen Linksextremismus-affiner Einstellungen:

- › Antikapitalismus
- › Ablehnung des bürgerlichen Staates
- › Antiimperialismus/Antimilitarismus

Verbreitung von Extremismus-, Rechtsextremismus- und Linksextremismus-affinen Einstellungen

Nur eine Minderheit stimmt den abgefragten Aussagen zum Extremismus allgemein, zum Rechtsextremismus und zum Linksextremismus zu.

Beim allgemeinen Extremismus erhalten die Aussagen der Dimension Utopismus die meiste Zustimmung („Ich wünsche mir, dass wir in der Zukunft nach dem wahren Ideal leben“ Zustimmung 33 Prozent; „Nur wenn wir die heutige Gesellschaft überwinden, wird ein wirklich gutes Leben möglich“ 27 Prozent). Die Herrschaft durch eine Person findet dagegen kaum Zustimmung („Es muss eine Person geben, die allein bestimmt, wo es lang geht“ 7 Prozent).

Aussagen aus dem Bereich der rechtsextremen Ideologie wird insgesamt sehr selten zugestimmt. Am häufigsten stimmen die Menschen der Dimension Ausländerfeindlichkeit zu („Wie die Ausländer sich hier benehmen, macht mich wütend“ 14 Prozent), gefolgt von der Dimension Islamfeindlichkeit („Die deutsche Gesellschaft wird durch Muslime unterwandert“ 12 Prozent).

Tendenziell sind Linksextremismus-affine Einstellungen weiter verbreitet als Rechtsextremismus-affine Einstellungen. Vor allem die Dimensionen Antikapitalismus und Antiimperialismus finden eine gewisse Zustimmung. Am höchsten ist die Zustimmung bei der Aussage „Die Reichen beuten die Armen aus“ (42 Prozent). Die Ablehnung des bürgerlichen Staates ist selten („Der bürgerliche Staat gehört abgeschafft“ 4 Prozent).

Die Zustimmung zu den Aussagen geht quer durch die Gesellschaft. Bei Alt und Jung, Männern und Frauen, West- und Ostdeutschen findet sich Zustimmung zu den Aussagen, wenn auch oft nur auf geringem Niveau. Darüber hinaus gibt es einzelne Muster. Eine Reihe von Einstellungen, insbesondere bei den allgemein Extremismus-affinen und den Rechtsextremismus-affinen Einstellungen, finden höhere Zustimmung bei Älteren über 75 Jahre. Insgesamt sind die Ost-West-Differenzen gering. Allerdings stimmen in der Altersgruppe über 75 Jahre ostdeutsche Befragte mehreren Aussagen häufiger zu als westdeutsche Befragte in der Altersgruppe.

Wahlabsicht und die Selbsteinordnung auf der Links-Rechts-Skala hängen zusammen mit der Zustimmung zu Extremismus-affinen Aussagen. Menschen, die sich ganz rechts verorten, und Menschen, die AfD wählen wollen, zeigen höhere Zustimmung zu allgemein Extremismus-affinen Einstellungen und zu Rechtsextremismus-affinen Einstellungen. Bei jenen, die sich ganz links einordnen, und jenen, die die Linke wählen wollen, ist die Zustimmung zu Linksextremismus-affinen Aussagen höher. Einige Linksextremismus-affine Einstellungen werden überdurchschnittlich häufig sowohl von den Wählerinnen und Wählern der Linken als auch der AfD vertreten.

Nichtwählerinnen und Nichtwähler stimmen bei mehreren allgemein Extremismus-, Rechtsextremismus- und Linksextremismus-affinen Aussagen überdurchschnittlich häufig zu.

Extremismus-affine und partiell Anschlussfähige

Erst wenn mehreren Extremismus-affinen Aussagen zugestimmt wird, ergibt sich eine grundsätzliche Nähe zu einem Extremismus. Durch die Kombination von fünf (allgemeiner Extremismus, Rechtsextremismus) bzw. drei (Linksextremismus) Aussagen werden Personen identifiziert, die im jeweiligen Sinne Extremismus-affin oder partiell anschlussfähig sind. Extremismus-Affine sind Personen, die auf der Antwortskala von „stimme überhaupt nicht zu“ (1) bis „stimme voll und ganz zu“ (5) einen Durchschnitt über 4,0 erreichen, also im Durchschnitt mehr als eher zustimmen. Partiiell Anschlussfähige sind Personen, die auf der Antwortskala einen Durchschnitt von über 3,0 erreichen, also im Durchschnitt mehr als „teils/teils“ zustimmen.

Es gibt jeweils 1 Prozent allgemein Extremismus-, Rechtsextremismus- und Linksextremismus-Affine. Zusätzlich sind je 5 Prozent partiell anschlussfähig an allgemeinen Extremismus und Rechtsextremismus. 8 Prozent sind partiell anschlussfähig an Linksextremismus. Ein Vergleich der mindestens partiell Anschlussfähigen (also einschließlich der Affinen) für die drei Richtungen zeigt zahlreiche Ähnlichkeiten.

Für partiell Anschlussfähige (jeweils einschließlich der Extremismus-Affinen) aller drei Extremismen gilt im Vergleich zur Gesamtbevölkerung:

- › Sie vertrauen öffentlichen Institutionen weniger.
- › Sie sind weniger zufrieden mit der Demokratie.
- › Sie glauben häufiger an eine Weltverschwörung.
- › Sie empfinden sich häufiger als schlecht behandelt und zurückgesetzt (depriviert).
- › Sie lehnen häufiger Israel und die USA ab.

Bei der Altersverteilung unterscheiden sich die Extremismen. Die Anteile partiell Anschlussfähiger an allgemeinen Extremismus sind am höchsten unter Jüngeren und Älteren, aber etwas geringer in den mittleren Altersgruppen. Rechtsextremismus-affine Einstellungen sind weniger altersabhängig, tendenziell aber stärker in den mittleren und höheren Altersgruppen vertreten. Die Anschlussfähigkeit an den Linksextremismus ist dagegen in der Tendenz umso höher, je jünger die Menschen sind.

Bei der Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala sind die Anteile partiell Anschlussfähiger an allgemeinen Extremismus und an Rechtsextremismus am höchsten unter Personen, die sich selbst am rechten Rand einstufen. Überdurchschnittlich viele partiell Anschlussfähige an Linksextremismus finden sich am äußerst linken und am äußerst rechten Rand.

Insgesamt neigen alle drei Extremismen stärker zu Gruppenabwertung als die Gesamtbevölkerung. Unter Anschlussfähigen an allgemeinen Extremismus und Rechtsextremismus ist die Abwertung Homosexueller und Frauen jedoch noch einmal deutlich stärker ausgeprägt als unter Anschlussfähigen an Linksextremismus.

Die Parteianhängerschaft der Linken hat einen höheren Anteil partiell Anschlussfähiger an Linksextremismus. Auf der anderen Seite weisen die Wählerschaft der AfD und das Nichtwählerlager überdurchschnittlich viele partiell Anschlussfähige an alle drei Extremismen auf.

In keinem Extremismus gibt es nennenswerte Geschlechterdifferenzen. In allen Extremismen steigt der Anteil partiell Anschlussfähiger mit sinkendem formalem Bildungsabschluss. Beim Linksextremismus fällt dieser Effekt allerdings etwas geringer aus als beim allgemeinen Extremismus und beim Rechtsextremismus.

Die Akzeptanz von politischer Gewalt ist gering. Dies gilt für Gewalt allgemein, rechte politische Gewalt und Gewalt zur Bekämpfung des Faschismus. Gewalt gegen politische Rechte wird dagegen von einer nennenswerten Minderheit akzeptiert (43 Prozent).

Tendenziell wird Gewalt häufiger von Jüngeren und Älteren, von Personen, die sich am rechten Rand positionieren, und von Wählerinnen und Wählern der AfD akzeptiert. Bei Gewalt gegen politische Rechte gibt es kaum Gruppenunterschiede, sie ist offenbar verhältnismäßig breit akzeptiert.

Personen, die mindestens partiell anschlussfähig an Extremismus allgemein, Rechtsextremismus oder Linksextremismus sind, akzeptieren deutlich häufiger Gewalt als die sonstige Bevölkerung. Dabei ist die Gewaltakzeptanz unter partiell Anschlussfähigen an Extremismus allgemein und an Rechtsextremismus noch einmal höher als unter partiell Anschlussfähigen an Linksextremismus.

Die Studie

Vom 1. Dezember 2021 bis 11. April 2022 befragte das Markt- und Meinungsforschungsinstitut USUMA GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt 5.511 Personen telefonisch (Festnetz und Mobilfunk). Für die Auswertung werden die Daten gewichtet. Die Befragung ist repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung in Deutschland ab 16 Jahren. Die Fragen wurden von der Konrad-Adenauer-Stiftung entwickelt, zum Teil mit Rückgriff auf frühere Studien in dem Themenfeld.

Inhaltsverzeichnis

1. Extremistisches Denken	9
2. Extremismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus	12
3. Die Studie	19
4. Allgemein Extremismus-affine Einstellungen	21
4.1 Verbreitung allgemein Extremismus-affiner Einstellungen in der Bevölkerung.....	21
4.2 Allgemein Extremismus-affine Einstellungen in den qualitativen Interviews.....	26
4.3 Verteilung allgemein Extremismus-affiner Einstellungen in sozialen Gruppen.....	29
5. Rechtsextremismus-affine Einstellungen	44
5.1 Verbreitung Rechtsextremismus-affiner Einstellungen in der Bevölkerung.....	44
5.2 Rechtsextremismus-affine Einstellungen in den qualitativen Interviews.....	48
5.3 Verteilung Rechtsextremismus-affiner Einstellungen in sozialen Gruppen.....	52
6. Linksextremismus-affine Einstellungen	63
6.1 Verbreitung Linksextremismus-affiner Einstellungen in der Bevölkerung.....	63
6.2 Linksextremismus-affine Einstellungen in den qualitativen Interviews.....	66
6.3 Verteilung Linksextremismus-affiner Einstellungen in sozialen Gruppen.....	68
7. Erstes Zwischenfazit	78
8. Extremismus-affine Einstellungen im Vergleich	80
8.1 Indexbildung Extremismus-affiner Einstellungen.....	80
8.2 Vergleich der Verbreitung Extremismus-affiner Einstellungen.....	82

9. Zweites Zwischenfazit	101
<hr/>	
10. Akzeptanz von Gewalt	103
<hr/>	
10.1 Verbreitung von Gewaltakzeptanz.....	103
10.2 Gewaltakzeptanz in den qualitativen Interviews.....	107
10.3 Gewaltakzeptanz in sozialen Gruppen.....	108
10.4 Gewaltakzeptanz unter partiell Anschlussfähigen an extremistische Einstellungen.....	117
11. Fazit	122
<hr/>	
Literatur	124
<hr/>	
Die Autorin und der Autor	130
<hr/>	



Extremistisches Denken

Eine demokratische Gesellschaftsordnung ist nicht selbstverständlich. Sie muss immer wieder verteidigt werden. Sie ist bedroht durch Desinteresse, durch Leichtfertigkeit, auch durch Veränderungen, die ungewollt und gewissermaßen nebenbei demokratische Institutionen beschädigen. Demokratien sind auch bedroht durch Akteure, die ganz bewusst die Demokratie abschaffen wollen, um eine andere nicht-demokratische Gesellschaftsordnung einzurichten. Solche Kräfte heißen extremistisch.

Extremismus wird sichtbar in Handlungen, die darauf zielen, die Demokratie zu untergraben und zu bekämpfen. Die Morde des NSU sind ein furchtbares Beispiel für solche extremistischen Handlungen. Doch es gibt vielfältige weitere Beispiele. Erinnerung sei nur an die Gruppe um Lina E. in Leipzig, die Personen mit vermeintlich rechtsextremer Gesinnung überfallen haben. Die Razzia im Reichsbürgermilieu Ende 2022 hat noch einmal anders ausgerichtete extremistische Strukturen sichtbar gemacht. Allen gemein ist, dass sie das sogenannte „System“ überwinden möchten.

Von extremistischen Handlungen zu unterscheiden sind Einstellungen. Menschen können eine undemokratische Gesellschaft befürworten, ohne sich aktiv in Handlungen dafür einzusetzen. Diese Einstellungen sind als solche bedeutsam, weil sie zumindest eine akzeptierende Unterstützung extremistischer Handlungen nahelegen und möglicherweise auf ein aktivierbares Potenzial hinweisen. Andersherum ist Widerstand gegen extremistische Bestrebungen bei Menschen mit undemokratischen Einstellungen kaum zu erwarten. Es sind diese extremistischen Einstellungen, denen sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in einer umfassenden Studie gewidmet hat.

Die Erkundung von extremistischen Einstellungen ist ein vielschichtiges Unterfangen. Zum einen gibt es Extremismus in unterschiedlichen Richtungen.¹ Klassisch unterschieden werden Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus (zum Beispiel Jaschke 2020). Infrage kommen aber auch andere religiöse Extremismen oder eine extremistische Verfolgung spezifischer politischer Ziele (beispielsweise für den Klimaschutz). Schließlich ist eine fundamentale Ablehnung demokratischer Institutionen und Verfahren auch ohne Gegenentwurf möglich. Dies wird als verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staats bezeichnet (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022). In der vorliegenden Studie konzentrieren wir uns auf Links- und Rechtsextremismus.

Zum anderen sind die Extremisten in den Einstellungen nicht unbedingt vollständig repräsentiert. Menschen halten einzelne Aspekte einer extremistischen Richtung für wahr, während sie anderes ablehnen. Bedrohlich für die Stabilität der Demokratie sind nicht nur Menschen, die ein bestimmtes extremistisches Denkgebäude in Gänze akzeptieren, sondern auch die verbreitete Akzeptanz von Versatzstücken kann die Demokratie destabilisieren.

Zum Dritten ist zu klären, in welchem Maße Ideen der unterschiedlichen extremistischen Richtungen in den Vorstellungen der Menschen zusammenfallen. Links- und Rechtsextremismus sind in ihren vollständigen Varianten grundsätzlich unterschiedliche Denkgebäude. In welchem Maße aber die Menschen Ideen der beiden extremistischen Richtungen trennen oder miteinander kombinieren, lässt sich nur durch Untersuchungen klären, in denen beide Extremismen gleichzeitig betrachtet werden (für Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Wählerschaften rechts- und links-extremistischer Parteien siehe zum Beispiel Pokorny 2012).

Frühere Studien konzentrierten sich meist auf eine Ausprägung von Extremismus, also zum Beispiel Rechtsextremismus (siehe zum Beispiel Zick et al. 2023, Decker et al. 2022, Zick/Küpper 2021, Decker/Brähler 2020, Zick et al. 2019, Decker/Brähler 2018, Zick et al. 2016, Decker et al. 2016, Decker et al. 2014, Zick/Klein 2014, Decker et al. 2012, Decker et al. 2010, Stöss 2010, Decker/Brähler 2008, Decker et al. 2006, Brähler/Niedermayer 2002) oder Linksextremismus (siehe zum Beispiel Schroeder/Deutz-Schroeder 2015, Deutz-Schroeder/Schroeder 2016) oder Islamismus (siehe zum Beispiel Frindte et al. 2011, Brettfeld/Wetzels 2007). Auch das Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, das durch die Reihe „Deutsche Zustände“ (exemplarisch für die gesamte Reihe Heitmeyer 2002) regelmäßig untersucht wurde und inzwischen in die neueren Mitte-Studien integriert ist, bezieht sich auf inhaltliche Dimensionen, die Teil rechtsextremistischer Einstellungen sind, auch wenn der Begriff des Rechtsextremismus in den älteren Untersuchungen nicht erwähnt wird. Nur wenige Untersuchungen beziehen mehrere Richtungen extremistischer Einstellungen ein und analysieren zugleich beispielsweise links- und rechtsextremistische (Jungkunz 2022) oder rechtsextremistische und islamistische Einstellungen (Wetzels et al. 2022). Die neueren der sogenannten Mitte-Studien und der Leipziger Autoritarismus-Studien berücksichtigen neben Rechtsextremismus in unterschiedlichen Kombinationen auch Verschwörungstheorien, Populismus, Antigenderismus/Antifeminismus und das Thema Klima/Energie (Zick/Küpper 2021, Decker et al. 2022). Die aktuellste Ausgabe der Mitte-Studie erhebt sogar erstmals zwei Aussagen aus dem Bereich Antikapitalismus/Linksextremismus (Zick et al. 2023).



Die vorliegende Publikation konzentriert sich auf Links- und Rechtsextremismus.²
Konkret geht es um drei Fragen:

Wie verbreitet sind Einstellungen, die Teil der links- bzw. rechtsextremistischen Ideologie sind?

Wie viele Menschen kombinieren mehrere dieser Einstellungen und sind affin zu einer rechtsextremistischen oder linksextremistischen Weltsicht und wie viele sind partiell anschlussfähig an die Extremismen?

Wie werden die unterschiedlichen extremistischen Richtungen von den Menschen kombiniert und wie hängen weitere Einstellungen (unter anderem Institutionenvertrauen, Antizionismus und Verschwörungsglaube) mit den extremistischen Einstellungen zusammen?

-
- 1 In einer anderen Publikation (Pokorny/Roose in Vorbereitung) beschäftigen sich die Autorin und der Autor detaillierter mit messtechnischen Fragen der Erhebung extremistischer Einstellungen. Weil es zu dieser Publikation deutliche Überschneidungen gibt, sind Teile der Kapitel „Extremistisches Denken“, „Extremismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus“, „Die Studie“ und „Extremismus und Gewalt“ ähnlich oder im Wortlaut identisch mit Pokorny/Roose (in Vorbereitung).
 - 2 Andere Publikationen aus dem Extremismus-Projekt der Konrad-Adenauer-Stiftung gehen weiteren Aspekten des Themas nach. Hirndorf untersucht Einstellungen aus der Reichsbürgerszene (2023a), die Radikalität von Klimaprotest (2023b) und Antisemitismus (2023c), Neu (2023) untersucht Glaube an Verschwörungstheorien.



Extremismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus

Die Bestimmung, was Extremismus ausmacht, ist fast notwendig strittig. Die Festlegung auf eine bestimmte Definition ist nicht nur folgenreich für das Forschungsvorhaben, sondern es sind damit politische Implikationen verbunden. Es geht um die Linie zwischen akzeptablen und legitimen Ansichten auf der einen Seite und illegitimen, demokratiefeindlichen Ansichten auf der anderen Seite. Damit ist nicht nur das Urteil in einer beliebigen moralischen Frage verbunden, sondern die Markierung des politisch vollkommen Inakzeptablen. Entsprechend ist bereits bei den begrifflichen Entscheidungen Vorsicht geboten, ohne dass große Hoffnung auf Konsens bestünde.³

Extremismus soll hier verstanden werden als die „Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaats und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln“ (Backes/Jesse 1996: 45). Es geht dabei aber um die Gegnerschaft zu einer Staatsform, zu deren Wesenskern Veränderbarkeit gehört. Entsprechend ist es auch von den historischen und politischen Rahmenbedingungen abhängig, was als extremistisch anzusehen ist (Neu 2004: 155, Neu/Pokorny 2018: 161). Wir finden Beispiele, in denen Positionen in der Vergangenheit als extremistisch galten, die heute aus dem demokratischen Wertekanon nicht wegzudenken sind. Das Verbot von Sklaverei ist ein Beispiel für eine Norm, die heute selbstverständlich zur Demokratie gehört, jedoch im 19. Jahrhundert in mehreren Ländern eine systemfeindliche Forderung war (Osterhammel 2009: 199 ff.). Spiegelbildlich können heute Forderungen extremistisch sein, die früher zum Normalbestand der Demokratie gehörten. Die Beschränkung des Wahlrechts auf Männer wäre heute eine extremistische Forderung, die im 19. Jahrhundert keineswegs als extremistisch gegolten hätte (Ramirez et al. 1997).

Für eine Beurteilung von Extremismus in der Gegenwart bieten die Prinzipien des Grundgesetzes einen Maßstab. Dabei dürfen die Prinzipien nicht zu eng verstanden werden, denn auch das Grundgesetz ist jenseits der Teile mit Ewigkeitsgarantie demokratisch veränderbar. Die Stabilität der Demokratie, das Rechtsstaatsprinzip, Pluralismus und die Menschenwürde sind für die Beurteilung von Extremismen in der Gegenwart das Kriterium (zum Beispiel Pfahl-Traughber 2020). Die Grenzziehung bleibt gleichwohl schwierig.

Erschwerend kommt hinzu, dass es auch innerhalb der unterschiedlichen Extremismen verschiedene Strömungen gibt. Alle rechtsextremistischen Strömungen wollen eine ethnisch homogene Gesellschaft erschaffen. Sie sehen Zuwanderung als Bedrohung und zielen auf eine Ungleichbehandlung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (Jaschke 2020: 28, Kailitz 2004: 23). Die Haltung zum Nationalsozialismus kann aber durchaus unterschiedlich sein. Linksextremisten überhöhen das Gleichheitsideal und wünschen eine sozial homogene Gesellschaft. Sie richten sich gegen den Kapitalismus, den sie als Ursache aller gesellschaftlichen Probleme ausmachen. Im Falle anarchistischer Strömungen kommt eine Ablehnung von jeder Art politischer und staatlicher Autorität hinzu, während sozialistische Strömungen eine Steuerung durch eine Einheitspartei fordern, bis im entfalteten Kommunismus staatliche Steuerung unnötig wird (Jaschke, 2020: 29, Kailitz 2004: 22, Pfahl-Traughber 2014: 24).



Neben den Unterschieden innerhalb der Extremismen und den grundlegenden Unterschieden zwischen Rechts- und Linksextremismus gibt es natürlich auch Gemeinsamkeiten, die Extremismus zu Extremismus machen, gleich welcher inhaltlichen Richtung. Extremismen weisen strukturelle Gemeinsamkeiten auf. Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus und kategorischer Utopieverzicht⁴, Fanatismus und Aktivismus, Freund-Feind-Stereotype und Verschwörungstheorien kennzeichnen alle Extremismen (Backes 1989: 289 ff., vgl. auch Neu 2004: 160, Neu/Pokorny 2018: 175). Empirisch kann Neu (2004) die folgenden gemeinsamen Strukturmerkmale für „extremistisches Denken von rechts und links“ identifizieren: „Elitenkritik, Verschwörungstheorien, Radikalismus, Aktivismus, Wertepessimismus, politische Entfremdung und Utopismus“ (Neu 2004: 259). Diese Elemente dienen folglich der Abgrenzung extremistischer Einstellungen von demokratischen Haltungen, können jedoch nicht dazu beitragen, die verschiedenen inhaltlichen Dimensionen extremistischer Einstellungen zu unterscheiden.

Rechtsextremistische Einstellungen sind in Deutschland besser untersucht als andere extremistische Haltungen. 2001 einigte sich eine Expertenkonferenz mit „Bauchschmerzen“ (Kreis 2007: 5) auf sechs inhaltliche Dimensionen rechtsextremistischer Einstellungen: „Befürwortung einer rechtsautoritären (rechten) Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus sowie Verharmlosung des Nationalsozialismus“ (Kreis 2007: 11; exemplarisch für die Mitte-Studien Zick et al. 2023 sowie für die Leipziger Autoritarismus-Studien Decker et al. 2022). Diese Dimensionen werden bis heute vielfach verwendet, häufig auch mit ähnlichen oder identischen Items, teilweise ergänzt durch Islamfeindlichkeit (Backes 2018: 112 ff.; Jungkunz 2022; Wetzels et al. 2022). Gerade für die Messung rechtsextremistischer Einstellungen hat sich damit eine Pfadabhängigkeit ergeben. Die Möglichkeit, über längere Zeiträume zu vergleichen, spricht für das Beibehalten einer etablierten Messung. Allerdings werden so auch bekannte und bisher nicht erkannte Probleme der Messung fortgesetzt.⁵

Die Forschungslage zu linksextremistischen Einstellungen ist deutlich übersichtlicher und gleichzeitig weniger einheitlich (als Überblick Backes 2018: 127 ff.). Schroeder und Deutz-Schroeder (2015) verwenden die vier Dimensionen Anti-Kapitalismus/Anti-Faschismus, Anti-Rassismus, Demokratiefeindlichkeit und Kommunismus-nahes Geschichtsbild/Ideologie. Jungkunz (2022) dagegen untersucht acht Dimensionen einer linksextremistischen Einstellung: Sozialismus, Verstaatlichung, Elitenkritik, Anti-Kapitalismus, Anti-Imperialismus, Anti-Amerikanismus, DDR-Nostalgie und Anti-Demokratie.

Gewalt und als Einstellung Gewaltakzeptanz werden in der Diskussion um Extremismus unterschiedlich behandelt. Meist wird Gewaltakzeptanz aber nicht als notwendige Bedingung verstanden, um eine Einstellung als extremistisch einzuordnen. Extremismus kann gewalttätig sein, muss es aber nicht (siehe auch Backes 2013: 364). Für die Untersuchung extremistischer Einstellungen und die Analyse des Gefährdungspotenzials für eine demokratische Gesellschaft spielt die Haltung zu Gewalt aber eine wichtige Rolle. Gewalt wird dabei in einem engen Sinne verstanden als „*Formen physischen Zwanges als notwendiger Gewalt sowie Gewalttätigkeiten gegen Personen und/oder Sachen unabhängig von Nötigungsintentionen*“ (Schwind et al. 1990: 38, Hervorhebung im Original). Politisch ist Gewalt, wenn sie der Durchsetzung politischer Ziele gilt (Enzmann 2013: 46; siehe auch della Porta 1995, Nunner-Winkler 2004, Schwind et al. 1990), wozu auch eine gewalttätige Bekämpfung politischer Gegner zählt.

Es ist hier nicht der Ort, alle bisherigen Messungen einer detaillierten Kritik zu unterziehen (siehe zum Beispiel Reuband 2023, Neu/Pokorny 2018, Jesse 2013, Schroeder 2007). In der wissenschaftlichen Debatte sind Konzepte und ihre empirische Messung in vielen Fällen strittig. Es ist oft nicht zu entscheiden, ob ein konkretes Vorgehen das gemeinte Konstrukt angemessen abbildet oder von welchen Abweichungen auszugehen ist. So kann es für eine Studie entlastend sein, sich auf Vorgängerstudien zu berufen und so die Begründungslast anderen aufzuerlegen. Damit entstehen Pfade der Forschung, in denen sich Messverfahren vor allem deshalb etablieren, weil sie früher schon einmal genutzt wurden (Roose 2013). Vielfach genutzte Messungen sind aber nicht unbedingt gute Messungen. Schon um vermutete oder nicht erkannte Verzerrungen zu erkennen, haben alternative Messungen einen Eigenwert für den Erkenntnisgewinn. Deshalb werden hier bewusst neben einigen eingeführten Messungen überwiegend neue Wege beschritten.

Die Untersuchung von Einstellungen anhand der Ablehnung oder Zustimmung zu Aussagen ist zwangsläufig geprägt von der Formulierung der Aussagen, die es zu beurteilen gilt. Sind die Aussagen besonders drastisch formuliert, fällt die Zustimmung gering aus. Sind die Aussagen etwas weicher und sozial akzeptabler formuliert, gibt es mehr Zustimmung. Ob Aussagen in thematisch ganz unterschiedlichen Bereichen gleich drastisch formuliert sind, lässt sich aber nicht sagen. Für dieses methodische Problem gibt es keine Lösung. Umso wichtiger ist es, auch die Ergebnisse für die einzelnen Aussagen zu betrachten.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die theoretischen Dimensionen von Extremismus allgemein, Rechtsextremismus und Linksextremismus und die Aussagen, mit denen die jeweiligen Dimensionen erhoben wurden (für eine detaillierte Darstellung und Herleitung aller erhobenen Dimensionen und Aussagen siehe Pokorny/Roose in Vorbereitung).

Für die Vermessung extremistischer Einstellungen und von Einstellungen, die eine gewisse Nähe zu einer extremistischen Weltsicht haben, identifizieren wir ausgehend von der genannten Literatur jeweils Dimensionen, die einen Extremismus im Kern ausmachen und notwendige Bedingung sind, von dieser Art Extremismus zu sprechen. Diese Dimensionen bezeichnen wir als definitorisch, weil sie für den jeweiligen Extremismus konstitutiv sind und entsprechend festlegen, ob es sich um Extremismus in der entsprechenden Form handelt oder nicht. Davon unterscheiden wir weitere Dimensionen, die für eine Diagnose extremistischer Einstellungen nicht zwingend gegeben sein müssen, aber mit extremistischen Einstellungen häufiger zusammenfallen dürften.

Extremismen allgemein haben die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und einer pluralistischen Gesellschaft gemeinsam. Sie nehmen für sich in Anspruch, im Besitz der einzigen Wahrheit zu sein. Sie streben eine homogene Gesellschaft an, die nach einem bestimmten politischen Ideal lebt. In der vorliegenden Erhebung wurden die allen Extremismen gemeinsamen Strukturmerkmale Absolutheitsanspruch, Fanatismus/Aktivismus und Utopismus so gemessen, dass sie für alle Extremismen gelten. Für Antipluralismus gibt es keine eigenen Items, er ist logischer Teil der Aussagen zum Absolutheitsanspruch und zum Utopismus. Auch eine generelle Ablehnung der Demokratie eint alle Extremismen, wobei die angestrebte nicht-demokratische Struktur zum Teil dennoch „Demokratie“ genannt wird.



Neben den Aussagen, die einem Extremismus definitorisch zugeordnet sind, untersuchen wir als weitere Aspekte, für die ein Zusammenhang mit Extremismus allgemein oder dem Links- oder Rechtsextremismus angenommen wird, Antiamerikanismus und Antizionismus und dazu die Ablehnung von Homosexuellen und der Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Die Betrachtung von Gewaltakzeptanz birgt eigene Schwierigkeiten. Zum einen ist Gewalt als solche stark tabuisiert und wird durchweg abgelehnt. Das bedeutet allerdings nicht, dass jede Form der Gewaltanwendung abgelehnt wird, Gewalt als Verteidigung oder als Widerstand gilt als akzeptabel. Welche Konstellation eine solche „Verteidigung“ legitimiert, hängt dann ab von der politischen Weltsicht. Für die Untersuchung folgt aus diesen Überlegungen, dass Gewaltakzeptanz mit einer vergleichsweise zurückhaltenden Formulierung abgefragt wird. Zum anderen richtet sich die von extremistisch orientierten Menschen akzeptierte Gewalt gegen unterschiedliche Menschengruppen. Im Linksextremismus kann Gewalt gegen „Faschisten“ oder „Rechte“ als akzeptabel angesehen werden, im Rechtsextremismus dagegen Gewalt gegen „Linke“ oder „Juden“. Daher gibt es neben der Messung einer allgemeinen Akzeptanz politisch motivierter Gewalt zusätzlich Messungen der Gewaltakzeptanz aus einer linksextremistischen und einer rechtsextremistischen Perspektive.⁶

Rechtsextremismus ist in der vorliegenden Studie mit den Dimensionen Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Ethnopluralismus/Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit abgebildet. Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 zeigt sich eindrücklich, dass Antisemitismus in der Realität nicht nur im rechtsextremen Spektrum zu finden ist, sondern auch am linken Rand. Da auch frühere Studien Antisemitismus theoretisch dem Rechtsextremismus zuordnen, untersucht auch die vorliegende Studie Antisemitismus als Dimension rechtsextremistischer Einstellungen. Weiterhin betrachten wir für den Rechtsextremismus Gewaltakzeptanz gegenüber Muslimen, Juden und „Linken“.⁷ Diese Aspekte verstehen wir nicht als Definitionsbestandteil des Rechtsextremismus. Diese Gewaltakzeptanz wird also beschrieben, ist aber keine Bedingung für die Feststellung einer rechtsextremen Einstellung.

Im Linksextremismus gibt es zwei Hauptströmungen: Anarchismus und Marxismus. Die vorliegende Umfrage erfasst zur Messung Linksextremismus-affiner Einstellungen die Dimensionen Ablehnung des bürgerlichen Staates, Antikapitalismus und Antiimperialismus/Antimilitarismus. Zusätzlich werden Antifaschismus und „rechte Menschen“ als Feindbild, jeweils gepaart mit Gewaltakzeptanz, erhoben. Wiederum ist die Akzeptanz von Gewalt gegen diese Personengruppen keine notwendige Bedingung für die Feststellung einer linksextremistischen Einstellung. Die Auswertung findet gemeinsam mit den übrigen Aussagen zur Gewaltlegitimierung in einem eigenen Kapitel statt.

Die Antwortskala zu den abgefragten Aussagen besteht aus fünf Antwortmöglichkeiten, die in dieser Reihenfolge angeboten wurden: lehne voll und ganz ab, lehne eher ab, teils-teils, stimme eher zu, stimme voll und ganz zu.⁸ Weil diese Aussagen Nähe zu Extremismus anzeigen sollen, beschreiben sie vielfach hoch problematische Ansichten und muten entsprechend den Befragten einiges zu.⁹ Zugleich gilt für einige Aussagen, dass die Zustimmung dazu nicht automatisch heißt, dass eine Person extremistische Einstellungen vertritt. Zum einen sollen diese Aussagen eine gewisse Affinität und Anfälligkeit für extre-

mistische Einstellungen messen, zum anderen wird in der Auswertung darauf geachtet, dass Befragte mehreren dieser Aussagen tendenziell zustimmen müssen, um als Extremismus-affin eingestuft zu werden.

Tabelle 1: Überblick über die Dimensionen von Extremismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus

Theoretische Dimension	Item	definitiv
Extremismus allgemein		
Absolutheitsanspruch	Mir ist egal, was der Staat regelt. Ich habe meine eigenen Regeln.	def
	Kompromisse verhindern die Lösung der wahren Probleme.	def
Utopismus	Nur wenn wir die heutige Gesellschaft überwinden, wird ein wirklich gutes Leben möglich.	def
	Ich wünsche mir, dass wir in der Zukunft nach dem wahren Ideal leben.	def
Fanatismus/ Aktivismus	Nur wer radikal handelt, kann die wahren Ideale in der Politik verwirklichen.	def
Demokratieablehnung	Es muss eine Person geben, die allein bestimmt, wo es langgeht.	def
Abwertung von Gruppen allgemein	Es gibt Gruppen von Menschen, die hasse ich.	def
Abwertung von Gruppen konkret	Frauen sollen sich Männern unterordnen.	
	Ich will keine homosexuellen Freunde.	
Antiamerikanismus/ Antizionismus	Ohne die USA wäre die Welt eine bessere.	
	Israel sollte als Staat nicht mehr existieren.	
Gewaltakzeptanz	Sachbeschädigung ist bei der Durchsetzung von politischen Zielen gerechtfertigt.	
	Gewalt gegen Personen ist bei der Durchsetzung von politischen Zielen gerechtfertigt.	
	Polizisten müssen sich nicht wundern, wenn sie einen draufbekommen.	



„Nur nicht, dass der Verfassungsschutz bei mir klingelt.“

Extremismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus

Theoretische Dimension	Item	definitiorisch
Rechtsextremismus		
Ethnopluralismus/ Rassismus	Wir sollten darauf achten, dass wir das Deutsche reinhalten und Völkervermischung unterbinden.	def
Ausländerfeindlichkeit	Wie die Ausländer sich hier benehmen, macht mich wütend.	def
Antisemitismus	Juden sind hinterhältig.	def
	Reiche Juden sind die eigentlichen Herrscher der Welt.	def
Islamfeindlichkeit	Die deutsche Gesellschaft wird durch Muslime unterwandert.	def
Sozialdarwinistische Haltung	Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	def
	Die Deutschen sind anderen Völkern überlegen.	def
Freund-Feind-Wahrnehmung	Muslime müssen sich nicht wundern, wenn sie einen draufbekommen.	
	Juden müssen sich nicht wundern, wenn sie einen draufbekommen.	
	Linke müssen sich nicht wundern, wenn sie einen draufbekommen.	
Linksextremismus		
Ablehnung des bürgerlichen Staates	Der bürgerliche Staat gehört abgeschafft.	def
Antikapitalismus	Der Kapitalismus ist die Wurzel allen Übels.	def
	Die Reichen beuten die Armen aus.	def
	Große Vermögen müssen enteignet werden.	def
Antiimperialismus	Alle Kriege sind imperialistisch.	def
Freund-Feind-Wahrnehmung, Antifaschismus	Im Kampf gegen den Faschismus darf man auch heute Gewalt gegen Personen anwenden.	
	Rechte müssen sich nicht wundern, wenn sie einen draufbekommen.	

Quelle: Eigene Darstellung.

-
- 3 Siehe auch die sehr ausführliche Diskussion des Begriffs bei Bötticher und Mareš (2012).
 - 4 Backes (1989) betont die Bedeutung der „Differenzierung zwischen utopistischen Doktrinen und solchen, die auf die Entwicklung von Utopien verzichten. Während die einen ‚Heillosigkeit‘, ‚Ungerechtigkeit‘, ‚Konflikthaftigkeit‘ der Welt ein für allemal überwinden und eine diesseitige Ordnung des Friedens und der Freiheit errichten wollen, betrachten die anderen den permanenten Bürgerkrieg als einen nur mit Hilfe starker Staatlichkeit domestizierbaren Normalzustand. Opfern die einen die düstere Gegenwart in Erwartung einer strahlenden Zukunft, sehen sich die anderen vor die Alternative gestellt, entweder die menschliche Bestie zu bändigen oder dem gnadenlosen Kampf aller gegen alle die Schleusen zu öffnen“ (Backes 1989: 317).
 - 5 Schwierigkeiten ergeben sich auch bei Veränderungen oder Gewichtsverschiebungen in den Extremismen. Dies lässt sich allerdings zum Teil durch die Messung von ergänzenden Aspekten abdecken. So kommt beispielsweise in der Mitte-Studie von 2016 bei der Messung von Antisemitismus ein sekundärer und ein Israel-bezogener Antisemitismus hinzu, um veränderte Entwicklungen zu berücksichtigen (Zick et al. 2016: 38).
 - 6 Strenggenommen kommt es mit den Aussagen zu einer Vermischung von Gewaltlegitimierung, wenn Gewalt als gerechtfertigt bezeichnet wird, und Gewaltakzeptanz, wenn Gewalt als von den Opfern selbst verschuldet bezeichnet wird. Die Antwortmuster weisen aber darauf hin, dass der entscheidende Unterschied tatsächlich in der konsequenten Ablehnung von Gewalt einerseits und der Akzeptanz oder Legitimierung von Gewalt andererseits liegt.
 - 7 Für die Formulierung von Fragen in Umfragen ist die Verständlichkeit und Akzeptanz der Frageformulierung von größter Bedeutung. Geschlechtsneutrale Formulierungen haben nur eine recht begrenzte Akzeptanz in der Bevölkerung. Dies zeigt eine Umfrage von Infratest dimap aus dem September 2022 (<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/gendergerechte-sprache/>, zuletzt besucht 28.02.2024). Daher verwenden wir in den Frageformulierungen und den zu bewertenden Aussagen der Umfrage das generische Maskulinum. Wenn sich dieser Text auf die Frageformulierungen bezieht, verwenden wir entsprechend ebenfalls nur das generische Maskulinum.
 - 8 Die Ablehnung der Aussagen als erstes anzubieten, sollte die Wahrscheinlichkeit eines Interviewabbruchs aufgrund der vielfach sozial hoch unerwünschten Aussagen und der erwartbar seltenen Zustimmung möglichst verringern. Durch diese Reihenfolge der Antwortvorgaben dürfte die Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung und damit die Häufigkeit von Extremismus-affinen Einstellungen eher verringert als erhöht worden sein.
 - 9 Im Verlauf der Interviews haben sich einige Befragte über die Aussagen beschwert, deshalb aber nicht das Interview abgebrochen. Die Zumutung an die Befragten hat somit die Gültigkeit der Ergebnisse nicht beeinflusst.

3

Die Studie

In welchem Maße Extremismus-affine Einstellungen in der Bevölkerung zu finden sind und inwieweit sich diese Einstellungen entlang der extremistischen Ideologien formen, war Gegenstand einer repräsentativen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung¹⁰. Vom 1. Dezember 2021 bis 11. April 2022 befragte das Markt- und Meinungsforschungsinstitut USUMA GmbH¹¹ insgesamt 5.511 Personen telefonisch. Die Befragung ist repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung in Deutschland ab 16 Jahren. Die Stichprobe wurde mittels computergenerierter, zufälliger Telefonnummern gezogen, wobei zu gleichen Anteilen Festnetz- und Mobilfunknummern genutzt wurden. Für die Stichprobe wurde festgelegt, dass mindestens 400 Personen im Alter zwischen 16 und 20 Jahren sowie 500 muslimische Personen enthalten sein müssen. Um diese Quoten zu erreichen, richtete sich die Umfrage in der Spätphase der Erhebung nur noch an diese Personen.

Für die Auswertung werden die Daten nach Alter, Geschlecht, Wohnort nach Bundesland und formalem Bildungsabschluss gewichtet. Die mit der Auswahl überproportional vertretenen Personengruppen (muslimische Menschen und Personen zwischen 16 und 20 Jahren) sind entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung gewichtet. Zusätzlich sind die Interviews über Festnetznummern nach der Haushaltsgröße gewichtet, um die Wahrscheinlichkeit zu berücksichtigen, eine Person über eine Festnetznummer zu erreichen. Damit sind die gewichteten Auswertungen repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung in Deutschland ab 16 Jahren. Außerdem erlauben die Daten differenzierte Analysen im Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland sowie nach Altersgruppen und Aussagen über die muslimische deutschsprachige Bevölkerung in Deutschland.

Alle Teilnehmenden der Umfrage erhielten die Frage, ob sie auch für eine weitergehende offene Befragung zur Verfügung stehen. Ausgehend von den Antworten in der standardisierten Umfrage wurden Personen, die zu Extremismus-affinen Einstellungen in Richtung von Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus, populistischer Staatsdelegitimierung oder radikalen Einstellungen beim Thema Klimaschutz neigen und einer weitergehenden Befragung zugestimmt hatten, für rund einstündige qualitative Tiefeninterviews ausgewählt und kontaktiert. Das Institut MAUSS Research¹² führte vom 14. Dezember 2021 bis 24. Mai 2022 mit 90 Befragungsbereiten diese telefonischen Tiefeninterviews¹³ durch, wobei neben einem gemeinsamen Frageprogramm eine Reihe von Fragen direkt zu dem vermuteten naheliegenden Extremismus vorkamen.

-
- 10 Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
 - 11 USUMA gehört zu den führenden unabhängigen Meinungsforschungsinstituten Deutschlands. Zu den Kunden gehören u. a. das Robert Koch-Institut (RKI) und die sozialwissenschaftliche Forschung. USUMA steht für „Unabhängige Serviceeinrichtung für Umfragen, Methoden und Analysen“ und arbeitet seit 1990 als eingetragenes Markt- und Sozialforschungsinstitut nach anerkannten wissenschaftlichen Methoden. Der Sitz ist in Berlin (<https://www.usuma.com/>).
 - 12 Mauss Research führt seit der Gründung 2008 sowohl qualitative als auch quantitative Forschungsprojekte für Kunden aus dem politischen Bereich – Verbände, Stiftungen, Parteien – durch. Der Sitz des Unternehmens ist Berlin (<https://mauss-research.de/>).
 - 13 Umfrage 1033 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



Allgemein Extremismus-affine Einstellungen

4.1 Verbreitung allgemein Extremismus-affiner Einstellungen in der Bevölkerung

Allgemein Extremismus-affine Einstellungen wurden mit den Dimensionen Absolutheitsanspruch, Utopismus, Fanatismus/Aktivismus, Demokratieablehnung und der Abwertung von Gruppen allgemein erfasst. Zusätzlich wurden die Dimensionen Abwertung konkreter Gruppen, Antiamerikanismus und Antizionismus erhoben, von denen angenommen wird, dass sie mit allgemein Extremismus-affinen Einstellungen in enger Beziehung stehen.

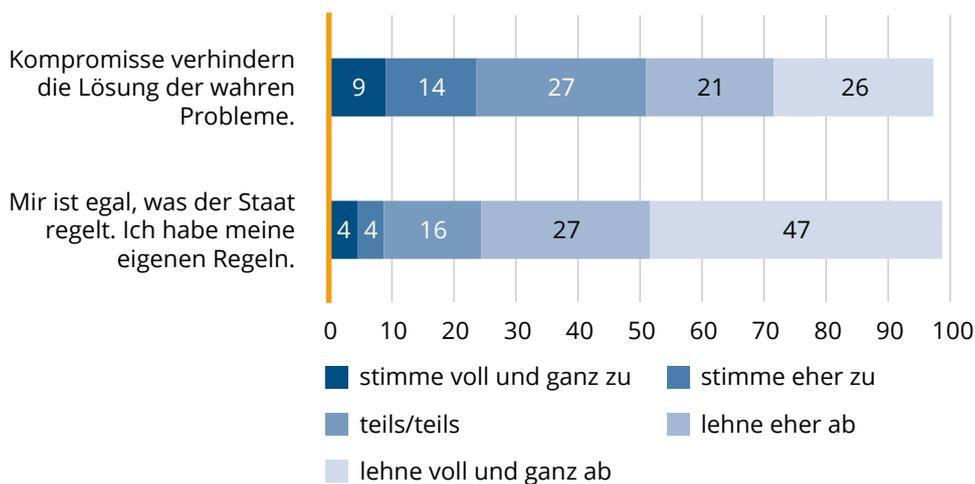
Bei den meisten Aussagen findet sich nur eine sehr geringe Zustimmung im einstelligen oder knapp zweistelligen Prozentbereich und eine breite Ablehnung. Lediglich bei einer Aussage der Dimension Absolutheitsanspruch und beiden Aussagen zum Utopismus gibt es höhere Zustimmungswerte.

Beide Aussagen zur Dimension Absolutheitsanspruch erhalten nur von einer Minderheit Zustimmung. Die Meinung, Kompromisse würden die Problemlösung behindern, ist aber deutlich verbreiteter als die Ablehnung staatlicher Regeln.

9 Prozent stimmen der Aussage „Kompromisse verhindern die Lösung der wahren Probleme“ voll und ganz und weitere 14 Prozent stimmen eher zu. Damit hält fast ein Viertel der Befragten Kompromisse für hinderlich. 46 Prozent¹⁴ lehnen die Aussage voll und ganz oder eher ab.

Weniger Zustimmung erhält die Aussage „Mir ist egal, was der Staat regelt. Ich habe meine eigenen Regeln“. Jeweils 4 Prozent stimmen einer allgemeinen Ablehnung staatlicher Regeln voll und ganz zu oder eher zu. Eine überwiegende Mehrheit von 74 Prozent lehnt die Aussage voll und ganz oder eher ab.

Abbildung 1: Verbreitung von Einstellungen der Dimension Absolutheitsanspruch



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

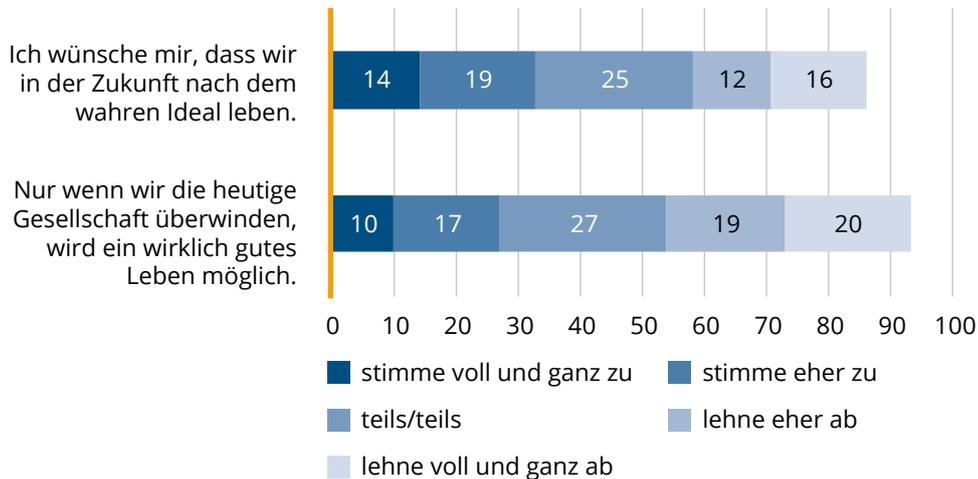
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Utopismus ist schon deutlich weiter verbreitet. Die Vorstellung, die heutige Gesellschaft müsse überwunden werden, und der Wunsch, zukünftig nach einem „wahren Ideal“ zu leben, stoßen auf eine relativ hohe Zustimmung. Ein gutes Viertel bis ein Drittel der Befragten stimmt den Aussagen zu einem utopischen Ideal voll und ganz oder eher zu.

14 Prozent stimmen voll und ganz zu, in der Zukunft nach dem wahren Ideal leben zu wollen, weitere 19 Prozent stimmen dem eher zu. Die Überwindung der heutigen Gesellschaft, um ein wirklich gutes Leben zu ermöglichen, befürworten 10 Prozent voll und ganz und 17 Prozent stimmen eher zu. Auffällig ist bei beiden Aussagen der hohe Anteil an Personen, die sich nicht zutrauen, die Frage zu beantworten. 10 Prozent können die Aussage zum wahren Ideal nicht beurteilen und weitere 4 Prozent machen keine Angabe. Von allen abgefragten Aussagen sind dies die höchsten Anteile an Personen, die sich kein Urteil zutrauen. Das könnte auf Verständnisschwierigkeiten aufseiten der Befragten hindeuten. Möglicherweise war „das wahre Ideal“ nicht für jede und jeden Befragten ein Begriff.



Abbildung 2: Verbreitung von Einstellungen der Dimension Utopismus

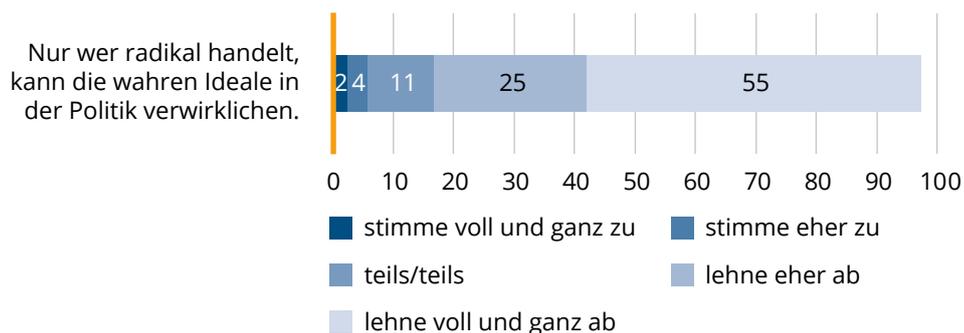


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Die Dimension Fanatismus/Aktivismus ist wenig verbreitet in der Bevölkerung. Dass man radikal handeln müsse, um „die wahren Ideale“ in der Politik zu verwirklichen, meinen lediglich 2 Prozent voll und ganz und 4 Prozent stimmen eher zu. Die überwiegende Mehrheit lehnt diese Aussage ab.

Abbildung 3: Verbreitung der Dimension Fanatismus/Aktivismus

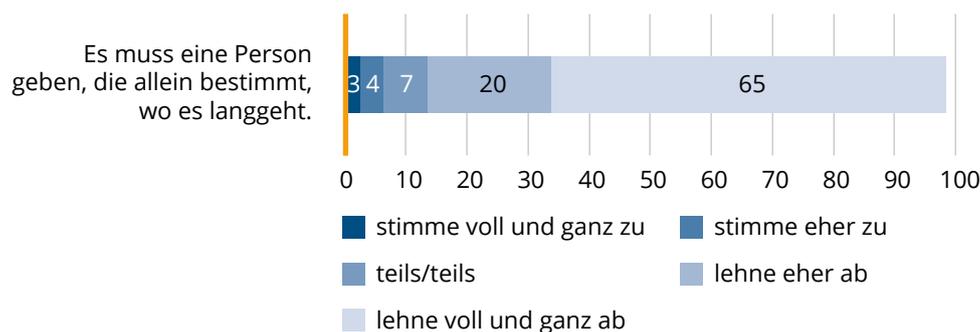


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Auch die Forderung nach einem einzelnen Diktator findet kaum Resonanz. Der Aussage „Es muss eine Person geben, die allein bestimmt, wo es langgeht“ stimmen lediglich 3 Prozent voll und ganz und 4 Prozent eher zu. Die übergroße Mehrheit lehnt es ab, dass nur eine Person regiert.¹⁵

Abbildung 4: Verbreitung der Dimension Demokratieablehnung

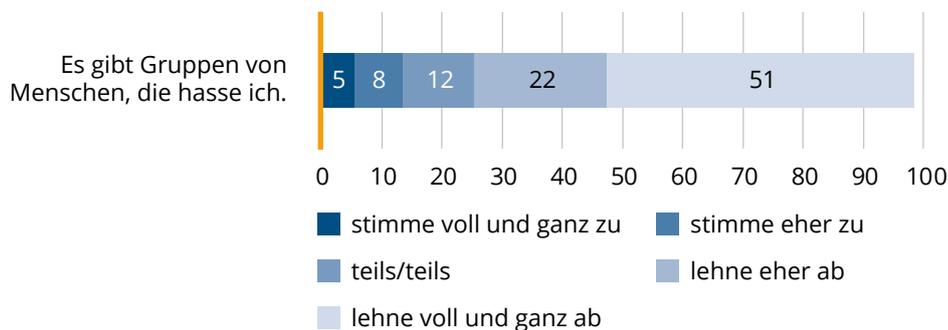


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung .e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Keine der drei Ausprägungen von Gruppenabwertung ist sonderlich verbreitet. Am häufigsten wird noch der allgemeinen Abwertung von Gruppen zugestimmt. Der Aussage „Es gibt Gruppen von Menschen, die hasse ich“ stimmen 5 Prozent voll und ganz und 8 Prozent eher zu. 73 Prozent lehnen die allgemeine Gruppenabwertung eher bzw. voll und ganz ab.

Abbildung 5: Verbreitung allgemeiner Gruppenabwertung



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

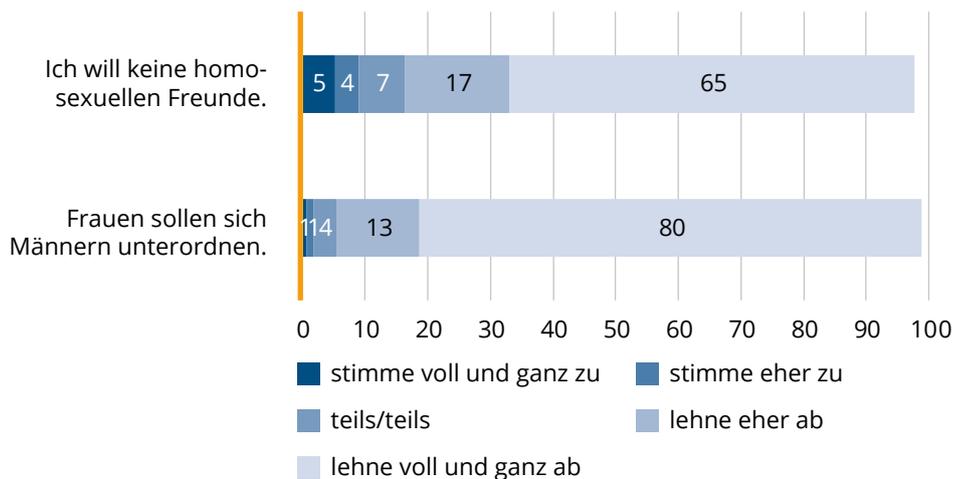
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“



Die Abwertung der weiteren konkreten Gruppen ist kein definitorischer Bestandteil von allgemeinen Extremismus-affinen Einstellungen und sie lassen sich auch nicht einem spezifischen Extremismus definitorisch zurechnen. Vielmehr handelt es sich um Einstellungsmuster, von denen wir annehmen, dass sie mit Extremismus-affinen Einstellungen zusammenhängen, also bei extremistisch eingestellten Personen häufiger vorkommen. Dies wird im Laufe der Analysen zu prüfen sein.

Die Abwertung Homosexueller findet sich bei knapp jeder und jedem Zehnten. 5 Prozent stimmen voll und ganz und weitere 4 Prozent eher zu, dass sie keine homosexuellen Freunde möchten. Bei der überwiegenden Mehrheit der Befragten stößt diese Aussage jedoch auf Ablehnung. 82 Prozent lehnen sie eher bzw. voll und ganz ab. Noch geringer fällt die Zustimmung zur Aussage „Frauen sollen sich Männern unterordnen“ aus. Nur je 1 Prozent stimmen voll und ganz oder eher zu. 13 Prozent lehnen dagegen die Unterordnung von Frauen unter Männer eher ab. Ganze 80 Prozent lehnen die Aussage voll und ganz ab.

Abbildung 6: Verbreitung der Abwertung konkreter Gruppen



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

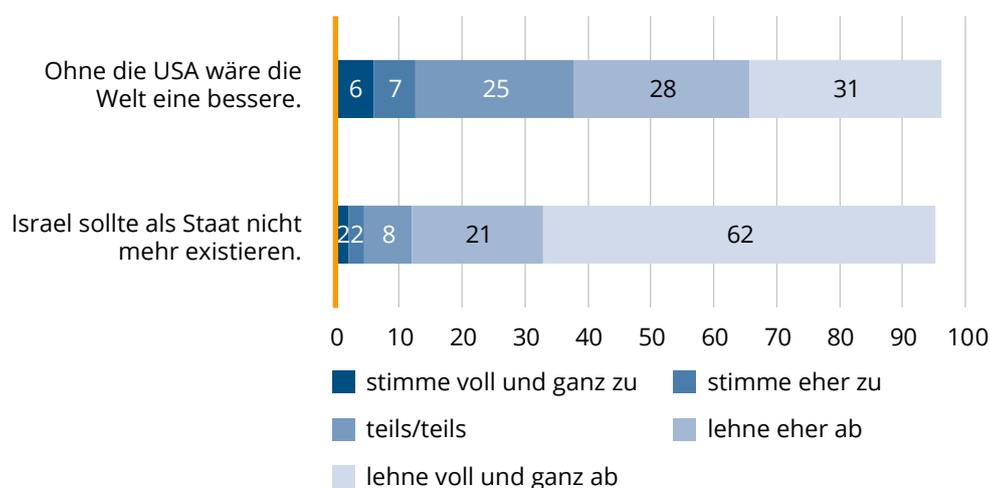
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Auch antiamerikanische und antizionistische Einstellungen sind nicht zwingend Teil des Extremismus, kommen aber vermutlich häufig gemeinsam mit extremistischen Aussagen vor.

Die recht hart formulierte Aussage zu Israel findet nur sehr wenig Zustimmung. Insgesamt sprechen 4 Prozent der Befragten Israel das Existenzrecht ab.¹⁶ 2 Prozent stimmen voll und ganz und weitere 2 Prozent stimmen eher zu, dass Israel als Staat nicht mehr existieren sollte. 21 Prozent lehnen diese Aussage eher ab, 62 Prozent lehnen sie voll und ganz ab.

Etwas weiter verbreitet, aber immer noch eine Minderheitenmeinung, ist die Ablehnung der USA. Der Aussage „Ohne die USA wäre die Welt eine bessere“ stimmen 6 Prozent voll und ganz und weitere 7 Prozent eher zu. Eine Mehrheit lehnt diese Aussage jedoch ab. 59 Prozent lehnen sie eher oder voll und ganz ab.

Abbildung 7: Verbreitung von antiamerikanischen und antizionistischen Einstellungen



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

4.2 Allgemein Extremismus-affine Einstellungen in den qualitativen Interviews

Für die qualitativen Interviews wurden Befragte anhand ihrer Antworten in der quantitativen Umfrage ausgewählt, sofern sie sich bereit erklärt hatten, an einer erneuten Befragung teilzunehmen. In den etwa einstündigen Interviews zeigte sich, dass viele Befragte trotz ihrer Zustimmung zu allgemein Extremismus-affinen Aussagen die Demokratie nicht grundsätzlich ablehnen (siehe auch Neu 2019). Am häufigsten sprechen Befragte im Zusammenhang mit dem Kapitalismus über einen Systemwechsel. Darauf wird bei den Linksextremismus-affinen Einstellungen eingegangen. Die Vorstellung eines anderen Systems, das nicht als Gegenpol zum Kapitalismus, sondern explizit als Gegensatz zur Demokratie gedacht wird, ist die Ausnahme.¹⁷

„In meiner perfekten Welt wäre das keine Demokratie mehr, weil ich glaube einfach, dass die Demokratie immer im totalitären System endet. [...] Ich finde, also es gibt durchaus bessere Systeme, wenn man sich gerade die deutsche Geschichte vor dem 20. Jahrhundert anschaut. Die Deutschen hatten schon gute Ideen mit diesem parlamentarischen Kaiserreich, dass man vielleicht eine Zentralfigur, einen starken Zentral-



staat, [...] In der perfekten Welt wäre er ein Teil aus gewählten ... so eine Art ... wie so eine Art Aristokratie, dass man wirklich jemanden hat, der einfach ... [...] der wirklich gebildet ist und bereit ist für so eine Position, den hast, aber du hast, wie so eine Art Plenum oder Presbyterium, dass man den absetzen kann, wenn die Zeit gekommen ist. Man hat wie so ein kleines Checks & Balances System, aber unter viel weniger Leuten.“

[Männlich | 26–35 Jahre]

Wie theoretisch erwartet, wurde sowohl von Befragten mit links- wie rechtsextremistischen Affinitäten eine antiamerikanische Haltung deutlich. In beiden Extremismen unterscheidet sich der Antiamerikanismus nicht oder nur in Nuancen voneinander. Unter Personen mit Rechtsextremismus-affinen Einstellungen basiert der Antiamerikanismus häufig auf der Annahme, Deutschland sei von den USA abhängig, werde von ihnen bevormundet und sei nur bedingt oder nicht souverän in seinen Entscheidungen. Hier zeigt sich teilweise eine Nähe zu Verschwörungstheorien oder zum Reichsbürgermilieu (s. ausführlicher Hirndorf 2023a):

„Weil Deutschland kein eigenständiger Staat ist. Der lässt sich alles von Amerika vorschreiben und bestimmen, was zu machen ist. Es ist kein Politiker da, der mal eigenmächtig sagt: Hier, ich bin deutscher Bundeskanzler, ich bin für das deutsche Volk da, und nicht, was Amerika will, um einen Krieg anzuzünden hier.“

[Männlich | 56–65 Jahre]

„Manchmal habe ich den Eindruck, das kommt gar nicht von unserer Regierung durch. Ja, manchmal denke ich, es kommt von Übersee.“

[Weiblich | 56–65 Jahre]

Personen mit Linksextremismus-affinen Einstellungen sehen die USA teilweise als Kriegstreiber, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu schützen:

„Ja, ich glaube, dass der militärische, industrielle Komplex der USA gefüttert werden muss. Wenn die keinen Krieg haben, haben die keinen Grund, ihre Waren zu produzieren. War on Terror, das geht ja auf die Reagan-Ära zurück in den USA. Das ist ein Freifahrtschein für alle Waffenhersteller der Welt und das sind halt nun mal die besten Freunde von den amerikanischen Politikern.“

[Männlich | 36–45 Jahre]

„Amerika mischt sich überall ein, weil die meinen, die sind die Weltmacht, [...]“

[Männlich | 26–35 Jahre]

Bei vielen Befragten geht die Ablehnung der USA mit einem Verständnis für Russland einher. In der quantitativen Datenerhebung spielt die Haltung zu Russland keine Rolle, da es vor dem Ukrainekrieg keine theoretische Hypothese für einen Zusammenhang gab. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine begann während der Feldzeit der qualitativen Interviews und wurde in vielen Tiefeninterviews thematisiert. Dabei sind

Antiamerikanismus und prorussische Haltungen häufig zwei Seiten ein und derselben Medaille. Der russische Angriffskrieg wird gerechtfertigt mit einer vermeintlichen Provokation durch die USA oder die NATO, aber auch die EU wird in diesem Zusammenhang erwähnt:

„Nur, es ist halt so, dass der Russe nicht alleine schuld daran ist. Die Schuld ist der Ukrainer, das ist teilweise die NATO, die ist es auch mit Schuld, und die EU ist ... Man muss sich das so vorstellen, gucken Sie sich die Grenzen an von Russland. Wenn Sie so ein großes Land hätten, und werden rundum von den EU-Staaten eingekesselt. Das heißt, alles, was zur Nato gehört, können die Raketenbasen aufstellen.“

[Männlich | 56–65 Jahre]

„Und wenn man die Hintergründe ein bisschen gelesen hat, dass es schon seit 2014 diesen Krieg gab in der Ukraine und dass der Putin quasi gar keine andere Wahl hatte, als da zu intervenieren. Dann sieht man die Sache vielleicht ein bisschen anders. [...] Weil die NATO-Osterweiterung, die geht ja schon seit Jahrzehnten. Obwohl es von den Amerikanern oder von der amerikanischen Außenpolitik wurde es ja versprochen, dass die NATO sich nicht ausdehnen würde, Richtung Russland. Und dann haben sie es aber doch gemacht, in mehreren Schritten, [...]“

[Männlich | 56–65 Jahre]

„Stattdessen wird die ausgestreckte Hand ausgeschlagen und man spielt weiterhin im Grunde die transatlantische Schiene und hört auf Amerika.“

[Männlich | 26–35 Jahre]

Auch schon vor dem 24. Februar 2022 drückten manche Befragte eine prorussische Haltung kombiniert mit einer skeptischen Sicht auf die USA aus. Es liegt nahe, dass diese Grundhaltung zumindest bei einem Teil der Bevölkerung schon vorhanden war, sich aber erst nach dem 24. Februar 2022 verstärkt geäußert hat:

„Auf jeden Fall ist ständig der Westen da und bedroht eigentlich Russland. Und dann haben wir das Problem, wenn wir dann diskutieren, wie ist das eigentlich jetzt mit der Ukraine. Wie war das gedacht 1990, was hatten wir für eine große Chance. Das ist ein Thema, was bei uns hier ständig auftaucht, diese Achse Paris, Berlin, Moskau, Petersburg. Die war mal geplant von ein paar Politikern. Da muss man schlicht und ergreifend sagen: Das haben uns amerikanische Mächte ganz simpel zerstört. Weil denen nicht passte, dass sich Europa bis Moskau ausdehnt, sondern umgekehrt, wir müssen Atomraketen im Baltikum aufstellen, die auf Moskau und Petersburg ausgerichtet sind, und dann den Russen eins überziehen, wenn sie ein kleines Manöver machen.“

[Männlich | 66–75 Jahre]



„Da gibt es zwei große Landesteile in der Ukraine, die unabhängig sein wollen. Das war alles damals Thema. Wieso wird darauf nicht mehr hingewiesen. Warum wird immer nur so gesagt: Ach, der böse Russe, der ist aber auch böse. Wir haben einen Außenminister, der gesagt hat, er ist wegen Auschwitz in die Politik gegangen. Und was machen die Leute ...? Wer hat denn Auschwitz befreit? Es waren die Russen. Wieso sind wir jetzt auf einmal böse auf die, die Deutschland befreit haben, vor 80 Jahren? Warum haben wir das vergessen? Warum denken wir immer nur an den Amerikaner, der politisch kaum was Gutes für Europa tut?“

[Männlich | 36–45 Jahre]

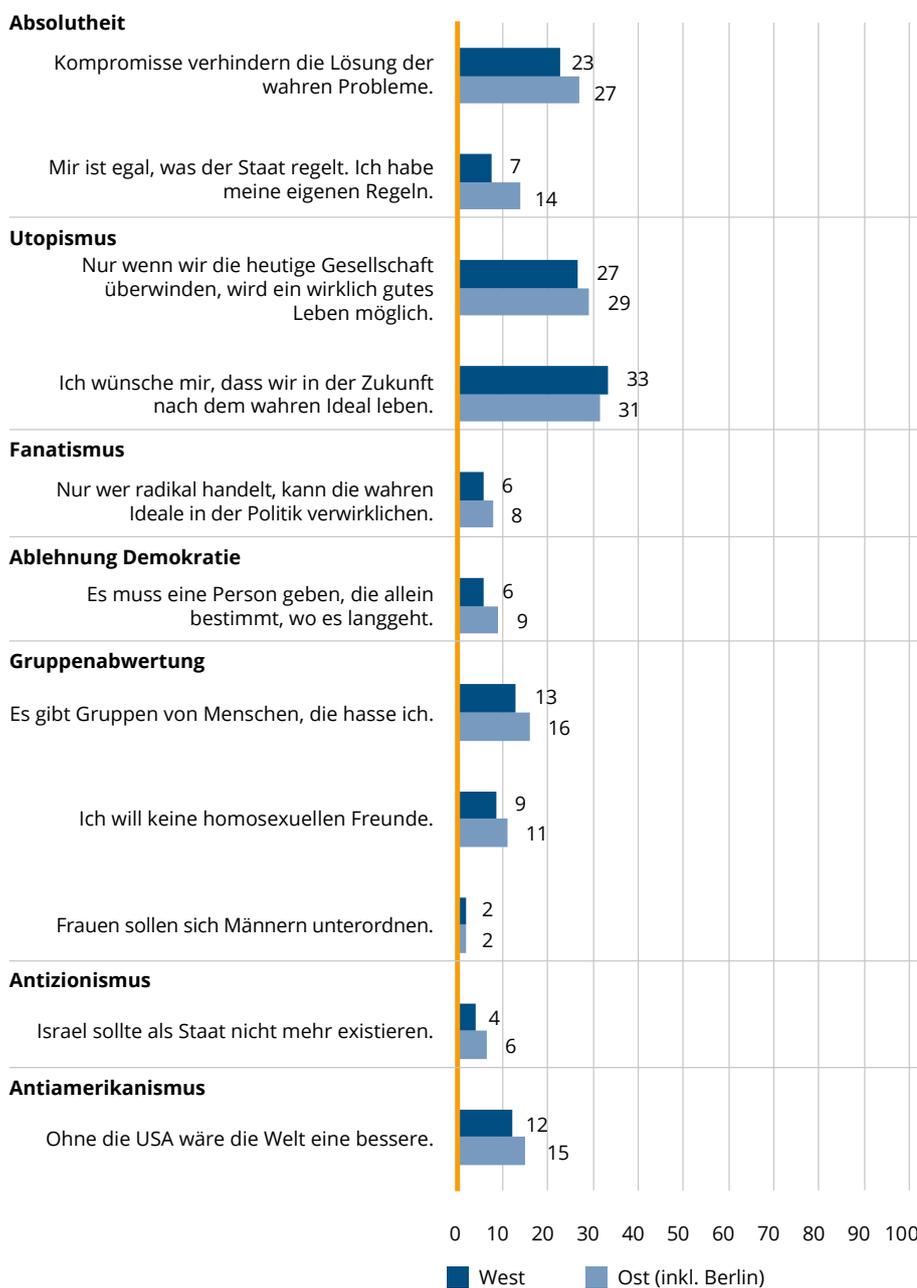
4.3 Verteilung allgemein Extremismus-affiner Einstellungen in sozialen Gruppen

Allgemeine Extremismus-affine Einstellungen sind selten. Während die allgemein Extremismus-affinen Aussagen ähnliche Zustimmung in West- und Ostdeutschland und bei Frauen und Männern bekommen, ist die Zustimmung tendenziell höher bei Menschen mit einem niedrigeren formalen Bildungsabschluss, bei jungen Menschen bis 25 Jahre und Älteren über 75 Jahre sowie bei Menschen, die sich auf der politischen Links-Rechts-Skala weit rechts einordnen und jenen, die sich bei einer Bundestagswahl für die AfD entscheiden wollen.

Sehen wir uns die Ergebnisse im Detail an. Der Vergleich Extremismus-affiner Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt kaum Unterschiede. Die meisten Differenzen liegen bei weniger als 5 Prozentpunkten. Lediglich die Ablehnung staatlicher Regeln findet in Ostdeutschland mit 7 Punkten Unterschied etwas mehr Zustimmung als in Westdeutschland. Bei allen anderen Aussagen fallen die Unterschiede sehr gering aus.

Neben der klassischen Abfrage, ob eine Person in Ost- oder Westdeutschland lebt, wurde zusätzlich erhoben, ob die Person in Ost- oder Westdeutschland aufgewachsen ist. Dadurch ergeben sich jedoch keine signifikant anderen Ergebnisse als bei der klassischen Abfrage, weshalb hier und auch bei den weiteren Auswertungen auf eine Darstellung verzichtet wird.

**Abbildung 8: Allgemein Extremismus-affine Einstellungen nach Region
(Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)**



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

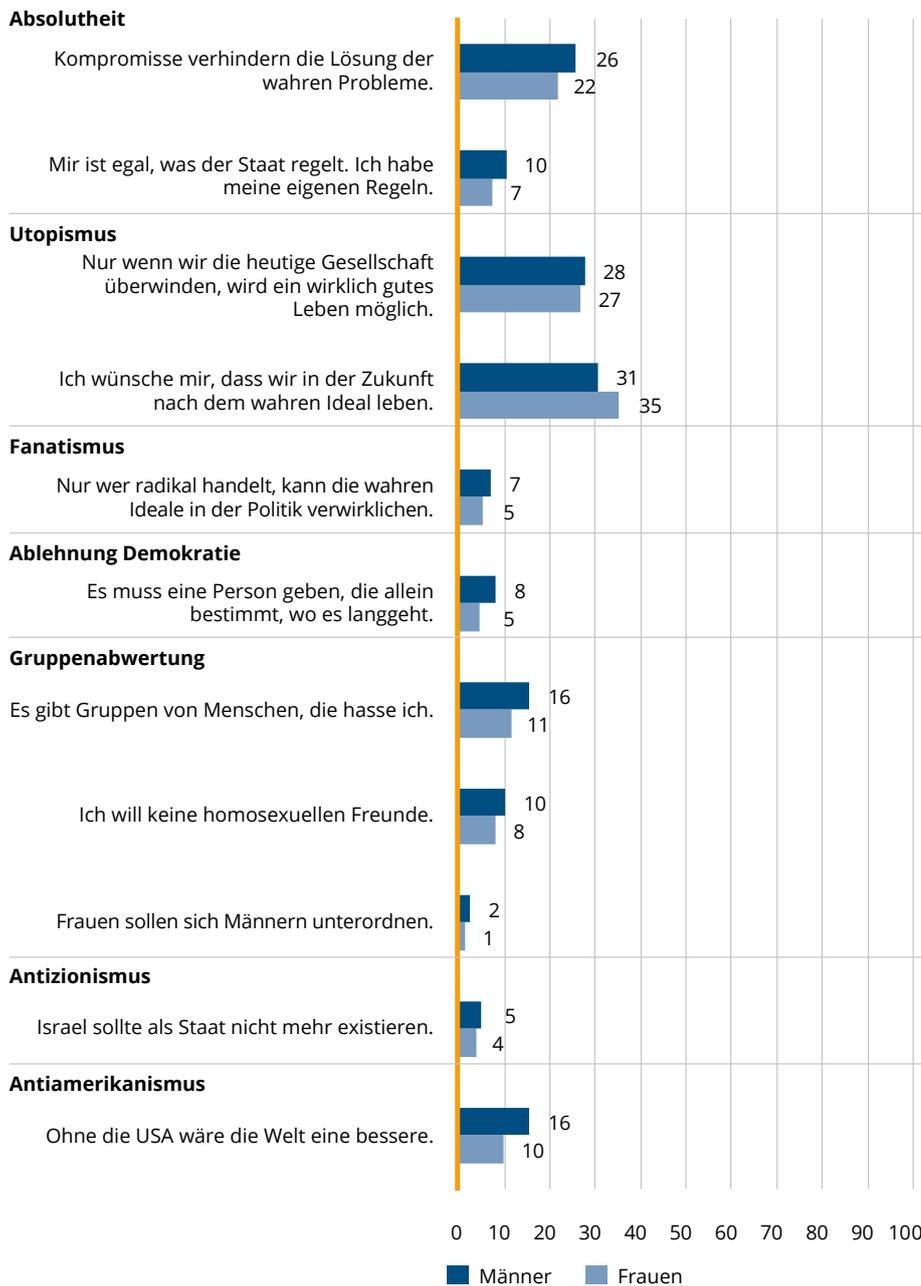


„Nur nicht, dass der Verfassungsschutz
bei mir klingelt.“

Allgemein Extremismus-affine Einstellungen

Die Unterscheidung nach Geschlecht ergibt ebenfalls nur geringe Differenzen. Männer stimmen etwas häufiger als Frauen zu, dass die Welt ohne die USA eine bessere wäre (16:10 Prozent). Zudem geben Männer leicht häufiger an als Frauen, es gebe Gruppen von Menschen, die sie hassten (16:11 Prozent). Bei allen anderen Einstellungen liegen die Unterschiede bei weniger als 5 Prozentpunkten.

**Abbildung 9: Allgemein Extremismus-affine Einstellungen nach Geschlecht
(Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)**



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Ein nicht-binäres Geschlecht gaben so wenige Personen an, dass dies nicht eigens ausgewiesen werden kann.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

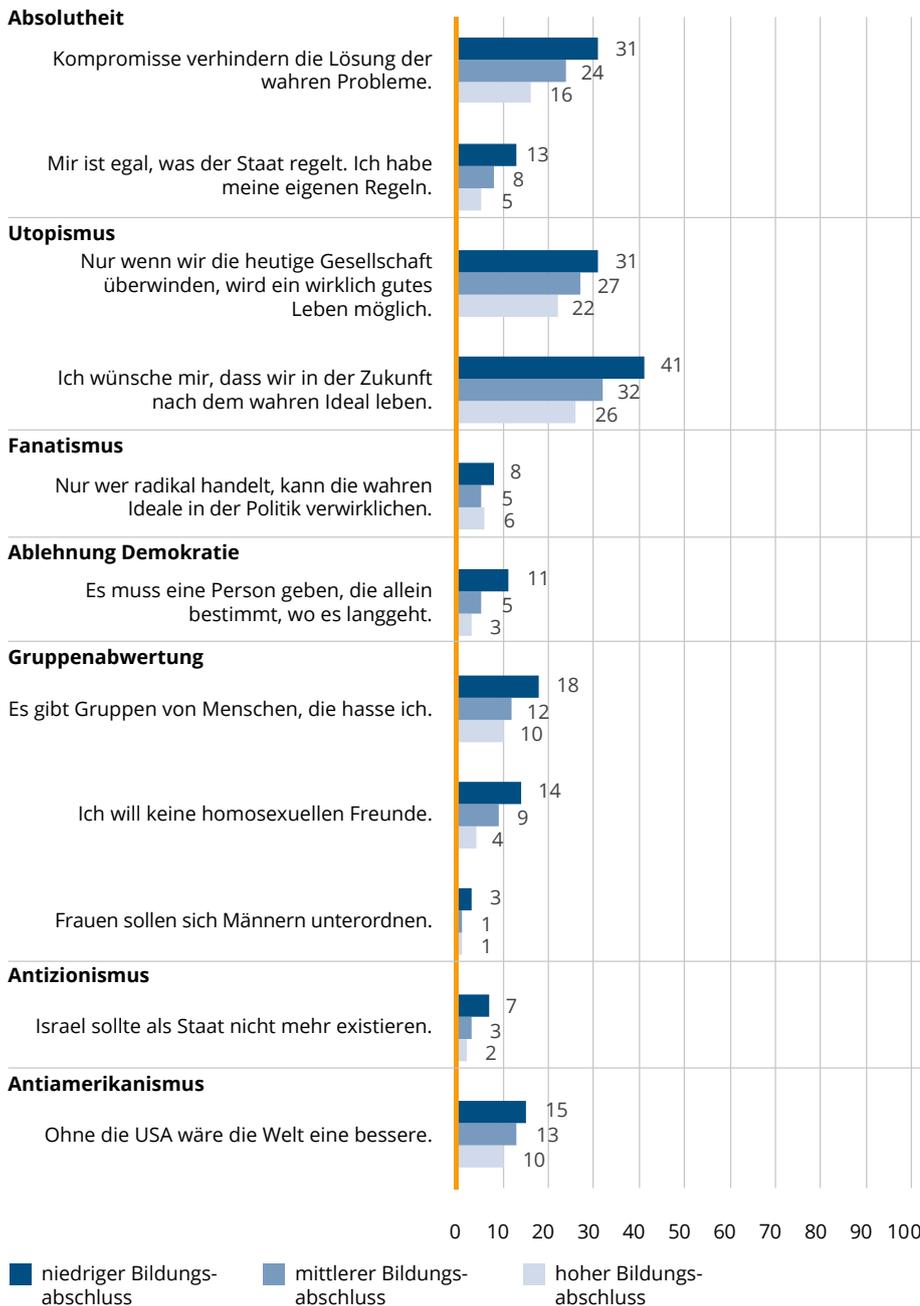
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“



Im Gegensatz zur Region und zum Geschlecht macht der formale Bildungsabschluss bei mehreren Einstellungen einen Unterschied. Grundsätzlich gilt: Je geringer der formale Bildungsabschluss, desto höher fällt die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen aus.

Am stärksten ausgeprägt sind die Bildungsunterschiede bei den Dimensionen Absolutheitsanspruch und Utopismus. Der Aussage „Kompromisse verhindern die Lösung der wahren Probleme“ stimmen 16 Prozent der Befragten mit hohem formalem Bildungsabschluss zu, aber ganze 31 Prozent der Befragten mit niedrigem formalem Bildungsabschluss. Bei der zweiten Aussage zum Absolutheitsanspruch „Mir ist egal, was der Staat regelt. Ich habe meine eigenen Regeln“ fällt der Unterschied zwischen formal niedrig und formal hoch Gebildeten mit 8 Prozentpunkten etwas geringer aus. Bei der Dimension Utopismus verhält es sich ähnlich. 41 Prozent der formal niedrig Gebildeten stimmen der Aussage zu „Ich wünsche mir, dass wir in der Zukunft nach dem wahren Ideal leben“, aber nur 26 Prozent der formal hoch Gebildeten. Bei der zweiten Utopismus-Aussage „Nur wenn wir die heutige Gesellschaft überwinden, wird ein wirklich gutes Leben möglich“ findet sich wieder eine Differenz von 9 Punkten zwischen Befragten mit niedriger und mit hoher formaler Bildung.

Abbildung 10: Allgemein Extremismus-affine Einstellungen nach formalem Bildungsabschluss (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“



Bezogen auf das Alter der Befragten weisen in der Tendenz jüngere Befragte zwischen 16 und 25 Jahren sowie ältere Befragte über 75 Jahre eine höhere Zustimmung zu allgemein Extremismus-affinen Aussagen auf als die anderen Altersgruppen. Bei einzelnen Aussagen fällt in der Altersgruppe 16 bis 25 Jahre zudem ein Unterschied zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund auf (ohne Abbildung). Dabei äußern junge Menschen mit Migrationshintergrund häufiger Extremismus-affine Einstellungen als junge Leute ohne Migrationshintergrund. Bei den Befragten über 75 Jahre findet sich dagegen bei manchen Aussagen ein deutlicher Ost-West-Unterschied. Ältere Ostdeutsche stimmen häufiger zu als ältere Westdeutsche.

Die überdurchschnittliche Zustimmung der Jüngeren zu Extremismus-affinen Einstellungen zeigt sich beispielsweise bei den Aussagen zum Utopismus, der allgemeinen Gruppenabwertung, der Ablehnung von Israel und der Ablehnung der USA. „Nur wenn wir die heutige Gesellschaft überwinden, wird ein wirklich gutes Leben möglich“ findet bei 38 Prozent der jüngsten Altersgruppe (16 bis 25 Jahre) Zustimmung. Bei den übrigen Altersgruppen stimmen mit 20 Prozent bis 29 Prozent deutlich weniger zu. „Ohne die USA wäre die Welt eine bessere“ meinen unter den 16- bis 25-Jährigen 18 Prozent, bei den anderen Altersgruppen sind es zwischen 10 Prozent und 14 Prozent. Eine Unterordnung der Frauen unter die Männer befürworten 5 Prozent in der jüngsten Altersgruppe. In den anderen Altersgruppen liegt die Zustimmung zwischen 0 Prozent und 2 Prozent.

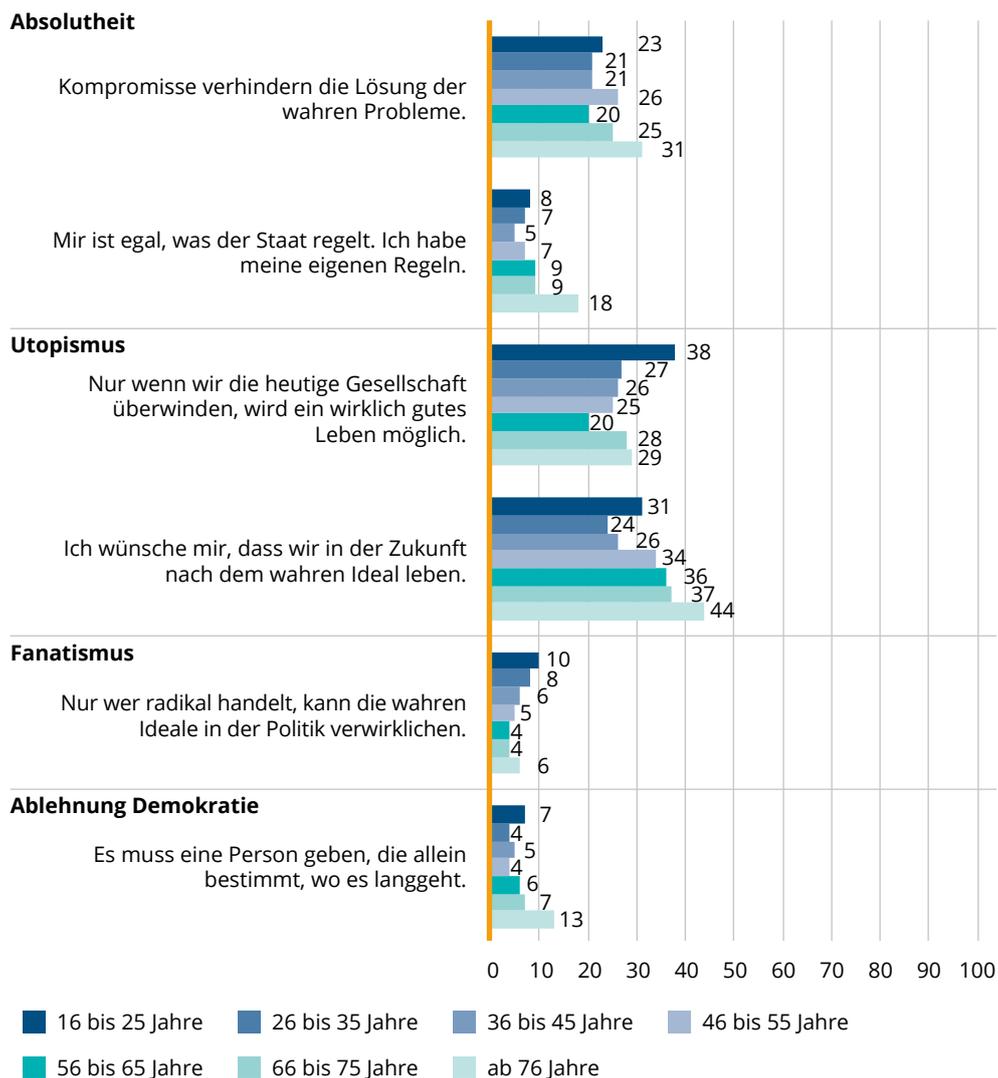
Bei einem Teil der Aussagen liegt die Zustimmung bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund besonders hoch (ohne Abbildung). „Nur wer radikal handelt, kann die wahren Ideale in der Politik verwirklichen“ findet die Zustimmung von 15 Prozent der 16- bis 25-Jährigen mit Migrationshintergrund. Die Zustimmung bei jenen derselben Altersgruppe ohne Migrationshintergrund liegt mit 6 Prozent deutlich niedriger. Der antizionistische Aussage „Israel sollte als Staat nicht mehr existieren“ stimmen 14 Prozent der 16- bis 25-Jährigen mit Migrationshintergrund zu, aber nur 3 Prozent in derselben Altersgruppe ohne Migrationshintergrund. Ein Gegenbeispiel ist aber die Aussage „Nur wenn wir die heutige Gesellschaft überwinden, wird ein wirklich gutes Leben möglich.“ Dieser Aussage stimmen mit 38 Prozent besonders viele junge Menschen zu, aber es gibt keinen deutlichen Unterschied bei jungen Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund.

Bei einer Reihe von Aussagen ist auch die Zustimmung bei den Ältesten, meist über 75 Jahre, überdurchschnittlich hoch. „Kompromisse verhindern die Lösung der wahren Probleme“ meinen 31 Prozent der Älteren über 75 Jahre. In den anderen Altersgruppen stimmen 26 Prozent oder weniger zu. Nach dem „wahren Ideal zu leben“, wünschen sich 44 Prozent der Personen über 75 Jahre, während die Zustimmung in den anderen Altersgruppen niedriger liegt. Die Forderung nach einer einzelnen bestimmenden Person erhält in der Altersgruppe über 75 Jahre die Zustimmung von 13 Prozent. In den anderen Altersgruppen stimmen zwischen 4 Prozent und 7 Prozent zu.

Einige dieser Aussagen finden bei den Älteren über 75 Jahre in Ostdeutschland größere Zustimmung als in Westdeutschland (ohne Abbildung). 23 Prozent der Ostdeutschen über 75 Jahre unterstützen die Aussage, es müsse eine Person geben, die allein bestimmt, wo es langgeht. Unter den Westdeutschen über 75 Jahre liegt der Anteil bei 11 Prozent. Dass Kompromisse die Lösung der wahren Probleme verhindern, ist die Ansicht von 38 Pro-

zent der Ostdeutschen über 75 Jahre. In Westdeutschland sind es in dieser Altersgruppe mit 30 Prozent deutlich weniger. Andersherum ist es bei dem Wunsch, nach dem „wahren Ideal“ zu leben, den 37 Prozent unter den Ostdeutschen über 75 Jahre unterstützen. In Westdeutschland sind es 45 Prozent.

Abbildung 11a: Allgemein Extremismus-affine Einstellungen nach Altersgruppe (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)

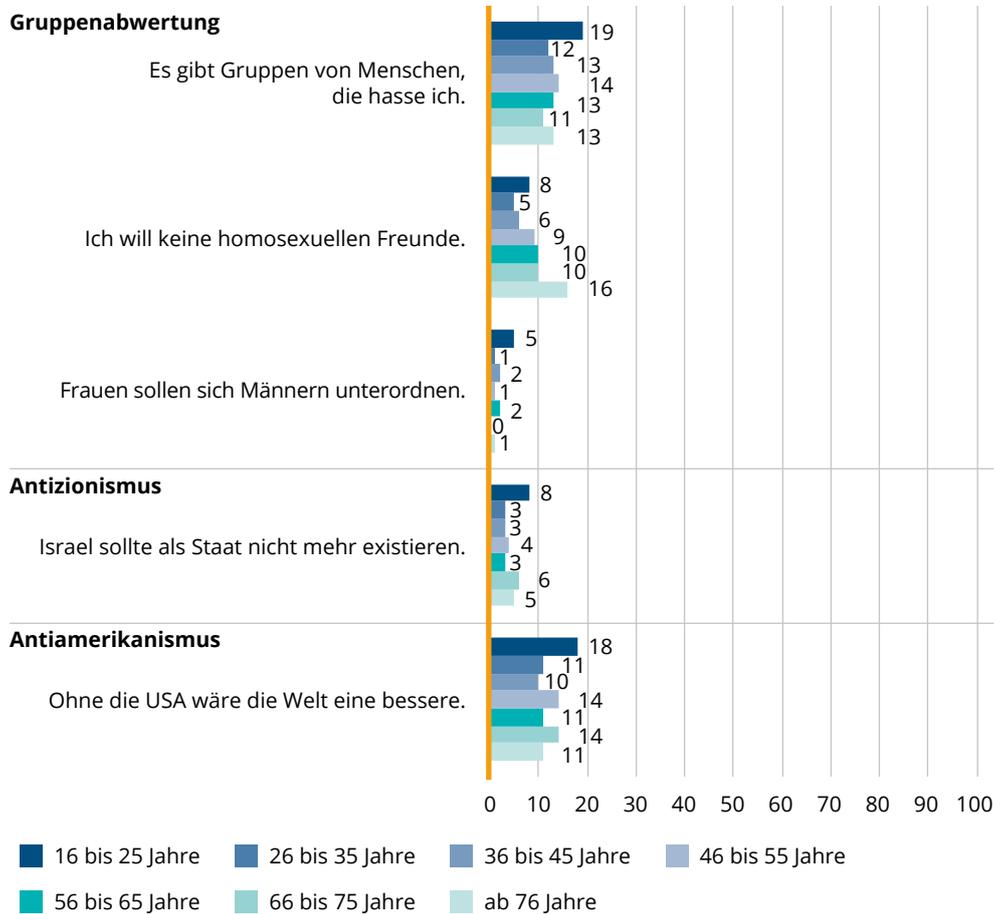


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“



Abbildung 11b: Allgemein Extremismus-affine Einstellungen nach Altersgruppe (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



Quelle: s. Abbildung 11a

Neben den jungen Menschen mit Migrationshintergrund stimmen auch die Muslime einzelnen allgemein Extremismus-affinen Aussagen häufiger zu als die Gesamtbevölkerung (ohne Abbildung). Muslime stimmen häufiger als der Durchschnitt voll und ganz oder eher zu, dass ein gutes Leben nur möglich sei, wenn wir die heutige Gesellschaft überwinden (43:27 Prozent), dass sie nach dem wahren Ideal leben wollen (48:33 Prozent) und dass man radikal handeln müsse, um die wahren Ideale zu verwirklichen (18:6 Prozent). Zusätzlich wollen Muslime überdurchschnittlich häufig keine homosexuellen Freunde (20:9 Prozent), lehnen die USA ab (37:13 Prozent) und negieren häufiger als der Durchschnitt das Existenzrecht Israels (16:4 Prozent).

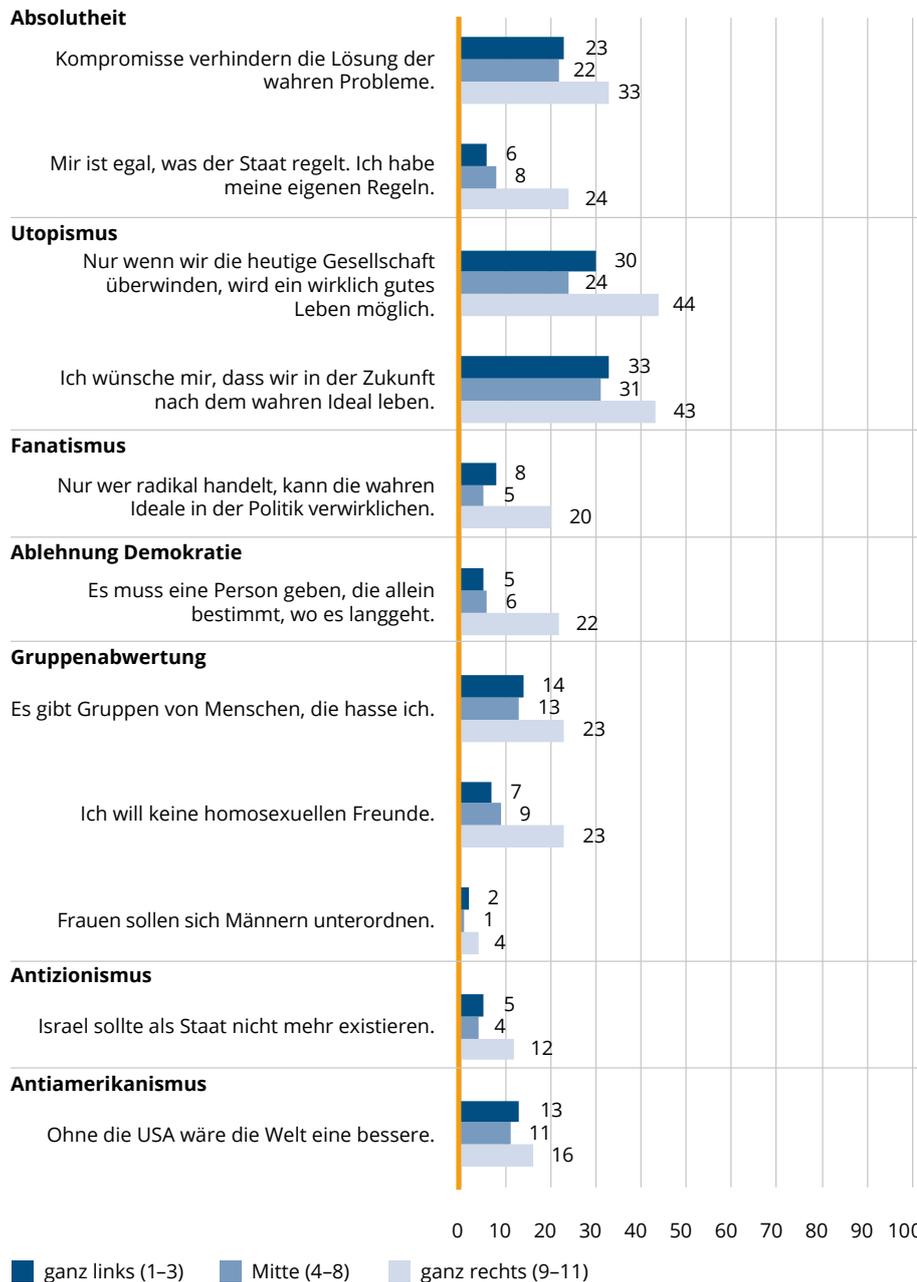
Zusätzliche Gruppendifferenzen legen Unterschiede nahe zwischen Befragten, die sich auf der sogenannten Links-Rechts-Skala ganz links (Skalenbereich 1–3), ganz rechts (Skalenbereich 9–11) oder in der Mitte (Skalenbereich 4–8) verorten. Man könnte annehmen, dass allgemein Extremismus-affine Einstellungen sowohl unter Personen am linken Ende der Skala als auch unter denen am rechten Ende stärker verbreitet sind

als unter Menschen, die sich als mittig einstufen. Tatsächlich werden aber die meisten hier gemessenen Einstellungen am häufigsten von Personen am rechten Skalenrand geteilt. Unter Befragten, die sich selbst als ganz rechts einstufen, finden sich allgemein Extremismus-affine Einstellungen wesentlich häufiger als unter Befragten, die sich ganz links oder mittig einordnen.

Lediglich bei den Aussagen „Frauen sollten sich Männern unterordnen“ und „Ohne die USA wäre die Welt eine bessere“ zeigen sich keine nennenswerten Unterschiede zwischen Personen am politisch rechten Rand und den anderen beiden Gruppen. Zudem gibt es einzig bei der Aussage „Nur wenn wir die heutige Gesellschaft überwinden, wird ein wirklich gutes Leben möglich“ auch einen Unterschied zwischen Personen am linken Rand und Personen, die sich in der Mitte verorten. Befragte im mittleren Skalenbereich stimmen zu 24 Prozent zu, die heutige Gesellschaft müsste überwunden werden. Das meinen 30 Prozent der Befragten im äußerst linken Skalenbereich und ganze 44 Prozent der Befragten, die sich selbst als sehr rechts einstufen.



Abbildung 12: Allgemein Extremismus-affine Einstellungen nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/lehne teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Allgemein Extremismus-affine Einstellungen verteilen sich ungleich über die Parteianhängerschaften. Insgesamt fallen vor allem die Wählerinnen und Wähler der AfD, die Nichtwählerinnen und Nichtwähler sowie bei einzelnen Aussagen die Wählerinnen und Wähler der Linken mit höheren Zustimmungswerten auf. Die geringste Zustimmung findet sich meist bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen.

Beide Aussagen der Dimension Absolutheitsanspruch finden besonders viel Zuspruch bei den Wählerinnen und Wählern der AfD sowie den Nichtwählerinnen und Nichtwählern. Dass Kompromisse die Lösung der wahren Probleme verhindern, meinen 40 Prozent der Nichtwählerinnen und Nichtwähler und 34 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler. Von den Wählerinnen und Wählern der Grünen äußern nur 14 Prozent diese Haltung. Bei den übrigen Wählerschaften schwankt die Zustimmung zwischen 20 (Linke) und 25 Prozent (CDU/CSU).

Eine Ablehnung staatlicher Regeln findet sich bei 20 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler. Damit gibt jede und jeder fünfte AfD-Wählerin und -Wähler an, sich nicht an staatlichen, sondern an den eigenen Regeln zu orientieren. Unter Nichtwählerinnen und Nichtwählern ist diese Einstellung mit 17 Prozent ebenfalls weit verbreitet. Bei den anderen Wählerschaften fällt die Zustimmung mit 3 Prozent (Grüne) bis 9 Prozent (CDU/CSU) deutlich geringer aus.

Bei den beiden erhobenen utopistischen Einstellungen zeigt sich kein einheitliches Muster. Die Überwindung der heutigen Gesellschaft wird von 41 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Linken befürwortet. Ähnlich hoch liegt die Zustimmung bei Nichtwählerinnen und Nichtwählern mit 39 Prozent. Mit leichtem Abstand folgen die Wählerinnen und Wähler der AfD (33 Prozent) und der FDP (31 Prozent). Kurz dahinter liegen SPD- und Grünen-Wählerinnen und -Wähler mit 26 und 27 Prozent. Die geringste Zustimmung zur Überwindung der Gesellschaft zeigen die Wählerinnen und Wähler von CDU und CSU mit lediglich 20 Prozent. Damit ist die Überwindung der heutigen Gesellschaft die einzige allgemein Extremismus-affine Aussage, bei der die Grünen-Wählerschaft nicht die geringste Zustimmung aufweist.

Der Wunsch, in Zukunft nach dem wahren Ideal zu leben, ist vor allem im Nichtwählerlager verbreitet. Gut jede zweite Nichtwählerin und jeder zweite Nichtwähler stimmen diesem Wunsch zu. Unter den Wählerinnen und Wählern der AfD äußern immerhin noch 40 Prozent, nach dem wahren Ideal leben zu wollen. Bei den anderen Wählerschaften variiert die Zustimmung zum wahren Ideal zwischen 26 Prozent (Grüne) und 33 Prozent (CDU/CSU).

Fanatismus und der damit einhergehende Wunsch nach radikalem Handeln ist am stärksten ausgeprägt bei den Wählerinnen und Wählern der AfD (14 Prozent) sowie der Linken (12 Prozent). In allen anderen Wählergruppen findet sich nur Zustimmung im einstelligen Prozentbereich. Die geringste Zustimmung zu radikalem Handeln zeigen die Wählerinnen und Wähler der Grünen und der FDP (je 3 Prozent), aber auch bei den Wählerinnen und Wählern der SPD (6 Prozent) und von CDU/CSU (7 Prozent) sowie im Nichtwählerlager (7 Prozent) ist der Wunsch nach Radikalität sehr gering ausgeprägt.



Den Wunsch nach einer Person, die allein bestimmt, wo es langgeht, äußern am häufigsten die Wählerinnen und Wähler der AfD (14 Prozent). Bei den übrigen Wählerschaften liegt die Zustimmung zu einem Alleinherrscher zwischen 2 Prozent (Grüne) und 9 Prozent (Nichtwählerinnen und Nichtwähler).

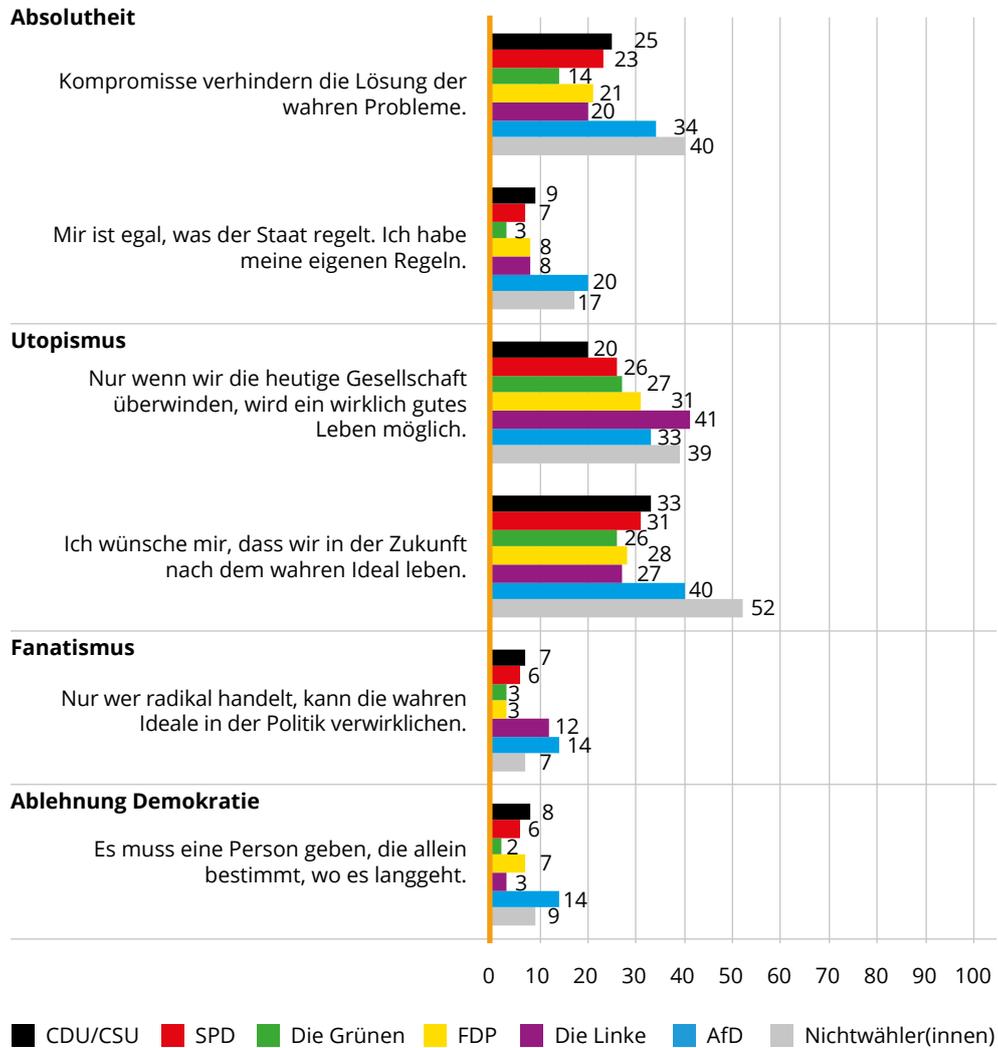
Bei der allgemeinen Gruppenabwertung ist das Bild weniger klar, da die Unterschiede zwischen den Wählerschaften sehr gering ausgeprägt sind. Zwar geben auch hier die Wählerinnen und Wähler der AfD mit 17 Prozent am häufigsten an, dass es Gruppen von Menschen gebe, die sie hassen. In den anderen Wählerschaften liegt die Zustimmung aber mit 12 Prozent (Grüne) bis 15 Prozent (Linke und SPD) auf einem ähnlichen Niveau.

Bei der spezifischen Gruppenabwertung fällt vor allem die überdurchschnittliche Ablehnung homosexueller Freunde unter Wählerinnen und Wählern der AfD auf. 16 Prozent der AfD-Wählerschaft geben an, keine homosexuellen Freunde zu wollen. Bei den anderen Wählergruppen liegt die Ablehnung homosexueller Freunde zwischen 3 Prozent (Grüne) und 13 Prozent (Nichtwählerinnen und Nichtwähler). Die Meinung, Frauen sollten sich Männern unterordnen, ist in allen Wählergruppen sehr selten. Am häufigsten findet sie sich im Nichtwählerlager mit 7 Prozent. Bei den anderen Wählerschaften schwankt die Zustimmung zur Unterordnung von Frauen zwischen 0 Prozent (Linke) und 4 Prozent (AfD).

Die Negierung des Existenzrechts Israels ist in allen Wählergruppen die absolute Ausnahme. Knapp am häufigsten sprechen die Wählerinnen und Wähler der AfD Israel das Existenzrecht ab (7 Prozent). In den anderen Gruppen liegt die Zustimmung zur Aussage „Israel sollte als Staat nicht mehr existieren“ zwischen 2 Prozent (Grüne) und 6 Prozent (CDU/CSU).

Dagegen finden sich bei der antiamerikanischen Haltung größere Unterschiede zwischen den Wählergruppen. Der Aussage „Ohne die USA wäre die Welt eine bessere“ stimmt rund ein Fünftel der Wählerinnen und Wähler der AfD (22 Prozent) sowie der Linken (20 Prozent) zu. Bei den übrigen Wählerschaften liegt die Zustimmung zwischen 8 Prozent (Grüne) und 15 Prozent (Nichtwählerinnen und Nichtwähler).

**Abbildung 13a: Allgemein Extremismus-affine Einstellungen nach Sonntagsfrage
(Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)**

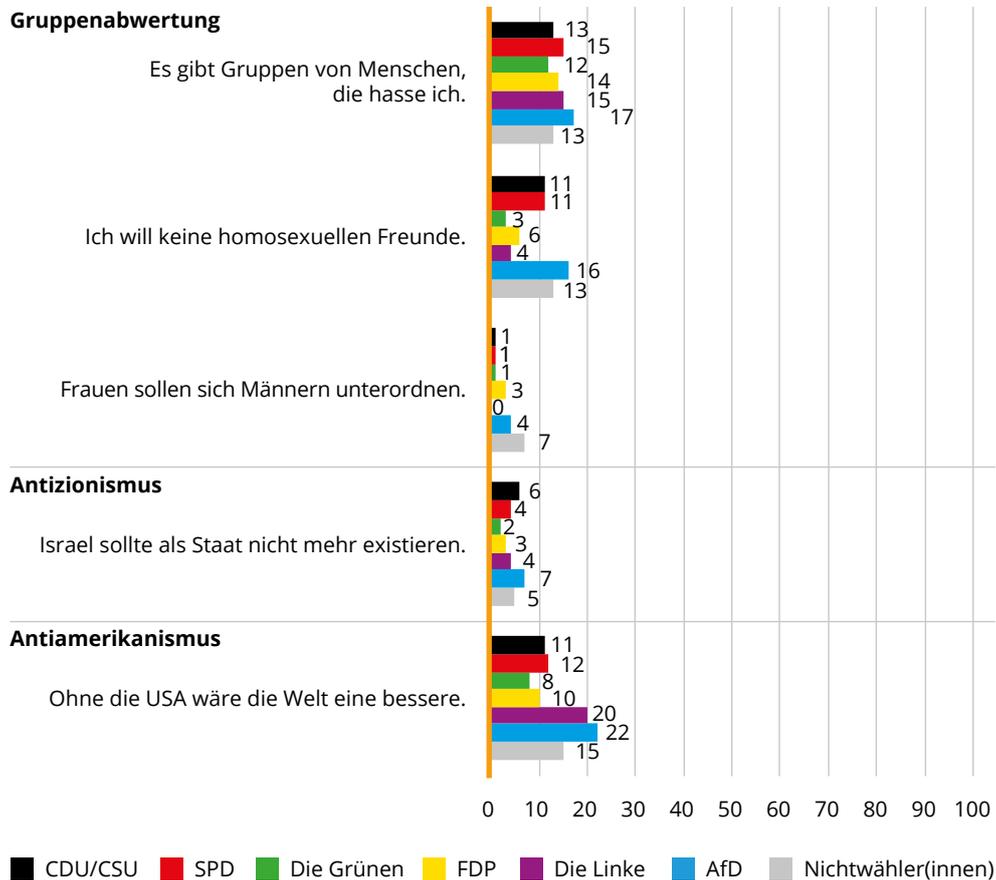


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“



Abbildung 13b: Allgemein Extremismus-affine Einstellungen nach Sonntagsfrage (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



Quelle: s. Abbildung 13a

Insgesamt werden die allgemein Extremismus-affinen Einstellungen vergleichsweise selten vertreten. Etwas größer ist die Zustimmung bei den Aussagen zum Utopismus, die für sich genommen allerdings nur sehr bedingt auf eine extremistische Haltung schließen lassen. Überdurchschnittlich ist die Zustimmung aber bei Jüngeren und Älteren, bei Personen mit einer politischen Selbsteinordnung weit rechts und in der Anhängerschaft der AfD.

- 14 Abweichungen zwischen den zusammengefassten Werten im Text und den addierten Werten aus den Grafiken ergeben sich aus Rundungsdifferenzen.
- 15 In einer früheren Studie zeigte sich ebenfalls eine sehr geringe Ablehnung der Demokratie. Nur 4 Prozent stimmten der Aussage voll und ganz oder eher zu „Die Demokratie gehört eigentlich abgeschafft“ (Pokorny 2020: 53 ff.)
- 16 Der geringe Prozentanteil soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich in absoluten Zahlen durchaus um eine relevante Gruppe handelt. Der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07.10.2023 hat dieses Einstellungspotenzial aktiviert. Die propalästinensischen, antisemitischen Demonstrationen verdeutlichen dies.
- 17 Die Zitate aus den Interviews werden wörtlich übernommen. Es handelt sich also um gesprochene Sprache und etwaige grammatikalische Fehler und Ähnliches sind, entsprechend der Regeln qualitativer Sozialforschung, hier wiedergegeben.

5

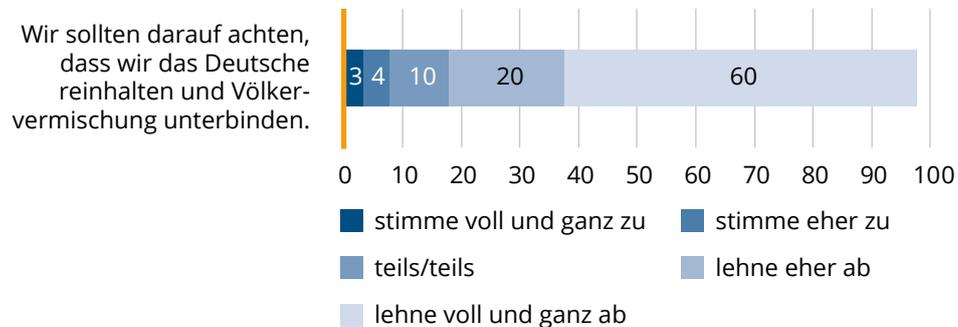
Rechtsextremismus-affine Einstellungen

5.1 Verbreitung Rechtsextremismus-affiner Einstellungen in der Bevölkerung

Zur Messung Rechtsextremismus-affiner Einstellungen wurden die Dimensionen Ethnopluralismus/Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Sozialdarwinismus erhoben. Insgesamt fällt die Zustimmung bei allen Dimensionen Rechtsextremismus-affiner Einstellungen bei den hier gewählten Aussagen sehr gering aus. Lediglich Ausländerfeindlichkeit, gemessen mit dem Ärger über das Benehmen von Ausländern, erhält eine größere Zustimmung.

Im Detail sehen die Ergebnisse folgendermaßen aus. Ethnopluralismus/Rassismus wird von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Lediglich 3 Prozent stimmen der Aussage „Wir sollten darauf achten, dass wir das Deutsche reinhalten und Völkervermischung unterbinden“ voll und ganz zu, weitere 4 Prozent stimmen eher zu. Eine große Mehrheit von 80 Prozent lehnt die Reinhaltung des Deutschen eher oder voll und ganz ab.

Abbildung 14: Verbreitung der Dimension Ethnopluralismus/Rassismus



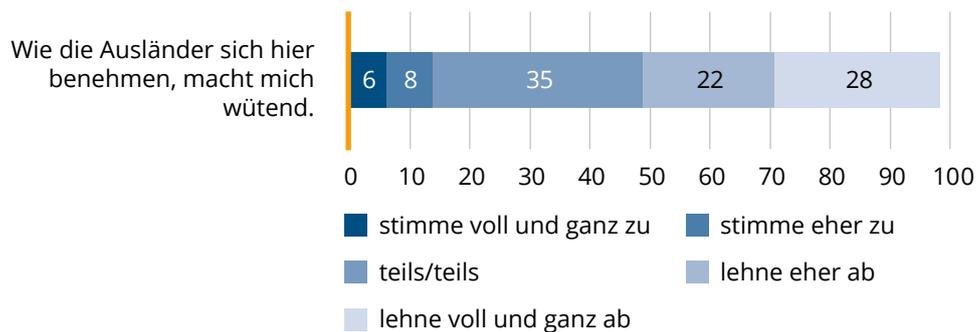
Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“



Ausländerfeindlichkeit misst die Aussage „Wie die Ausländer sich hier benehmen, macht mich wütend“. Lediglich 6 Prozent stimmen dieser Aussage voll und ganz zu, weitere 8 Prozent stimmen eher zu. Mit 35 Prozent fällt der Anteil derjenigen, die teils zustimmen und teils ablehnen, relativ hoch aus. Die Hälfte der Befragten meint jedoch nicht, dass sie das Benehmen der Ausländer wütend mache. 50 Prozent lehnen die Aussage eher oder voll und ganz ab.

Abbildung 15: Verbreitung der Dimension Ausländerfeindlichkeit



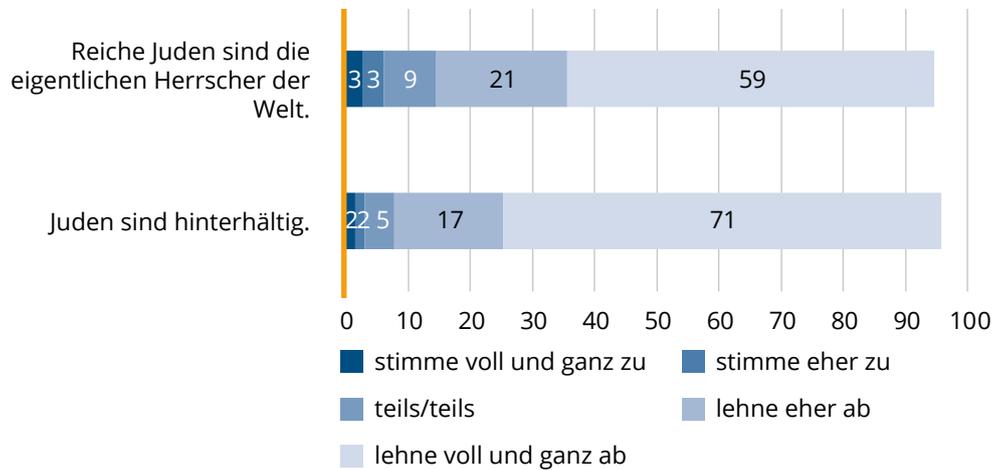
Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Antisemitische Einstellungen sind selten. Lediglich 6 Prozent stimmen voll und ganz (3 Prozent) oder eher (3 Prozent) zu, dass reiche Juden die eigentlichen Herrscher der Welt seien. 80 Prozent lehnen diese Aussage eher oder voll und ganz ab.

Noch geringer fällt die Zustimmung bei der Aussage „Juden sind hinterhältig“ aus. 4 Prozent stimmen dem voll und ganz zu (2 Prozent) oder eher zu (2 Prozent). Dagegen lehnen 88 Prozent eher oder voll und ganz ab, dass Juden hinterhältig seien (für eine ausführliche Analyse antisemitischer Einstellungen siehe Hirndorf 2023c).

Abbildung 16: Verbreitung von Einstellungen der Dimension Antisemitismus

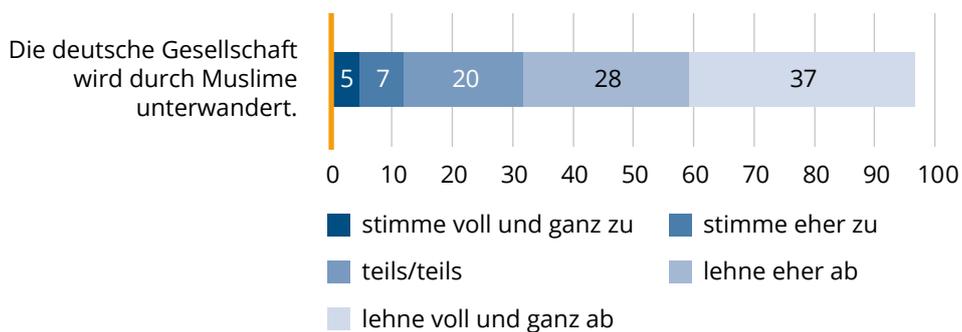


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Islamfeindlichkeit wird etwas häufiger geäußert als Antisemitismus. 5 Prozent stimmen voll und ganz zu und weitere 7 Prozent eher zu, dass die deutsche Gesellschaft durch Muslime unterwandert werde. Die überwiegende Mehrheit von 65 Prozent lehnt aber auch diese Aussage voll und ganz oder eher ab.

Abbildung 17: Verbreitung der Dimension Islamfeindlichkeit



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

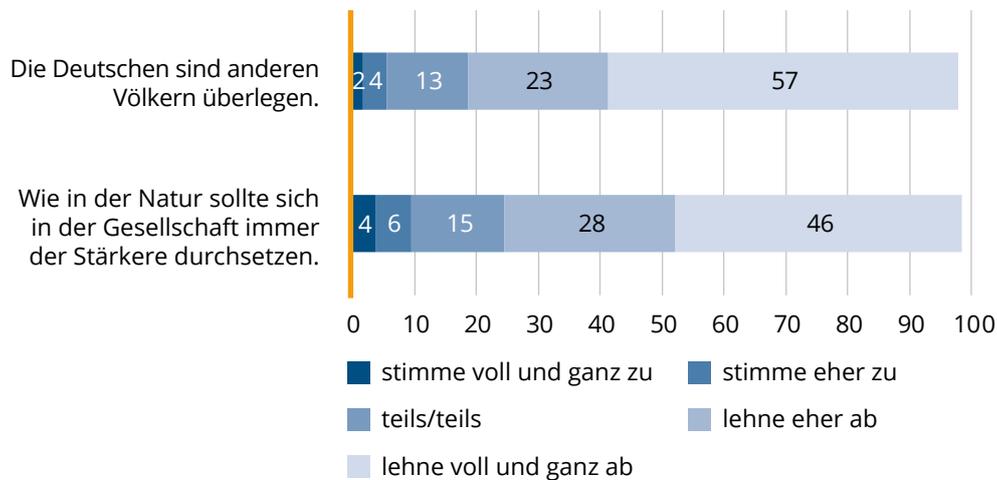
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“



Bei der Dimension Sozialdarwinismus wurden zwei Aussagen verwendet, die (fast) identisch auch in anderen Studien benutzt wurden (siehe exemplarisch Decker et al. 2022; Zick et al. 2023). Dass die Deutschen anderen Völkern überlegen seien, meinen 2 Prozent voll und ganz, weitere 4 Prozent stimmen eher zu. Die überwiegende Mehrheit lehnt diese Aussage ab. 23 Prozent lehnen eher und 57 Prozent voll und ganz ab, die Deutschen seien anderen Völkern überlegen. Damit liegen die Werte relativ nah an den Werten der letzten Mitte-Studie (Zick/Mokros 2023: 64 f.) sowie der Autoritarismus-Studie (Decker et al. 2022: 38), auch wenn sich in beiden Studien eine leicht höhere Zustimmung zeigt.

Die Zustimmung zur zweiten sozialdarwinistischen Aussage fällt kaum höher aus als zur vermeintlichen deutschen Überlegenheit. Dass sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen sollte, meinen insgesamt 10 Prozent der Bevölkerung. 28 Prozent lehnen das Gesetz des Stärkeren eher und 46 Prozent voll und ganz ab. Auch hier zeigt sich eine relativ große Ähnlichkeit zu den Daten der Mitte-Studie (Zick/Mokros 2023: 64 f.) und der Autoritarismus-Studie (Decker et al. 2022: 38).

Abbildung 18: Verbreitung von Einstellungen der Dimension Sozialdarwinismus



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

5.2 Rechtsextremismus-affine Einstellungen in den qualitativen Interviews

In den qualitativen Interviews zeigen sich Rechtsextremismus-affine Einstellungen vor allem durch Rassismus/Ausländerfeindlichkeit, häufig gegenüber Muslimen. Zum Teil wird die ablehnende Haltung mit einer Angst vor Überfremdung begründet. Teilweise empfinden die Befragten auch ein Gefühl der Ungerechtigkeit, das auf der Annahme basiert, Ausländer würden bessergestellt als Deutsche:

Interviewer: „Was bedeutet für Sie Überfremdung? Wo zeigt sich das?“

Befragter: „[...] Ich sage mal so. jetzt stellen Sie mich nicht irgendwohin ... [...] ... dass die weiße, nordische Rasse aussterben wird. [...] Jetzt bin ich kein Rassist, aber ich weiß nicht ... Das ist alles ... In manchen Dingen kann ich auch Rassist sein, sage ich mal so. Wenn es mir alles zu doll an den Nagel geht oder so was. Sonst, wir ... Multikulti macht ja in irgendeiner Linie – auf einer Art kann ich es verstehen, aber es ist zu viel. Wenn du dann siehst, hier auch in **, nur in **. Die ganzen 20-Jährigen mit Lamborghini oder Porsche und BMW und du stehst da, Alter, und denkst: Was ist los mit dir? Der hat bestimmt gearbeitet, sein ganzes Leben und hat jetzt den Wagen gekauft oder was? Damit zu protzen und all so was. Und unsere deutschen Frauen dann, oder überhaupt hellhäutige Frauen hier, die hier angemacht werden. Die musst du gleich alle ... ich weiß nicht. Der nicht arbeitet: raus. Entweder gehst du arbeiten oder weg.“

[Männlich | 46–55 Jahre]

Zudem nehmen manche Befragte Ausländer als Sicherheitsrisiko wahr. Sie fürchten, ihre persönliche Sicherheit und die Sicherheit der Deutschen seien gefährdet, insbesondere durch junge, männliche Ausländer:

Befragter: „Das ist ja das, was ich die ganze Zeit sage: Leute, die kommen hierher und werden hier kriminell. Das ist ja auch überfremdet. Was ich vorhin gesagt habe: Diese Clans da, die kommen ja eigentlich nur hierher, um kriminell zu werden. Wie war das damals in Dresden? Das war ja auch irgend so ein Clan, der dieses ... überfallen hat, wie heißt das in Dresden?“

Interviewer: „Das Gewölbe da sozusagen.“

Befragter: „Und haben da, was weiß ich ... Und das waren doch auch kriminelle Ausländer. Das war auch irgendein Clan und da wird eigentlich zu wenig getan. Ich glaube, das geht so weit, dass sogar die Staatsoberhäupte Angst vor denen haben. Anstatt sie zu bestrafen oder irgendwas dagegen zu tun. Das ist schon eine Überfremdung, wenn das eigene Volk sich nicht mehr traut, was gegen Ausländer zu sagen, weil dann was passieren kann. Wenn das einer hört mal irgendwann, dann kriegst du einen auf die Fresse oder so was.“

[Männlich | 66–75 Jahre]



„Nur, es ist einfach so, man liest schon, dass die Vergewaltigungen beispielsweise in Deutschland hauptsächlich durch – da habe ich auch einen Screenshot gemacht, den habe ich mir eingespeichert, dass ich das mal als Grundlage habe – dass es einfach hauptsächlich auf Asylanten und auf ausländische, also die keinen deutschen Pass haben, zurückzuführen ist. Also von der Prozentzahl her.“

[Männlich | 26–35 Jahre]

„Das sind Männer im kampffähigen Alter. Das ist halt irgendwie, das ist alles ein bisschen merkwürdig, muss ich sagen. In meinen Augen sind das Soldaten, die hier hinkommen, und ich habe ehrlich gesagt Angst, dass die irgendwann mal das, ich sage mal, das Land übernehmen, und Deutschland nicht mehr Deutschland ist.“

[Männlich | 26–35 Jahre]

Außerdem findet sich in manchen qualitativen Interviews die Wahrnehmung eines kulturellen Problems. Dies geht einher mit dem Wunsch, die „deutsche Kultur“ nicht mit dem Islam zu vermischen oder auch mit einer Skepsis gegenüber anderen Kulturen:

„Ich glaube einfach an die deutsche Kultur. Ich finde, wir haben eine gute Kultur und an der soll man auch festhalten. Ich glaube auch, umso mehr Leute von anderen Ländern kommen, umso weniger wird es wichtig. Irgendwann ist es alles vermischt. Ich will nicht, ich sage es noch mal, das hört sich vielleicht ein bisschen radikal an, aber ich will nicht nach Rosenheim gehen, obwohl es da auch schon Moscheen gibt, aber dass ich da irgendwie überall nur noch die Moscheen sehe. Ich finde, Deutschland ist ein christliches Land. Es soll, finde ich, auch christlich bleiben oder halt einfach komplett abrücken von der Religion. Aber nicht irgendwie überall Moscheen aufbauen. Das ist für mich einfach nicht richtig. Ich glaube einfach an die deutsche Kultur und ich mag nicht diese Kulturen aus dem Islambereich. Das taugt mir einfach nicht. Ich glaube, das ist einfach so ein bisschen Gift für die deutsche Kultur und deswegen ist es schon so ein Thema, das beschäftigt mich schon sehr.“

[Männlich | 26–35 Jahre]

„Das geht los mit dem Verschleiern und mit dem Eingewickelten. Die sind ja zugemummt, die Frauen. Und da sind viele Sachen, wo man sagt, wir haben uns fast schon dran gewöhnt. Aber ob das alles so in Ordnung ist?“

[Männlich | über 75 Jahre]

Vereinzelt gibt es in diesem Zusammenhang auch eine inhaltliche Nähe zu Verschwörungstheorien, indem von einer gezielten „Umvolkung“ ausgegangen wird:

„Seit 2015 weiß ich zum Beispiel, dass die ja hier gar nicht mehr so viele Deutsche haben wollen. Das steht doch schon fest. Die wollen doch hier ... Deutschland soll das Mischland werden, kein anderes Land, wie Deutschland. Hier soll alles rein und deswegen kommen hier die ganzen Flüchtlinge immer schön her und ... [...] Es ist gar nicht gewollt, dass in Deutschland, so wie es in anderen Ländern ist, hauptsächlich Deutsche leben. So soll das nicht sein.“

[Weiblich | 26–35 Jahre]

Antisemitismus spielt in den qualitativen Interviews eine untergeordnete Rolle. Hier führt sicher auch die soziale Erwünschtheit zu einer größeren Zurückhaltung im direkten Gespräch, zumal der Nahost-Konflikt zum Zeitpunkt der Befragung medial nicht im Fokus stand und somit keine latenten Einstellungen aktivieren konnte. Vereinzelt (häufig in Kombination mit Verschwörungstheorien) wird aber auf das Stereotyp des geldgierigen Juden zurückgegriffen:

„Ich meine, wenn wir das Haus Rothschild nehmen oder grundsätzlich das Judentum. Man hat denen irgendwann verboten, Jobs zu machen, die handwerklich sind. Also haben sie dann diese ganzen Händler- und Banker-Sachen gemacht. Und für diesen Job ist es halt notwendig, dass man skrupellos ist. Ansonsten ist man nicht erfolgreich. Und somit haben dann durch natürliche Selektion dann die überlebt oder wurden erfolgreicher, die halt sich besser dafür geeignet haben. Das ist ja wiederum nicht deren Schuld, dass die so sind, sondern das hat sich so ergeben.“

[Männlich | 36–45 Jahre]

Häufiger kritisieren Befragte die Erinnerungskultur an den Holocaust und wünschen sich, dass die deutsche Schuld heutzutage keine Rolle mehr spielen sollte:

„[K]lar darf es nicht in Vergessenheit geraten, das ist in Ordnung. Aber was da immer für ein Wind gemacht wird. Und dann Reichspogromnacht und dann dies und das und jetzt war wieder erst was, wo dann der Halbmast geflaggt wurde usw. Ich weiß nicht, ob das andere Staaten auch so machen. Kann ich mir nicht vorstellen, dass da so viel Wind gemacht wird, wie hier in Deutschland. [...] Ist ja schön und gut, aber irgendwann mal muss auch Schluss sein, vor allen Dingen mit den Zahlungen.“

[Männlich | 46–55 Jahre]

„Nur manchmal, also man kommt mit den jüdischen Mitmenschen ja auch gut klar. Nur manchmal erwecken die so den Eindruck, dass wir immer noch Schuld sind an den Taten, die, ja, in Zeiten des Nationalsozialismus begangen wurden. Und da kann ich nichts für, und die haben eigentlich jetzt auch keine Ansprüche mehr zu stellen, denke ich mir so. [...] Ja, und da kann man heute nicht mehr noch uns für verantwortlich machen. Und da meine ich immer denn, da wird zu viel immer noch, die müssen sich nicht wundern, wenn man das irgendwann nicht mehr hören will. Und ich meine, wir sind jetzt ja schon 50, aber unsere Kinder, die haben damit gar nichts mehr zu tun. Ich meine, vergessen soll man



das nicht. Man soll auch aus der Geschichte lernen [...] Aber, ja ... Ja, man muss vielleicht irgendwann auch mal Ruhe geben. [...] Ein Schlussstrich gezogen werden, denn, ich sage mal so, wenn jemand ein Verbrechen begangen hat, dann, wenn irgendein Mensch jemand anderen umgebracht hat, dann werden die Kinder dafür nicht auch noch bestraft, und die Enkelkinder. Irgendwann muss es auch mal gut gewesen sein.“

[Weiblich | 56–65 Jahre]

Im Gegensatz zu anderen Studien wurde in dieser Untersuchung bewusst auf die Dimension Verharmlosung des Nationalsozialismus verzichtet, denn: „Jeder Nationalsozialist ist ein Rechtsextremist, aber nicht jeder Rechtsextremist ist ein Nationalsozialist“ (Pfahl-Traughber 2020: 23). Insbesondere in der Neuen Rechten beruft man sich nicht auf den Nationalsozialismus, sondern auf die Konservative Revolution der Weimarer Republik (Pfahl-Traughber 2019). Daher wurde keine Aussage zum Nationalsozialismus in die repräsentative Umfrage aufgenommen. In den qualitativen Interviews kommt das Thema aber vereinzelt zur Sprache, so zum Beispiel bei der sogenannten Sonntagsfrage:

Interviewer: „Welche Partei würden Sie denn aktuell wählen, wenn jetzt Bundestagswahl wäre?“

Befragter: „Gar keine.“

Interviewer: „Und warum nicht?“

Befragter: „Weil es die NSDAP nicht mehr gibt.“

Interviewer: „Das heißt, die würden Sie wählen sozusagen, wenn es die geben würde?“

Befragter: „Ja, aber nicht mit den Leuten, die früher dort waren. [...] Es gibt schon Sachen, die gut waren. Nicht gut war diese ganze Judenverfolgung, diese Morde. Aber es gibt auch andere Sachen: Arbeiter, Soldaten, Wohnungen. Aber es gibt halt auch schlechte Sachen, die ich verurteile, logisch. Aber der Bevölkerung ging es ganz gut. [...] Straßen wurden gebaut. Aber es gibt halt eben andere Sachen, die schlecht waren. Den Panzerbau hätte man weglassen können oder Waffen herstellen und diese Dinge. Ich sage immer: Das, was gut war, das war gut. Das kann man nicht wegdeuten. Aber es war halt eben auch vieles schlecht. Das mit den ganzen KZs oder wie sie hießen, die Konzentrationslager, das hätte nicht sein müssen. Da sind halt Leute bestraft worden, die eigentlich gar nichts dafür konnten.“

[Männlich | 66–75 Jahre]

5.3 Verteilung Rechtsextremismus-affiner Einstellungen in sozialen Gruppen

In welchen Bevölkerungsgruppen eher Rechtsextremismus-affine Einstellungen zu finden sind, zeigt der Vergleich von West und Ostdeutschland, Geschlecht, Bildung, Alter, politischer Orientierung und Parteipräferenz.

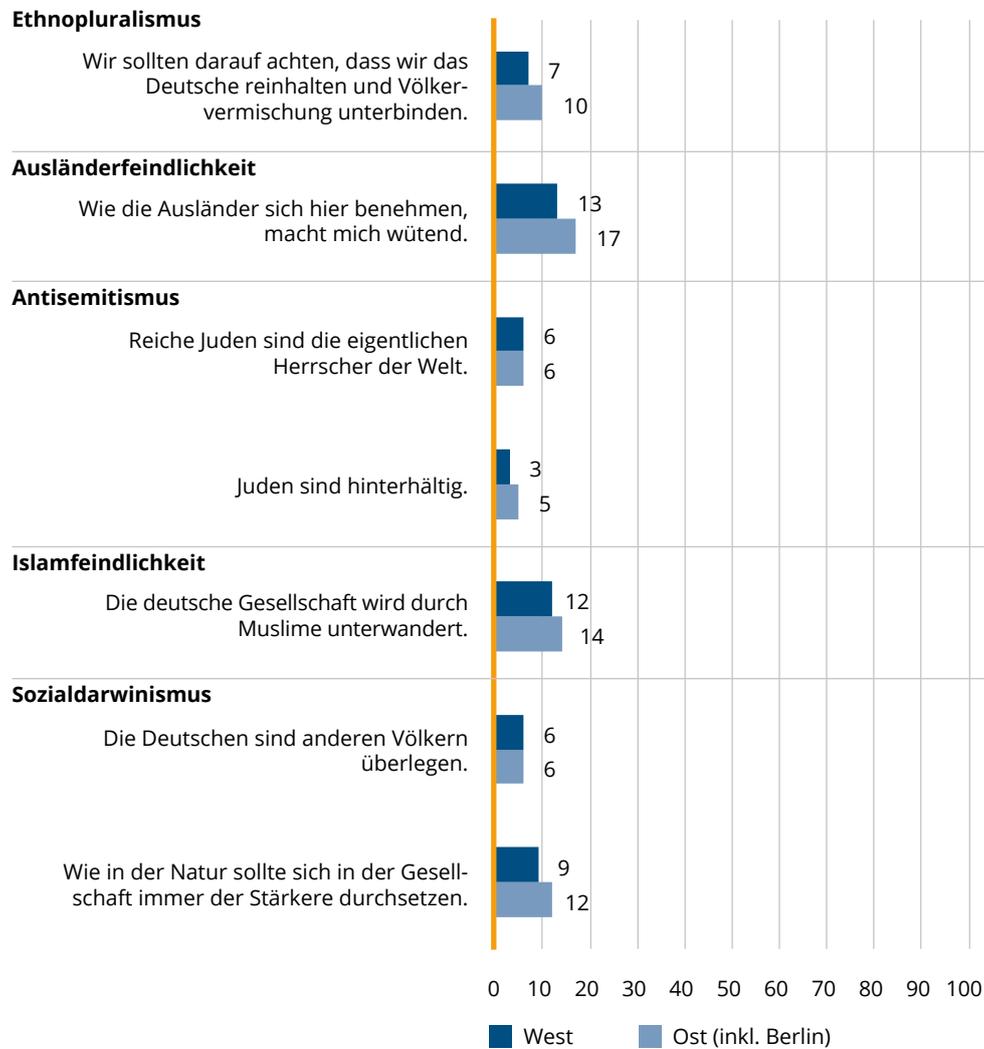
Wie bei den allgemein Extremismus-affinen Einstellungen finden sich auch bei Rechtsextremismus-affinen Einstellungen keine Unterschiede zwischen Ost und West oder nach Geschlecht. Unter Menschen mit einem höheren formalen Bildungsabschluss ist die Zustimmung etwas geringer als bei jenen mit einem niedrigeren formalen Bildungsabschluss. Die Altersunterschiede sind bei Rechtsextremismus-affinen Einstellungen kleiner als bei allgemein Extremismus-affinen Einstellungen, wobei es wiederum die Älteren über 75 Jahre sind, die zumindest bei einzelnen Einstellungen häufiger zustimmen.

Die allgemeine Messung von politischer Orientierung auf der Links-Rechts-Skala bewährt sich. Personen, die sich auf dieser Skala ganz rechts verorten, stimmen zu höheren Anteilen den Rechtsextremismus-affinen Einstellungen zu. Doch sowohl bei den Personen, die sich als ganz rechts einstufen, als auch in der Wählerschaft der AfD ist es nur eine Minderheit, die den Rechtsextremismus-affinen Einstellungen zustimmt. Gleichwohl ist die Zustimmung in der AfD-Anhängerschaft jeweils deutlich höher als in den Anhängerschaften aller anderen Parteien.

Nehmen wir uns die Ergebnisse im Einzelnen vor. Rechtsextremismus-affine Einstellungen unterscheiden sich nicht nennenswert zwischen Ost- und Westdeutschland. Wenn es geringe Unterschiede gibt, liegt die Zustimmung in Ostdeutschland etwas höher, aber die höchste Prozentpunktdifferenz liegt lediglich bei 4 Punkten.



**Abbildung 19: Rechtsextremismus-affine Einstellungen nach Region
(Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)**

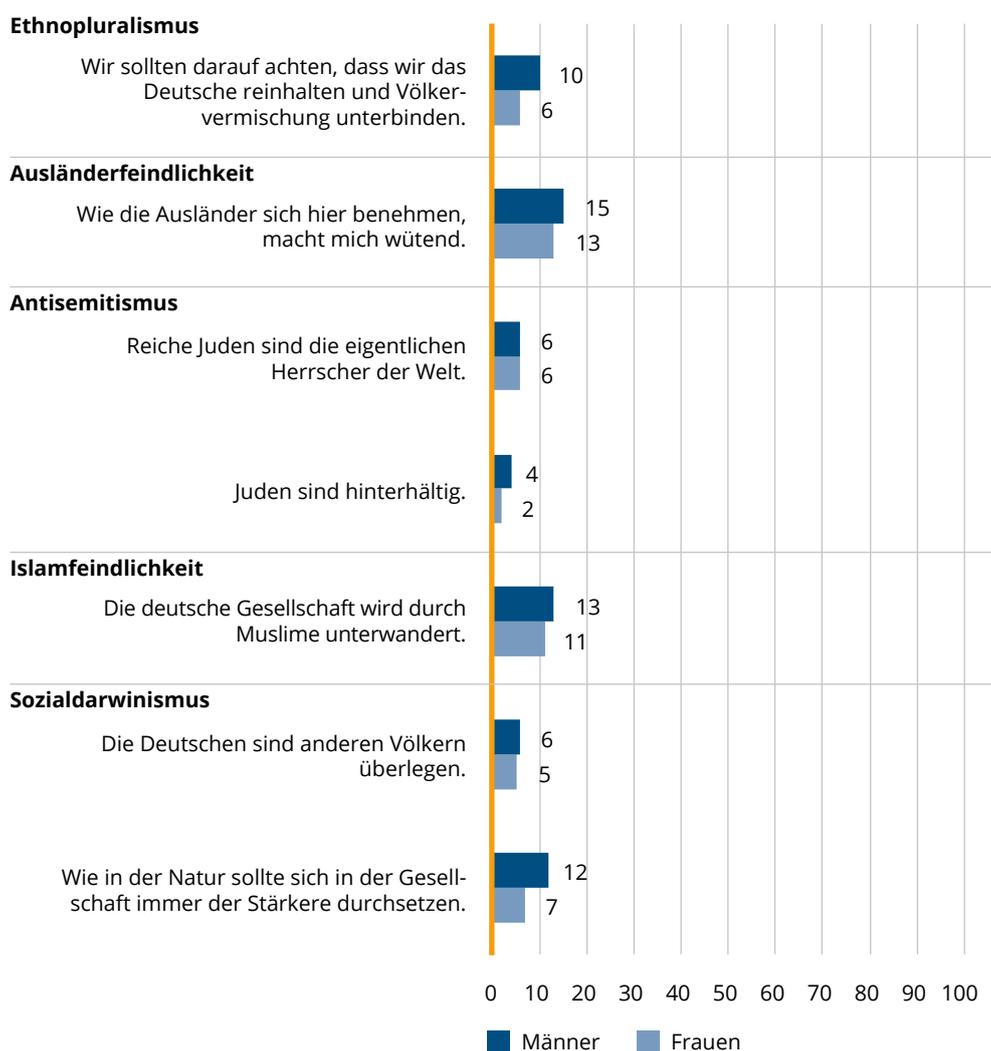


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Männer und Frauen weisen bei fast allen Dimensionen ähnlich selten Rechtsextremismus-affine Einstellungen auf. Bei der Dimension Sozialdarwinismus stimmen Männer der Aussage, dass sich auch in der Gesellschaft der Stärkere durchsetzen solle, etwas häufiger zu als Frauen (12:7 Prozent). Darüber hinaus gibt es keine nennenswerten Geschlechterdifferenzen.

Abbildung 20: Rechtsextremismus-affine Einstellungen nach Geschlecht (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Ein nicht-binäres Geschlecht gaben so wenige Personen an, dass dies nicht eigens ausgewiesen werden kann.

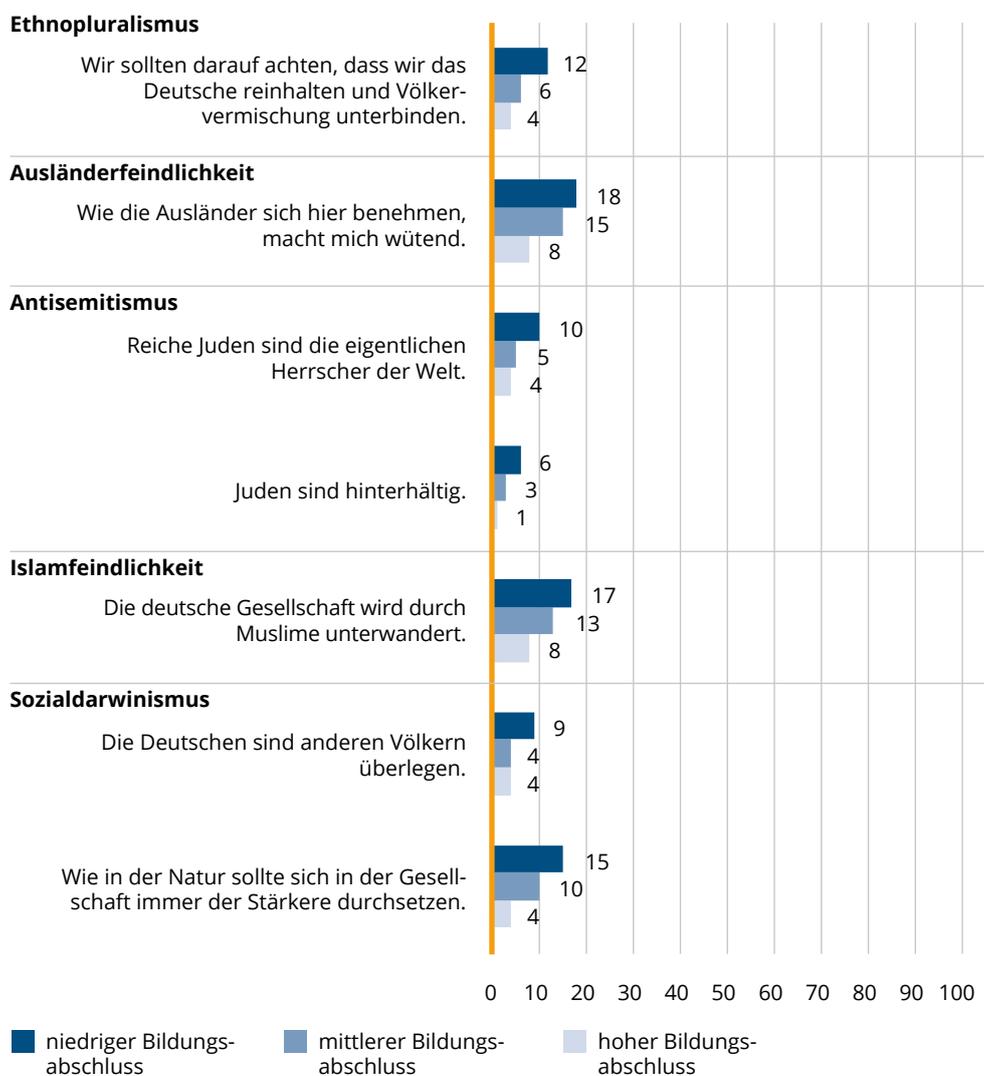
Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“



Im Gegensatz zur Verteilung nach Region oder Geschlecht gibt es sehr wohl Bildungsunterschiede. Wie schon bei allgemein Extremismus-affinen Aussagen nimmt auch die Zustimmung zu Rechtsextremismus-affinen Aussagen mit steigendem formalem Bildungsabschluss ab. Bei allen erhobenen Dimensionen des Rechtsextremismus stimmen Personen mit niedrigem formalem Bildungsniveau am häufigsten und Personen mit hohem formalem Bildungsniveau am seltensten zu. Besonders hoch fallen die Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen mit 10 bzw. 11 Prozentpunkten bei der Dimension Ausländerfeindlichkeit und einer Aussage der Dimension Sozialdarwinismus („Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“) aus. Mit nur 5 Punkten zeigen sich die geringsten Bildungsunterschiede zwischen hohem und niedrigem formalem Bildungsabschluss bei der anderen Aussage der Dimension Sozialdarwinismus (Die Deutschen sind anderen Völkern überlegen) und einer Aussage zum Antisemitismus (Juden sind hinterhältig).

Abbildung 21: Rechtsextremismus-affine Einstellungen nach formalem Bildungsabschluss (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“



Insgesamt sind die Altersunterschiede bei Rechtsextremismus-affinen Einstellungen eher gering ausgeprägt. Bei manchen Aussagen zeigt sich, wie schon beim allgemeinen Extremismus, die höchste Zustimmung bei den über 75-Jährigen. Zudem ergeben genauere Analysen in manchen Altersgruppen Ost-West-Unterschiede, die bei der gemeinsamen Betrachtung aller Altersgruppen nicht sichtbar sind.

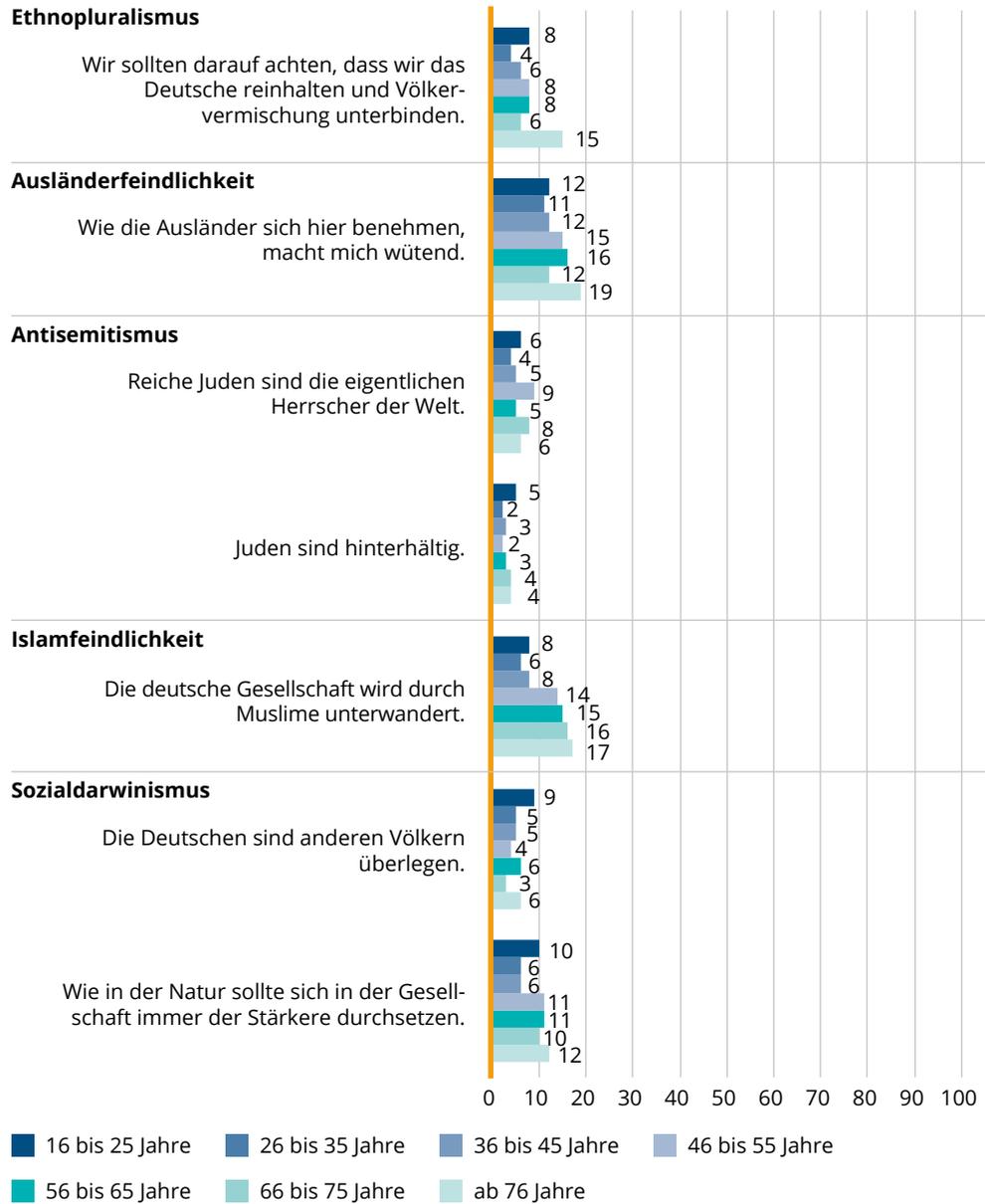
Beim Ethnopluralismus findet sich mit 15 Prozent die höchste Zustimmung unter den über 75-Jährigen. In allen anderen Altersgruppen liegt die Zustimmungsraten im einstelligen Prozentbereich. Die geringste Verbreitung der Meinung, das Deutsche solle reingehalten und Völkervermischung unterbunden werden, gibt es unter den 26- bis 35-Jährigen mit nur 4 Prozent. Eine Unterscheidung nach Alter und Region ergibt, dass in West- wie Ostdeutschland der Ethnopluralismus in der obersten Altersgruppe am häufigsten anzutreffen ist (ohne Abbildung). Unter den ostdeutschen über 75-Jährigen fällt die Zustimmung aber noch einmal doppelt so hoch aus wie bei den gleichaltrigen Westdeutschen (27:13 Prozent). Auch in den Altersgruppen von 46 bis 75 Jahren liegen die Zustimmungsraten zum Ethnopluralismus in Ostdeutschland im zweistelligen Prozentbereich. In den westdeutschen Altersgruppen bis 75 Jahre fallen sie durchgängig einstellig aus.

Die Aussage der Dimension Ausländerfeindlichkeit ist ebenfalls unter den Befragten über 75 Jahre am häufigsten anzutreffen. Knapp jede und jeder Fünfte über 75 Jahre stimmt zu, dass sie oder ihn wütend mache, wie sich die Ausländer benehmen. In den anderen Altersgruppen liegt die Zustimmung zwischen 11 Prozent (26–35 Jahre) und 16 Prozent (56–65 Jahre). In den Altersgruppen ab 46 Jahren liegen die Zustimmungsraten in Ostdeutschland erneut über der westdeutschen Zustimmung. Am weitesten verbreitet ist die Wut über Ausländer unter den ostdeutschen über 75-Jährigen, von denen mit 28 Prozent mehr als jede und jeder Vierte zustimmt.

Auch die Islamfeindlichkeit ist in Gesamtdeutschland unter den über 75-Jährigen am stärksten verbreitet (17 Prozent). Allerdings liegt die Zustimmung zur Aussage „Die deutsche Gesellschaft wird durch Muslime unterwandert“ in allen Altersgruppen ab 46 Jahren im zweistelligen Prozentbereich, in den jüngeren Altersgruppen nur bei 6 bis 8 Prozent. Am häufigsten glauben Ostdeutsche zwischen 66 und 75 Jahren (23 Prozent; Westdeutsche 66–75 Jahre: 15 Prozent) an die muslimische Unterwanderung der Gesellschaft (ohne Abbildung).

Der sozialdarwinistischen Aussage, die Deutschen seien anderen Völkern überlegen, stimmen dagegen die Jüngeren zwischen 16 und 25 Jahren mit 9 Prozent am häufigsten zu. In den anderen Altersgruppen meinen nur 3 Prozent (66–75 Jahre) bis 6 Prozent (56–65 und über 75 Jahre), die Deutschen seien anderen Völkern überlegen.

**Abbildung 22: Rechtsextremismus-affine Einstellungen nach Altersgruppe
(Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)**



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

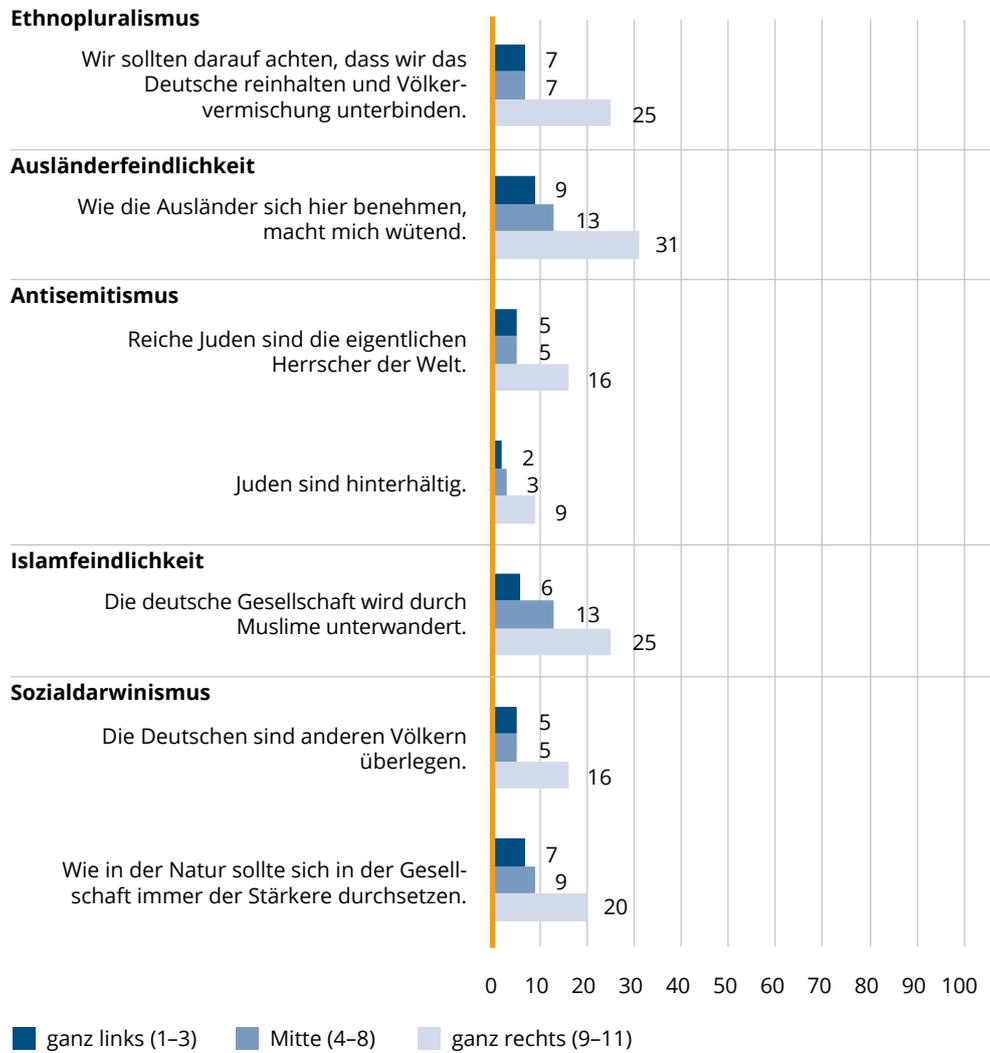
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“



Wie bei allgemein Extremismus-affinen Einstellungen zeigt sich auch bei manchen Rechtsextremismus-affinen Aussagen eine überdurchschnittliche Zustimmung unter Muslimen (ohne Abbildung). Muslime stimmen überdurchschnittlich häufig voll und ganz oder eher zu, das Deutsche solle reingehalten und Völkervermischung unterbunden werden (20:8 Prozent), das Benehmen von Ausländern mache sie wütend (25:14 Prozent), die Deutschen seien anderen Völkern überlegen (19:6 Prozent) und in der Gesellschaft solle sich der Stärkere durchsetzen (20:10 Prozent). Zusätzlich sind antisemitische Einstellungen unter Muslimen überdurchschnittlich häufig verbreitet und hier vor allem die Annahme, reiche Juden seien die eigentlichen Herrscher der Welt (26:6 Prozent; s. ausführlich Hirndorf 2023c).

Wenig überraschend weisen Personen, die sich auf der Links-Rechts-Skala im äußerst rechten Spektrum verorten, mit Abstand die höchste Zustimmung zu Rechtsextremismus-affinen Aussagen auf. Zwischen Personen im äußersten linken Spektrum und in der Mitte der Skala gibt es kaum Unterschiede. Lediglich die Meinung, die deutsche Gesellschaft werde durch Muslime unterwandert, wird in der politischen Mitte mit 13 Prozent etwas häufiger vertreten als am politisch linken Rand mit 6 Prozent.

Abbildung 23: Rechtsextremismus-affine Einstellungen nach Links-Rechts-Selbst-einstufung (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“



Bei der Analyse Rechtsextremismus-affiner Einstellungen nach Wahlabsicht fallen vor allem die Wählerinnen und Wähler der AfD auf. Nahezu alle Dimensionen Rechtsextremismus-affiner Einstellungen sind in dieser Wählergruppe stärker verbreitet als in den anderen Wählerschaften. Die Zustimmungsraten der Nichtwählerinnen und Nichtwähler liegen häufig zwischen den Wählerinnen und Wählern der AfD und den anderen Gruppen.

15 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler und 14 Prozent der Nichtwählerinnen und Nichtwähler finden es wichtig, dass das Deutsche reingehalten und Völkervermischung unterbunden wird. In den übrigen Wählergruppen liegt die Zustimmung hierzu lediglich zwischen 2 Prozent (CDU/CSU) und 7 Prozent (FDP).

40 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler macht es wütend, wie die Ausländer sich hier benehmen. Dem stimmen auch 19 Prozent der Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu. Die geringste Zustimmung findet sich bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen (5 Prozent) und der Linken (6 Prozent). In den anderen Wählergruppen schwankt die Wut gegenüber Ausländern zwischen 12 Prozent (FDP) und 16 Prozent (CDU/CSU).

Dass reiche Juden die Welt beherrschen, lehnt in allen Wählergruppen eine große Mehrheit ab. Jedoch findet die Aussage am meisten Anklang unter Wählerinnen und Wählern der AfD, von denen knapp ein Fünftel zustimmt. Auch Nichtwählerinnen und Nichtwähler glauben mit 14 Prozent vergleichsweise häufig an die Herrschaft reicher Juden. In den Anhängerschaften der anderen Parteien glauben das nur 2 Prozent (Grüne und Linke) bis 6 Prozent (FDP und SPD).

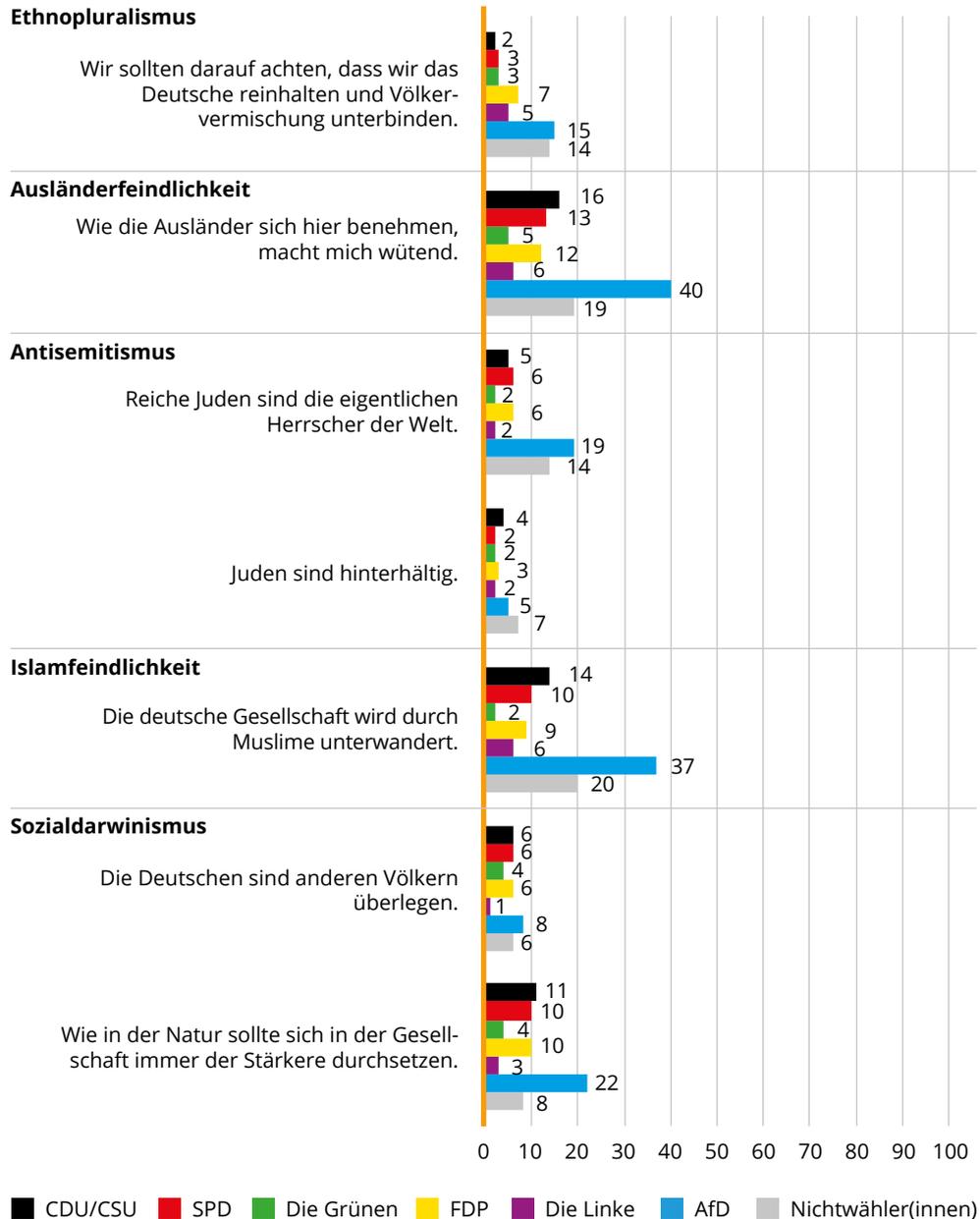
In allen Gruppen liegt die Zustimmung zur Aussage, Juden seien hinterhältig, im einstelligen Prozentbereich. Die Gruppenunterschiede sind folglich gering. Die häufigste Zustimmung findet sich unter Nichtwählerinnen und Nichtwählern (7 Prozent), die geringste unter Wählerinnen und Wählern von SPD, Grünen und Linken (je 2 Prozent).

Deutlich mehr Zustimmung zeigt sich bei der Islamfeindlichkeit, erneut vor allem bei der AfD-Wählerschaft. Von ihnen meinen 37 Prozent, die deutsche Gesellschaft werde durch Muslime unterwandert. Das glaubt auch unter den Nichtwählerinnen und Nichtwählern jede und jeder Fünfte. Am geringsten fällt die Zustimmung in der Wählerschaft der Grünen aus (2 Prozent). In den anderen Wählergruppen glauben zwischen 6 Prozent (Linke) und 14 Prozent (CDU/CSU) an eine muslimische Unterwanderung.

Bei der Überlegenheit der Deutschen sind die Unterschiede zwischen den Wählerschaften eher gering. Mit 8 Prozent meinen Wählerinnen und Wähler der AfD am häufigsten, die Deutschen seien anderen Völkern überlegen. Am geringsten ist die Zustimmung in der Wählerschaft der Linken mit nur 1 Prozent.

Größere Differenzen lassen sich bei der zweiten sozialdarwinistischen Aussage beobachten. Ganze 22 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler vertreten die Ansicht, in der Gesellschaft sollte sich immer der Stärkere durchsetzen. Das ist zwar eine deutliche Minderheit, aber mit Abstand der höchste Wert. In den anderen Wählerschaften befürworten zwischen 3 Prozent (Linke) und 11 Prozent (CDU/CSU) das Gesetz des Stärkeren.

**Abbildung 24: Rechtsextremismus-affine Einstellungen nach Sonntagsfrage
(Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)**



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“



Linksextremismus-affine Einstellungen

6.1 Verbreitung Linksextremismus-affiner Einstellungen in der Bevölkerung

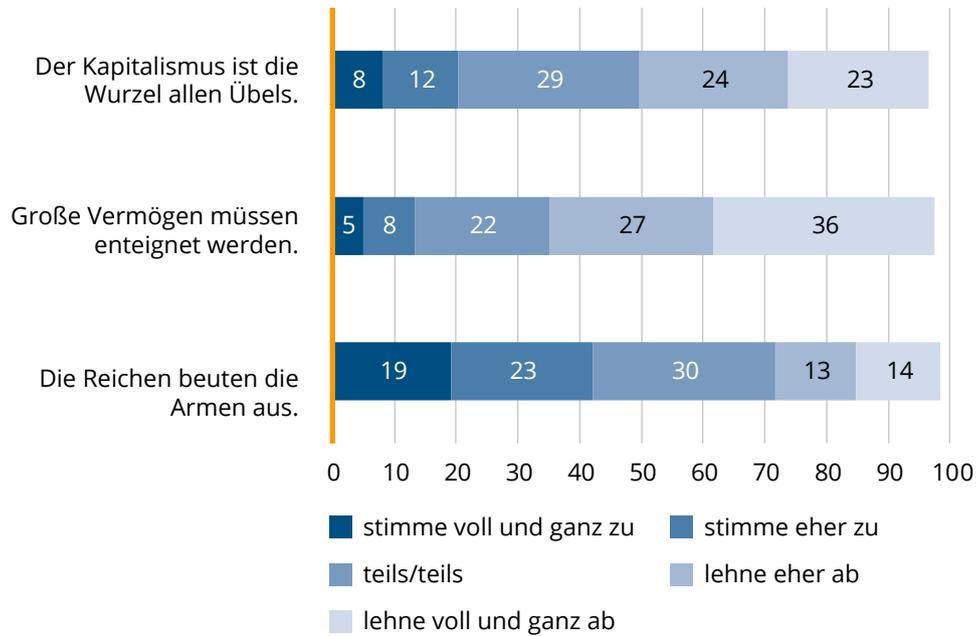
Linksextremismus-affine Einstellungen wurden anhand der Dimensionen Antikapitalismus, Ablehnung des bürgerlichen Staates und Antiimperialismus/Antimilitarismus gemessen. Dabei unterscheidet sich die Zustimmung deutlich zwischen den verschiedenen Dimensionen. Aber auch innerhalb der Dimension Antikapitalismus variiert die Zustimmung zu den Einzelaussagen. Am häufigsten stimmen die Befragten der antikapitalistischen Aussage zu „Die Reichen beuten die Armen aus“. Am seltensten befürworten sie, dass der bürgerliche Staat abgeschafft werden solle. Insgesamt teilen die Befragten aber häufiger (einzelne) Linksextremismus-affine als Rechtsextremismus-affine Einstellungen.

Antikapitalistische Haltungen sind relativ weit verbreitet. Besonders häufig stimmen die Befragten zu, die Reichen würden die Armen ausbeuten. Fast jede und jeder Fünfte stimmt dem voll und ganz und fast jede und jeder Vierte eher zu. Lediglich 27 Prozent lehnen diese Aussage eher oder voll und ganz ab.

Dass der Kapitalismus die Wurzel allen Übels sei, meint insgesamt ein Fünftel der Befragten. Jeweils etwas weniger als ein Viertel lehnt diese Meinung eher bzw. voll und ganz ab.

Weniger Zustimmung erhält die Enteignung großer Vermögen. Insgesamt meinen 13 Prozent, große Vermögen müssten enteignet werden. Die überwiegende Mehrheit von 63 Prozent lehnt die Enteignung großer Vermögen ab.

Abbildung 25: Verbreitung von Einstellungen der Dimension Antikapitalismus

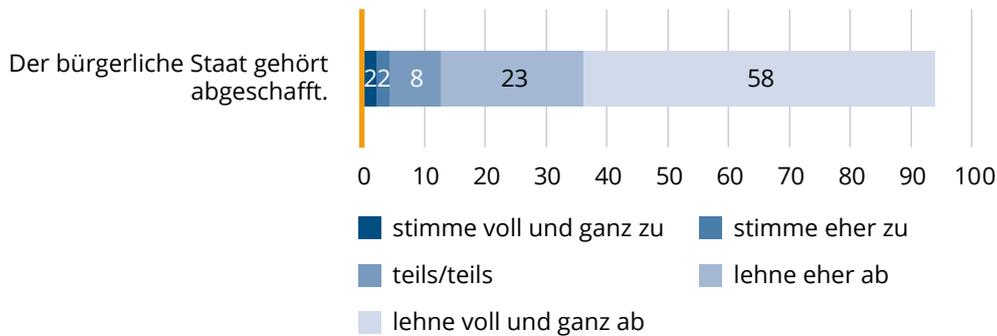


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Der bürgerliche Staat wird nur von einer sehr geringen Minderheit abgelehnt. 2 Prozent stimmen voll und ganz und weitere 2 Prozent eher zu, dass der bürgerliche Staat abgeschafft gehöre. Die überwiegende Mehrheit von 81 Prozent lehnt die Abschaffung des Staates eher oder voll und ganz ab.

Abbildung 26: Verbreitung der Dimension Ablehnung des bürgerlichen Staates

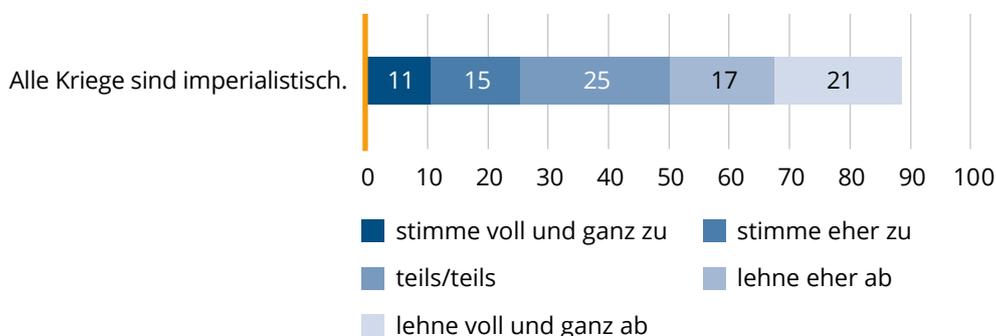


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Alle Kriege seien imperialistisch, meint ein gutes Viertel der Befragten. 11 Prozent stimmen dem voll und ganz und 15 Prozent eher zu. Eine relative Mehrheit von 38 Prozent lehnt den Antiimperialismus eher oder voll und ganz ab. Zudem geben 9 Prozent der Befragten an, diese Aussage nicht beurteilen zu können, und 3 Prozent machen keine Angabe (ohne Abbildung). Das ist von allen hier untersuchten Items der zweithöchste Wert. Der Begriff „Imperialismus“ ist offensichtlich vielen unbekannt. Die utopistische Aussage „Ich wünsche mir, dass wir in der Zukunft nach dem wahren Ideal leben“ können 10 Prozent nicht beurteilen und 4 Prozent machen keine Angabe. Bei allen anderen Aussagen liegen diese Werte niedriger. Offensichtlich sind die beiden Aussagen für eine relevante Zahl an Befragten nicht verständlich. Die Konsequenzen daraus werden an späterer Stelle diskutiert.

Abbildung 27: Verbreitung der Dimension Antiimperialismus



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

6.2 Linksextremismus-affine Einstellungen in den qualitativen Interviews

Auch in den qualitativen Interviews ist der Antikapitalismus stark ausgeprägt. Einige Befragte äußern grundsätzliche Kritik am Kapitalismus und wünschen sich eine nicht-kapitalistische Gesellschaft:

„So im Grunde einfach, der kapitalistische Charakter der Gesellschaft, der mir missfällt. Ich mag den Gedanken nicht, dass ich meine Arbeitskraft verkaufen muss, um überhaupt ... um mir Sachen leisten zu können, die eigentlich grundlegende Menschenrechte sind: Behausung, Essen. Genau. Das ist ein bisschen ... gefällt mir nicht.“

[Weiblich | 16–25 Jahre]

„Ich bin der Meinung, die beste Gesellschaftsart wäre eine ohne Staaten und ohne Kapitalismus, also ohne freien Markt, wo man direkt demokratisch entscheidet.“

[Männlich | 16–25 Jahre]

Kritisiert wird vor allem, dass Kapitalismus die Ursache von Ungleichheit und Armut sei. Außerdem bemängeln einige Befragte, dass im Kapitalismus der Mensch weniger wichtig sei als das Kapital bzw. die Wirtschaft:

„[E]s ist das System, was es so bedingt. Hier geht es um Wirtschaftlichkeit und nicht um die Menschen. Der Mensch steht nicht im Mittelpunkt, sondern das Prinzip der Wirtschaftlichkeit steht hier im Mittelpunkt. [...] Ich muss mich nicht auf irgendwelche



linken Kreise beziehen oder so, sondern kann einfach den Papst zitieren, der sagt: Kapitalismus tötet. Damit hat er Recht in meiner Wahrnehmung.“

[Männlich | 46–55 Jahre]

„Der Kapitalismus ist halt das grundlegende Gebilde, in dem wir uns da befinden. Und der Kapitalismus, von Natur aus, kann der Kapitalismus nicht sozial sein, das widerspricht dem Kapitalismus.“

[Männlich | 36–45 Jahre]

Aber auch andere Probleme wie Rassismus werden zum Teil im Kapitalismus verortet:

„Es lässt sich fast immer alles darauf zurückführen, was dem kapitalistischen System zugrunde liegt. Also Rassismus zum Beispiel, akut wäre auch eine soziale Entscheidung, die durch den Kapitalismus hervorgerufen wird. Weil bestimmte Personengruppen benachteiligt werden müssen, damit andere Profit davontragen. Dementsprechend muss es immer die anderen geben und die anderen sind dann dementsprechend Personen, die nicht diese deutsche, mitteleuropäische Erscheinung haben, einen anderen kulturellen Hintergrund haben.“

[Weiblich | 16–25 Jahre]

Manche Befragte plädieren explizit für einen Systemwechsel hin zum Kommunismus oder auch Anarchismus als Gesellschaftssystem:

Interviewer: *„Wie würden Sie sich die ideale Gesellschaft oder das ideale System vorstellen?“*

Befragter: *„Wie soll ich das ausdrücken? Auf jeden Fall keinen Kapitalismus. Keine Privatwirtschaft. Viele Sachen gesellschaftlich organisiert mit entsprechenden Freiheiten. Dass man alle mit einbindet, also jeder Mensch muss eingebunden werden in der Gesellschaft. [...] Ich denke Kommunismus.“*

[Männlich | 46–55 Jahre]

„Da schwanke ich so ein bisschen zwischen Anarchie und Kommunismus, und zwar im eigentlichen Sinne und nicht im gebräuchlichen Sinne, wie auf die Russen bezogen wird, sage ich mal ganz blöd. Also es ist ... ja, Systemwechsel ist unvermeidbar. Steht völlig außer Frage, weil Kapitalismus ist ein System, das auf ewigen Wachstum ausgelegt ist und das geht auf einem endlichen Planeten schlicht und einfach nicht. Mit endlichen Ressourcen vollkommen unmöglich. Wir arbeiten auf einen Kollaps zu und der ist meiner Meinung nach dichter als gedacht.“

[Männlich | 36–45 Jahre]

Also, ich bin anarchistisch angelehnt. Ich bin der Meinung, die beste Gesellschaftsart wäre eine ohne Staaten und ohne Kapitalismus.

[Männlich | 16–25 Jahre]

6.3 Verteilung Linksextremismus-affiner Einstellungen in sozialen Gruppen

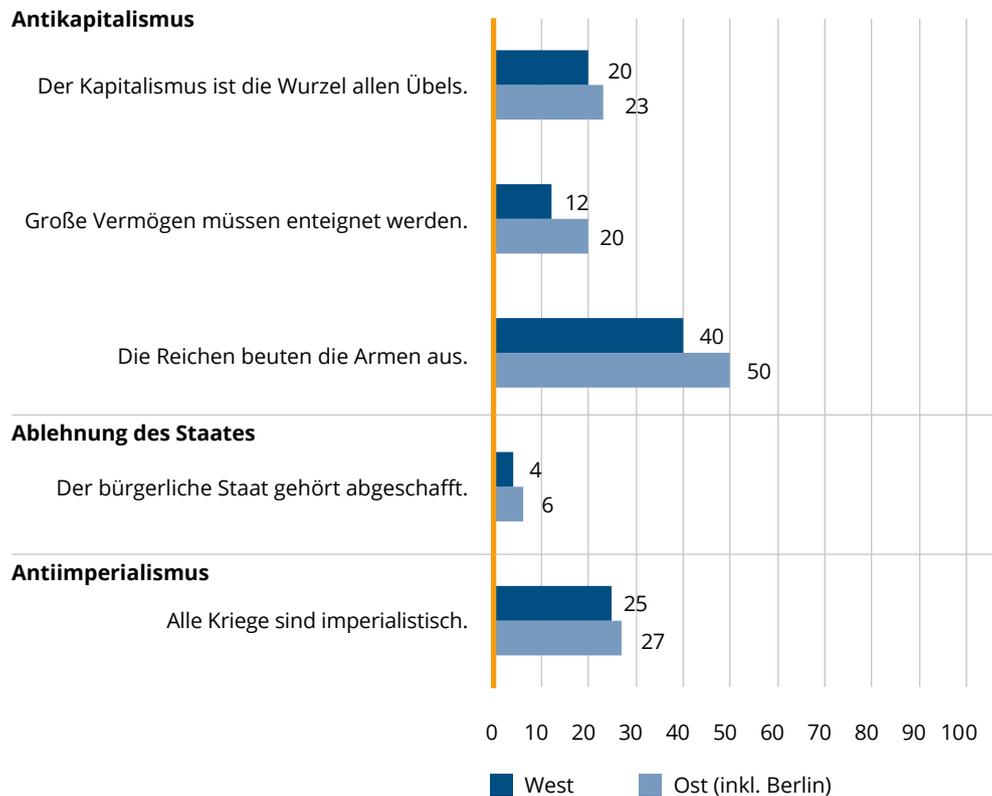
Zunächst ein kurzer Überblick: Insgesamt gibt es bei den Linksextremismus-affinen Einstellungen, wie schon bei den allgemein Extremismus-affinen und den Rechtsextremismus-affinen Einstellungen, keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Bei den Linksextremismus-affinen Einstellungen gibt es allerdings einzelne Ost-West-Unterschiede. Die Zustimmung zur Ausbeutung der Armen durch die Reichen und einer Enteignung großer Vermögen ist in Ostdeutschland etwas höher. Die Unterschiede nach formalem Bildungsabschluss, die bei allgemein Extremismus-affinen und Rechtsextremismus-affinen Einstellungen recht deutlich ausfielen, sind bei Linksextremismus-affinen Einstellungen so nicht zu finden.

Die Altersunterschiede sind uneinheitlich. Bei einzelnen Aussagen ist die Zustimmung bei den älteren Ostdeutschen höher als bei den jüngeren, während dies in Westdeutschland nicht gilt. Es handelt sich aber nicht um einen durchgängigen Effekt wie bei den allgemein Extremismus-affinen und den Rechtsextremismus-affinen Einstellungen.

Eine Ablehnung des Kapitalismus findet sich sowohl bei denen, die sich auf der Links-Rechts-Skala ganz links einordnen, als auch bei jenen, die sich ganz rechts verorten. Im Vergleich der Wählerschaften ist das Ergebnis recht einheitlich. Durchweg ist die Zustimmung zu den Linksextremismus-affinen Einstellungen in der Wählerschaft der Linken am größten. Allerdings gibt es verschiedentlich auch in der Wählerschaft der AfD überdurchschnittliche Zustimmung.

Sehen wir uns die Ergebnisse im Detail an. Nur bei wenigen Linksextremismus-affinen Einstellungen gibt es Ost-West-Differenzen für die jeweilige Gesamtbevölkerung. Nur für zwei Aussagen unterscheidet sich die Häufigkeit antikapitalistischer Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschland. Während in Westdeutschland 40 Prozent meinen, die Reichen beuteten die Armen aus, sagt das jede und jeder zweite Ostdeutsche. Auch meinen Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche, große Vermögen müssten enteignet werden (20:12 Prozent). Bei allen anderen Linksextremismus-affinen Einstellungen unterscheiden sich Ostdeutsche kaum von Westdeutschen.

**Abbildung 28: Linksextremismus-affine Einstellungen nach Region
(Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)**

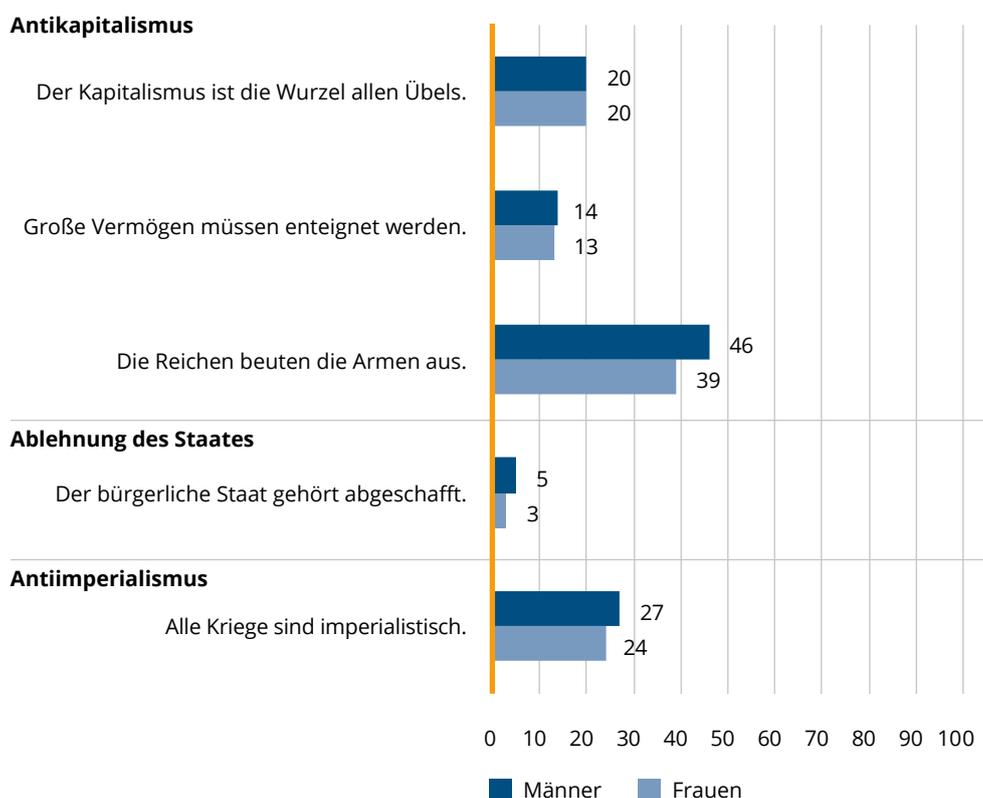


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Wie schon beim Rechtsextremismus gibt es auch bei Linksextremismus-affinen Einstellungen nahezu keine Geschlechterdifferenzen. Nur der Aussage „Die Reichen beuten die Armen aus“ stimmen Männer häufiger zu als Frauen (46:39 Prozent).

**Abbildung 29: Linksextremismus-affine Einstellungen nach Geschlecht
(Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)**



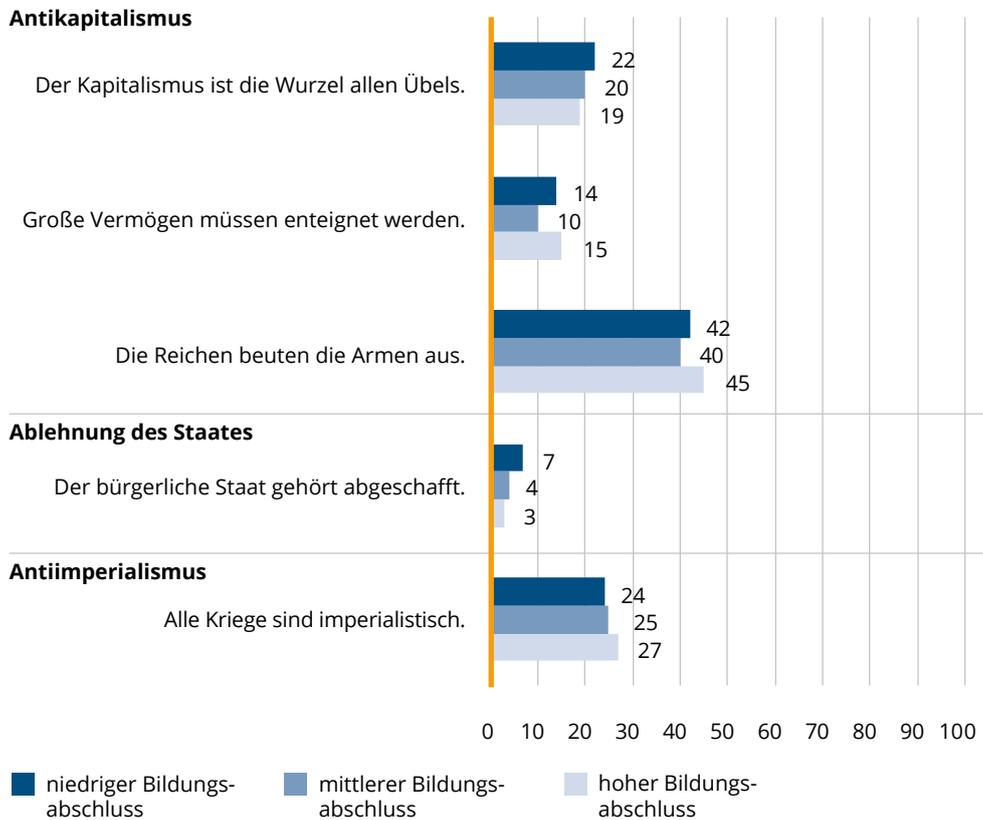
Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Ein nicht-binäres Geschlecht gaben so wenige Personen an, dass dies nicht eigens ausgewiesen werden kann.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Beim Extremismus allgemein und dem Rechtsextremismus gibt es durchgängig einen Bildungseffekt. Je höher formal gebildet eine Person ist, desto seltener stimmt sie einer Extremismus- oder Rechtsextremismus-affinen Einstellung zu. Bei Linksextremismus-affinen Einstellungen ist dies anders. Lediglich für drei antikapitalistische Aussagen unterscheiden sich die Zustimmungswerte zwischen den formalen Bildungsniveaus. Befragte mit niedrigem oder mit hohem formalem Bildungsabschluss stimmen etwas häufiger als Personen mit mittlerem Abschluss der Enteignung großer Vermögen zu. Zudem gibt es bei formal Hochgebildeten geringfügig mehr Zustimmung, dass die Reichen die Armen ausbeuten, als bei Befragten mit mittlerem Bildungsabschluss. Bei den anderen Aussagen gibt es keine nennenswerten Bildungsunterschiede.

Abbildung 30: Linksextremismus-affine Einstellungen nach formalem Bildungsabschluss (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Die Differenzierung nach Alter zeigt wenig systematische Unterschiede. Bei zwei anti-kapitalistischen Aussagen nimmt die Zustimmung mit steigendem Alter tendenziell ab. Der Antiimperialismus findet bei Älteren mehr Unterstützung. Bei drei Aussagen unterscheiden sich die Alterseffekte zwischen Ost- und Westdeutschland („Reiche beuten Arme aus“; „große Vermögen enteignen“; „bürgerlichen Staat abschaffen“; ohne Abbildung). In Ostdeutschland steigt in der Tendenz die Zustimmung mit steigendem Alter. In Westdeutschland dagegen stimmen die Menschen umso seltener zu, je älter sie sind.

Der Aussage „Der Kapitalismus ist die Wurzel allen Übels“ stimmen die über 75-Jährigen am seltensten zu (15 Prozent). Am höchsten fällt die Zustimmung bei der nächstjüngeren Altersgruppe zwischen 66 und 75 Jahren aus (24 Prozent). Allerdings gibt es in dieser Altersgruppe eine große Ost-West-Differenz. 22 Prozent der West-

deutschen zwischen 66 und 75 Jahren meinen, der Kapitalismus sei die Wurzel allen Übels. Unter den gleichaltrigen Ostdeutschen stimmen dem sogar 38 Prozent zu (ohne Abbildung).

In der Tendenz sinkt die Zustimmung zur Enteignung großer Vermögen mit zunehmendem Alter. Die höchste Zustimmung zeigen die 16- bis 25-Jährigen mit 20 Prozent. Die über 75-Jährigen stimmen mit 9 Prozent am seltensten zu. In Westdeutschland ist dieser Effekt noch etwas stärker ausgeprägt (ohne Abbildung). Hier sinkt die Zustimmung von der jüngsten zur ältesten Altersgruppe mit leichten Schwankungen von 21 Prozent auf 5 Prozent. In Ostdeutschland findet sich die geringste Zustimmung bei den 36- bis 45-Jährigen mit 11 Prozent. Am häufigsten stimmen in Ostdeutschland mit 32 Prozent die über 75-Jährigen der Enteignung großer Vermögen zu.

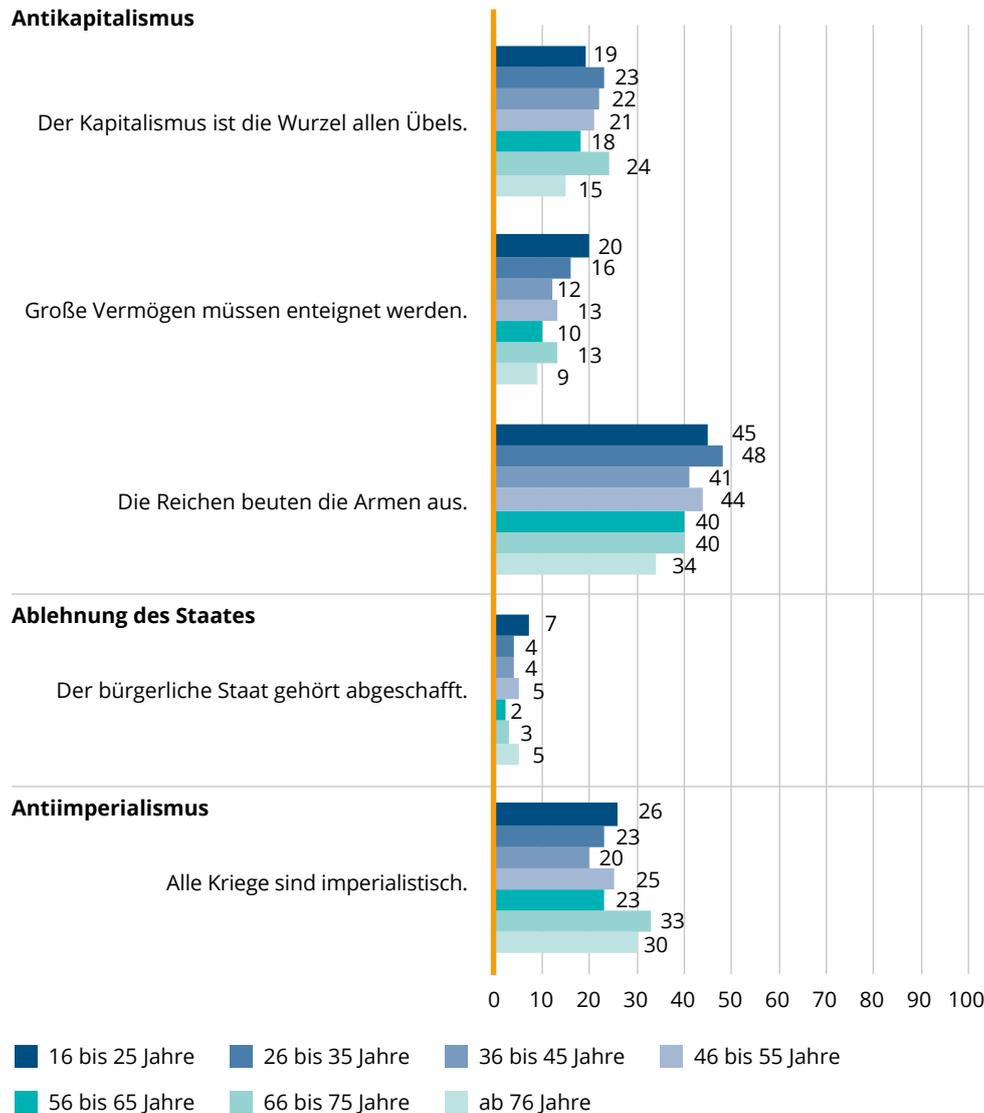
Auch eine Ausbeutung der Armen gibt es nach Ansicht von mehr Jüngeren als Älteren. Am häufigsten stimmen die 26- bis 35-Jährigen zu. In dieser Altersgruppe meint fast die Hälfte, die Reichen beuteten die Armen aus. Dagegen glauben das nur 34 Prozent der über 75-Jährigen. Allerdings ist auch hier die Gesamtverteilung stark von den westdeutschen Befragten geprägt (ohne Abbildung). Bei den ostdeutschen Befragten stimmen die 16- bis 25-Jährigen mit 45 Prozent zwar ähnlich häufig zu wie die Westdeutschen gleichen Alters. Aber sie sind damit die Gruppe mit der geringsten Zustimmung. Die höchste Zustimmung weisen die 66- bis 75-jährigen Ostdeutschen mit 57 Prozent auf.

Bei der Ablehnung des bürgerlichen Staates fallen die Altersunterschiede sehr gering aus. Die niedrigste Zustimmung findet man in der Gruppe zwischen 56 bis 65 Jahren mit nur 2 Prozent. Am häufigsten wollen die 16- bis 25-Jährigen den Staat abschaffen mit 7 Prozent. Allerdings gibt es auch hier kombinierte Alters- und Ost-West-Unterschiede (ohne Abbildung). Sowohl in der jüngsten als auch in der ältesten Gruppe befürworten mehr Ost- als Westdeutsche die Abschaffung des bürgerlichen Staates (16–25 Jahre: 12:6 Prozent; über 75 Jahre: 12:4 Prozent).

Antiimperialismus ist bei den älteren Befragten zwischen 66 und 75 Jahren am weitesten verbreitet. In dieser Altersgruppe hält ein Drittel alle Kriege für imperialistisch. Am seltensten meinen dagegen die 36- bis 45-Jährigen, alle Kriege seien imperialistisch (20 Prozent).



**Abbildung 31: Linksextremismus-affine Einstellungen nach Alter
(Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)**



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Antikapitalistische Einstellungen sind unter Muslimen überdurchschnittlich weit verbreitet (ohne Abbildung). Muslime meinen häufiger als die Gesamtbevölkerung, der Kapitalismus sei die Wurzel allen Übels (31:20 Prozent) und Reiche beuteten die Armen aus (57:42 Prozent).

Die meisten antikapitalistischen Einstellungen teilen häufiger Personen, die sich auf der Links-Rechts-Skala äußerst links oder äußerst rechts einstufen, als Personen, die sich in der politischen Mitte verorten. Die Abschaffung des Staates wird dagegen nur von Personen im äußersten rechten Skalenbereich deutlich häufiger befürwortet als von Personen im ganz linken oder mittleren Bereich.

Beim Antikapitalismus zeigt sich somit eine Überschneidung der Einstellungen zwischen Personen am politisch linken und jenen am politisch rechten Rand. Während Rechts-extremismus-affine Einstellungen vor allem am rechten Rand verbreitet sind, sind anti-kapitalistische Haltungen kein Alleinstellungsmerkmal des politisch linken Randes.

Dass der Kapitalismus die Wurzel allen Übels sei, meinen am häufigsten die Befragten, die sich selbst ganz links einstufen (29 Prozent). Nur leicht weniger Befragte aus dem ganz rechten Skalenbereich halten den Kapitalismus für die Wurzel allen Übels (24 Prozent). Am geringsten fällt die Zustimmung in der politischen Mitte aus (16 Prozent).

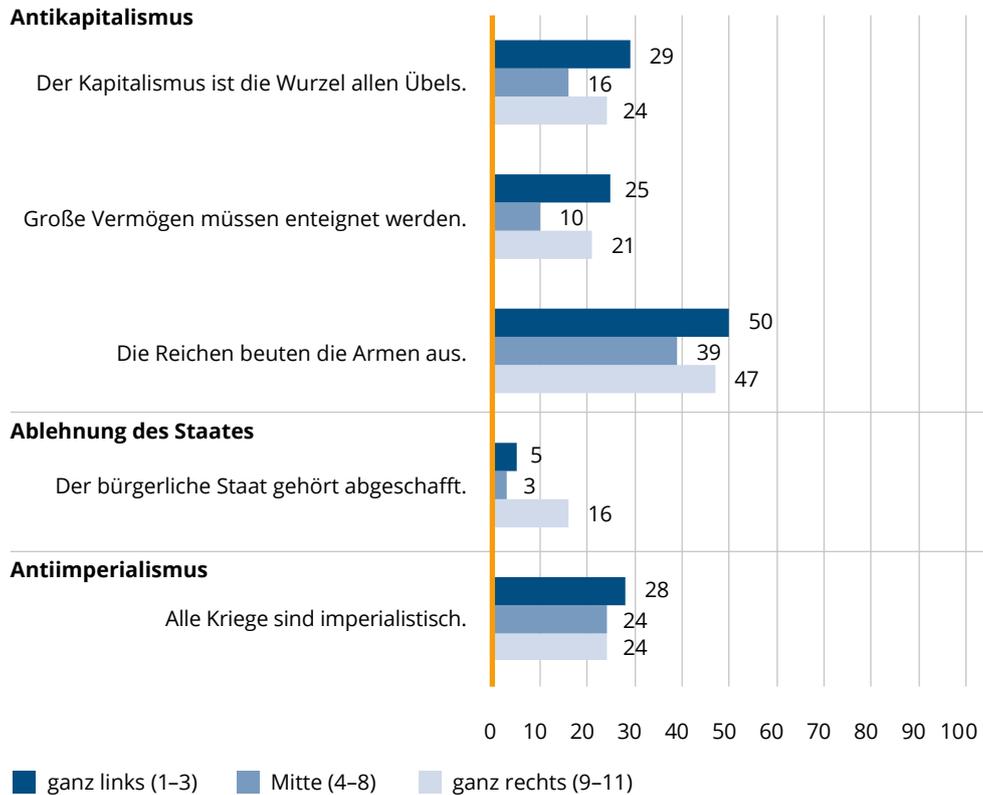
Ähnliches zeigt sich bei der Einstellung zur Enteignung großer Vermögen. 25 Prozent der Personen im äußersten linken Skalenbereich und 21 Prozent der Personen im äußersten rechten Bereich sprechen sich dafür aus, dass große Vermögen enteignet werden. Im mittleren Skalenbereich meinen das dagegen nur 10 Prozent.

Dieses Muster wiederholt sich bei der Meinung, die Reichen beuteten die Armen aus. 50 Prozent der politisch ganz linken Befragten und 47 Prozent der politisch ganz rechten Befragten teilen diese Meinung. In der politischen Mitte stimmen mit 39 Prozent die wenigsten Befragten zu.

Bei der Ablehnung des Staates fallen vor allem die Personen im rechten politischen Spektrum auf. Von den Befragten, die sich selbst äußerst rechts einordnen, wollen 16 Prozent den bürgerlichen Staat abschaffen. In der politischen Mitte und im sehr linken Bereich wollen das nur 3 und 5 Prozent.

Die Aussage „Alle Kriege sind imperialistisch“ teilen etwas mehr Befragte im ganz linken (28 Prozent) als im mittleren oder sehr rechten Skalenbereich (jeweils 24 Prozent). Allerdings ist der Unterschied mit 4 Prozentpunkten nur gering.

Abbildung 32: Linksextremismus-affine Einstellungen nach Links-Rechts-Selbst-einstufung (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Die Unterscheidung nach Wählergruppen zeigt durchweg die höchsten Zustimmungswerte bei der Wählerschaft der Linken.

Fast jede und jeder Zweite in der Linken-Wählerschaft hält den Kapitalismus für die Wurzel allen Übels. Mit deutlichem Abstand folgen dann die Wählerinnen und Wähler der AfD (33 Prozent) sowie die Nichtwählerinnen und Nichtwähler (35 Prozent). Noch einmal geringer fällt die Kapitalismuskritik in den Wählerschaften der Grünen (18 Prozent) und der SPD (17 Prozent) aus. Am wenigsten pauschale Kritik am Kapitalismus äußern die Wählerschaften von CDU/CSU und der FDP (jeweils 12 Prozent).

Auch dass große Vermögen enteignet werden müssen, meinen vor allem die Wählerinnen und Wähler der Linken (40 Prozent). Am wenigsten Zustimmung zur Enteignung gibt es in der Wählerschaft der FDP (5 Prozent). In allen anderen Wählerschaften variiert der Wunsch nach Enteignung zwischen 7 Prozent (CDU/CSU) und 17 Prozent (Grüne).

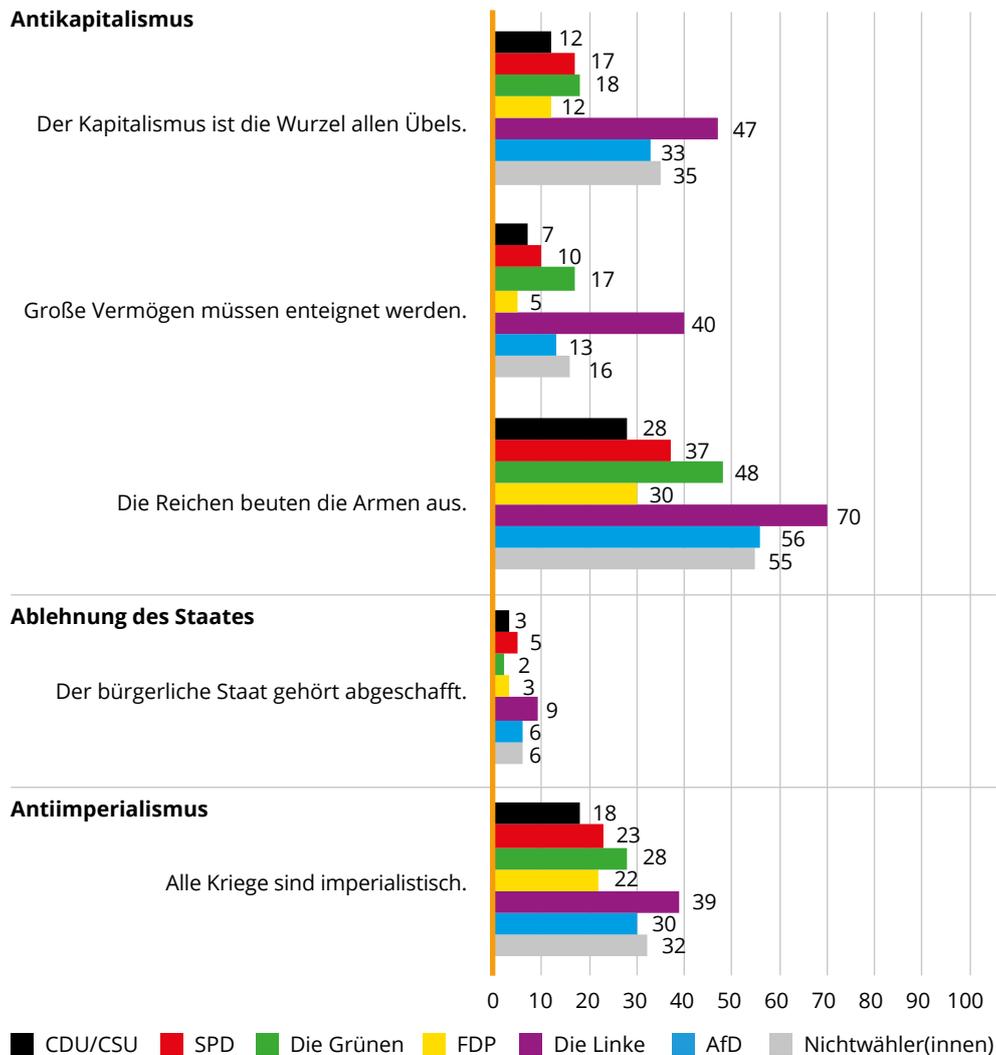
Bei der antikapitalistischen Aussage „Die Reichen beuten die Armen aus“ ist die Verteilung sehr ähnlich wie bei der „Wurzel allen Übels“, wenn auch auf höherem Niveau. Am häufigsten stimmt erneut die Wählerschaft der Linken zu. Mit 70 Prozent meint eine deutliche Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der Linken, die Armen würden ausgebeutet. Mit Abstand folgen die Wählerinnen und Wähler der AfD sowie die Nichtwählerinnen und Nichtwähler. In beiden Gruppen findet die Aussage bei der Mehrheit Zustimmung (56 Prozent bzw. 55 Prozent). Auf Platz vier liegt die Wählerschaft der Grünen. Fast die Hälfte der Grünen-Wählerschaft meint, die Reichen beuteten die Armen aus. Bei der Wählerschaft der SPD sinkt die Zustimmung auf 37 Prozent. Am wenigsten Unterstützung gibt es für diese Aussage in den Wählerschaften von CDU/CSU (28 Prozent) und FDP (30 Prozent).

Die Abschaffung des bürgerlichen Staates fordert in allen Wählerschaften nur eine Minderheit. Am größten ist diese Minderheit in der Wählerschaft der Linken mit 9 Prozent. In den anderen Wählerschaften wollen 2 Prozent (Grüne) bis 6 Prozent (AfD und Nichtwählerlager) den bürgerlichen Staat abschaffen.

Beim Ant imperialismus liegen erneut die Wählerinnen und Wähler der Linken vorn. 39 Prozent der Linken-Wählerschaft halten alle Kriege für imperialistisch. Die geringste Zustimmung dafür gibt es in der Wählerschaft von CDU/CSU (18 Prozent). In den anderen Wählerschaften findet der Ant imperialismus bei 22 Prozent (FDP) bis 32 Prozent (Nichtwählerinnen und Nichtwähler) Unterstützung.



Abbildung 33: Linksextremismus-affine Einstellungen nach Sonntagsfrage (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/lehne teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“



Erstes Zwischenfazit

Die Betrachtung der Zustimmung und Ablehnung der Einzelaussagen mit extremistischer Tendenz ergibt einen ersten Eindruck über die Verbreitung von Extremismus-affinen Einstellungen in Deutschland. Für die abgefragten Aussagen zum Extremismus allgemein, zum Rechtsextremismus und zum Linksextremismus gilt zunächst, dass sie nur bei einer deutlichen Minderheit in Deutschland Zustimmung finden. Dies allein kann aber schwerlich zur Beruhigung beitragen.

Tendenziell sind Linksextremismus-affine Einstellungen weiter verbreitet als Rechtsextremismus-affine Einstellungen. Bei den allgemein Extremismus-affinen Einstellungen, die eine radikale Einstellung gegenüber dem politischen System und der Gesellschaftsordnung deutlich machen, ohne zu einer bestimmten politischen Richtung zu gehören, ist das Bild gemischt.

Die Zustimmung zu den Aussagen geht zunächst quer durch die Gesellschaft. Bei Alt und Jung, Männern und Frauen, West- und Ostdeutschen findet sich Zustimmung zu den Aussagen, wenn auch oft nur auf geringem Niveau. Eine Detailanalyse findet dann aber einzelne Muster. Eine Reihe von Einstellungen, insbesondere bei den allgemein Extremismus-affinen und den Rechtsextremismus-affinen Einstellungen, finden höhere Zustimmung bei Älteren über 75 Jahre. Auf den ersten Blick gibt es kaum Ost-West-Differenzen. Die genauere Analyse ergibt jedoch teils deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen in bestimmten Altersgruppen. Hier fällt vor allem die Altersgruppe über 75 Jahre auf. In dieser Altersgruppe stimmen ostdeutsche Befragte mehreren Aussagen häufiger zu als westdeutsche Befragte.

Ein Zusammenhang zwischen politischer Orientierung auf der Links-Rechts-Skala und bei der Wahlabsicht ist erwartbar und zeigt sich auch in den Antwortmustern. Menschen, die sich ganz rechts auf der Links-Rechts-Skala verorten, und Menschen, die AfD wählen wollen, zeigen höhere Zustimmung zu allgemein Extremismus-affinen Einstellungen und zu Rechtsextremismus-affinen Einstellungen. Bei jenen, die sich auf der Links-Rechts-Skala ganz links einordnen, und jenen, die bei einer Wahl der Linken ihre Stimme geben wollen, ist die Zustimmung zu Linksextremismus-affinen Aussagen höher. Dies kann kaum überraschen.

Allerdings sind dabei zwei Aspekte bemerkenswert. Zum einen handelt es sich bei den Zusammenhängen von politischer Orientierung und Zustimmung zu Extremismus-affinen Aussagen um Tendenzen, nicht präzise Trennungen. So stimmen beispielsweise von jenen, die sich auf der Links-Rechts-Skala weit rechts verorten, 23 Prozent der Aussage „Es gibt Gruppen von Menschen, die ich hasse“ zu. Allerdings stimmen auch 14 Prozent der Personen, die sich weit links verorten, dieser Aussage zu und unter denen, die sich der politischen Mitte zurechnen, stimmen auch 13 Prozent zu. Die Zustimmung ist also am rechten Rand höher, aber sie ist dort nicht mehrheitlich und auch jenseits des rechten Randes gibt es nennenswerte Zustimmung zu dieser Aussage.



Der zweite Aspekt betrifft die Zuordnung der Aussagen zum linken und rechten Rand. Zunächst passt die Zuordnung zur links- bzw. rechtsextremistischen Gedankenwelt tendenziell zur politischen Selbsteinordnung. Allerdings gibt es davon eine bemerkenswerte Ausnahme. Einige Linksextremismus-affine Einstellungen werden überdurchschnittlich häufig sowohl von den Wählerinnen und Wählern der Linken als auch der AfD vertreten.

Die Analysen der Einzelaussagen zu den drei Extremismen zeigen nicht nur Unterschiede zwischen den Extremismen, sondern auch innerhalb der Extremismen erhalten die Aussagen unterschiedlich viel Zustimmung. Die Aussagen werden offensichtlich als unterschiedlich drastisch, unterschiedlich extrem verstanden – und das durchaus zu Recht. Aus den Gedankengebäuden der Extremismen ergibt sich die Zustimmung zu jeder einzelnen Aussage. Aber andersherum gilt dies nicht unbedingt. Einzelnen Aussagen kann durchaus zugestimmt werden, ohne dass dahinter notwendig ein extremistisches Weltbild stünde. Deshalb ist die Zustimmung zu einer einzelnen Extremismus-affinen Aussage nur ein erster, vielleicht schwacher Hinweis auf eine mögliche Erreichbarkeit einer Person für extremistische Ideen. Erst wenn mehreren Aussagen zugestimmt wird, ergibt sich ein Gesamtbild Extremismus-affiner Einstellungen. Die Kombination von mehreren Einstellungen erlaubt es, die Verbreitung komplexer Einstellungsmuster in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu untersuchen.



Extremismus-affine Einstellungen im Vergleich

Um die Verbreitung allgemein Extremismus-affiner Einstellungen sowie von Rechts- und Linksextremismus vergleichen zu können, ist eine Zusammenfassung der Zustimmung zu verschiedenen Einzelaussagen notwendig. Wie aus den bereits diskutierten Einzelaussagen drei Indizes entstehen, wird im Folgenden dargestellt. Anschließend widmet sich die Analyse der Verbreitung der drei Extremismus-Dimensionen und der Frage, in welchem Maße unterschiedliche Extremismen von Personen gleichzeitig vertreten werden.

8.1 Indexbildung Extremismus-affiner Einstellungen

Wenn eine Person eine bestimmte Weltsicht hat, ergeben sich daraus eine ganze Reihe konkreter Einstellungen. Eine linksextremistische Weltsicht müsste demnach zur Zustimmung bei nicht nur einer Aussage aus der Liste Linksextremismus-affiner Aussagen führen, sondern eine solche Person müsste allen diesen Aussagen zustimmen. Aus dieser Überlegung ergibt sich die Bildung von Indizes. Wenn eine Person bei mehreren der jeweiligen Extremismus-affinen Aussagen zustimmt, wird diese Person mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Weltbild haben, das große Teile der extremistischen Weltanschauung beinhaltet. Stimmt eine Person dagegen nur einer einzelnen Aussage zu, ist nicht von einem extremistischen Weltbild auszugehen.

Tatsächlich ergeben die Antworten Muster, die einen Zusammenhang für die allgemein Extremismus-affinen Aussagen sowie die Rechts- und Linksextremismus-affinen Aussagen nahelegen. Das statistische Verfahren der konfirmatorischen Faktorenanalyse bestätigt den Zusammenhang der Aussagen für die extremistische Grundhaltung eindeutig, während die Modellpassung bei Rechts- und Linksextremismus weniger gut ist, aber den Zusammenhang der Aussagen als Dimension ebenfalls tendenziell bestätigt (für die Ergebnisse der Analysen siehe Pokorny/Roose in Vorbereitung).¹⁸

Um die jeweiligen Dimensionen abzubilden, ist die Verwendung einer so großen Anzahl von Aussagen ungünstig. Werte können dann nur für die Personen berechnet werden, die auf alle Fragen gültige Antworten gegeben haben. Dies würde die Analysemöglichkeiten erheblich einschränken. Stattdessen empfiehlt sich die Verwendung einer Auswahl von Aussagen, mit denen die jeweilige Nähe zum Extremismus ausreichend abgebildet werden kann.

Die Auswahl der Aussagen, die in den Index eingehen, ergibt sich nach drei Kriterien. Erstens sollen alle Unterdimensionen des Extremismus berücksichtigt werden, soweit für sie eine Messung vorliegt. Zweitens sollen die Aussagen nach den Ergebnissen der statistischen Analysen (konfirmative und explorative Faktorenanalysen) die Dimension gut abbilden (also vergleichsweise hohe Faktorladungen haben). Drittens sollen die Aussagen nach den Ergebnissen der Leitfadeninterviews den Argumentationen der



Befragten mit einschlägigen Einstellungen entsprechen. Einstellungen und Formulierungen, die in den Leitfadeninterviews vorkommen, wurden eher in die Indexbildung aufgenommen. Diesen Kriterien vorgelagert ist der Ausschluss der beiden Aussagen, die von einem nennenswerten Teil der Befragten nicht beantwortet werden konnten (mehr als 500 Befragte ohne Angabe).¹⁹

Für die extremistische Grundhaltung sind folgende Aussagen berücksichtigt:

Mir ist egal, was der Staat regelt, ich habe meine eigenen Regeln.

Nur wenn wir die heutige Gesellschaft überwinden, wird ein wirklich gutes Leben möglich.

Nur wer radikal handelt, kann die wahren Ideale in der Politik verwirklichen.

Es muss eine Person geben, die allein bestimmt, wo es langgeht.

Es gibt Gruppen von Menschen, die hasse ich.

Für die Unterdimensionen Fanatismus/Aktivismus, Demokratieablehnung, Utopismus und Abwertung von Gruppen allgemein steht jeweils eine Aussage zur Verfügung. Bei der Unterdimension Absolutheitsanspruch hat die Aussage „Mir ist egal, was der Staat regelt, ich habe meine eigenen Regeln“ die höhere Faktorladung in der konfirmatorischen Faktorenanalyse.

Der Index Rechtsextremismus enthält die folgenden Aussagen:

Wir sollten darauf achten, dass wir das Deutsche reinhalten und Völkervermischung unterbinden.

Wie die Ausländer sich hier benehmen, macht mich wütend.

Reiche Juden sind die eigentlichen Herrscher der Welt.

Die deutsche Gesellschaft wird durch Muslime unterwandert.

Die Deutschen sind anderen Völkern überlegen.

Für die Dimensionen Ethnopluralismus/Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit steht jeweils nur ein Item zur Verfügung. Beim Antisemitismus findet sich das Stereotyp eines „hinterhältigen Juden“ nicht in den Interviews, während die Vorstellung, in der Welt seien reiche Juden sehr einflussreich, durchaus vorkommt. Ähnlich ist es für die sozialdarwinistische Haltung. Der Vergleich von sozialen Prozessen und natürlicher Auslese ist den Befragten durchweg nicht geläufig oder plausibel, aber eine Überlegenheit des deutschen Volkes wird von Personen mit einschlägigen Einstellungen durchaus mehr oder minder klar formuliert.

Linksextremismus ist durch die folgenden drei Aussagen abgebildet:

Der bürgerliche Staat gehört abgeschafft.

Der Kapitalismus ist die Wurzel allen Übels.

Große Vermögen müssen enteignet werden.

Für die Unterdimension Ablehnung des bürgerlichen Staates gibt es nur eine Aussage und die Unterdimension Antiimperialismus kann nicht abgebildet werden. Für Antikapitalismus stehen mehrere Aussagen zur Verfügung, von denen in diesem Fall zwei ausgewählt werden, um eine Mindestzahl von drei Aussagen für die Extremismusdimension zu erreichen. Dabei fiel die Wahl auf jene beiden Aussagen, die tendenziell stärker bewertend formuliert sind.

Für alle drei Indizes gilt, dass Befragte maximal bei einer Aussage die Antwort verweigern dürfen. Wer mehr als einen ungültigen Wert hat, geht nicht in die Indexbildung ein. Für alle drei Extremismen wird ein Mittelwertindex gebildet mit einem Wertebereich von 1,0 (lehne voll und ganz ab) bis 5,0 (stimme voll und ganz zu). Ein Indexwert von 1,0 bedeutet beispielsweise, dass eine Person alle Aussagen dieses Index voll und ganz ablehnt. Ein Indexwert von 3,0 heißt zum Beispiel, dass eine Person im Mittel über alle Aussagen hinweg mit „teils/teils“ antwortet. Das heißt, es ist möglich, dass diese Person einige Aussagen ablehnt und anderen zustimmt. Bei einem Indexwert von 5,0 stimmt eine Person allen Aussagen zu.

8.2 Vergleich der Verbreitung Extremismus-affiner Einstellungen

Extremistische Einstellungen sind nicht immer in ihrer gesamten Ideologie ausgeprägt und auch für Organisationen und Bewegungen gilt, dass es einen gewissen „Grenzbereich“ (Kailitz 2004: 27) gibt, in dem diese Bewegungen oder Organisationen nicht eindeutig als extremistisch oder demokratisch eingestuft werden können. Die Grenze zwischen Demokratie und Extremismus ist kein Fixpunkt, sondern fließend (Jaschke 2020: 48), was für die empirische Untersuchung der Verbreitung extremistischer Einstellungen durchaus Folgen hat. Um zu untersuchen, wer als extremistisch oder Extremismus-affin gilt, müssen Grenzwerte festgelegt werden. Diese Grenzwerte können unterschiedlichen Erwägungen folgen und sind nicht vorgegeben. Jede Forscherin und jeder Forscher kann die Grenzwerte mit jeweils guten Gründen anders festlegen. Diese Entscheidung hat Auswirkungen auf die Anzahl an Extremismus-affinen Personen und die daraus folgenden Analysen. Je niedriger der Grenzwert gesetzt wird, desto höher fällt der Anteil an Extremismus-affinen Personen aus und umgekehrt (für eine detaillierte Diskussion siehe Pokorny/Roose in Vorbereitung).

Extremistische Personen werden in der Befragung vermutlich nicht zu finden sein. Der zum Zeitpunkt der Auswertung aktuellste Verfassungsschutzbericht 2022 geht bei seiner Schätzung des Rechtsextremismuspotenzials von 38.800 Personen aus (Bundesministerium des Innern und für Heimat [BMIH] 2022: 51). Das Linksextremismuspotenzial wird auf 36.500 Personen geschätzt (BMIH 2022: 128). Diese insgesamt 75.300 Personen machen rund 0,09 Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung aus. In einer



Zufallsstichprobe der deutschen Bevölkerung, wie sie der Befragung zugrunde liegt, könnten somit ein oder zwei extremistische Personen sein, doch um diese Personen ausfindig zu machen, ist eine Befragung ungeeignet. Hier geht es darum, Menschen näher zu betrachten, die tendenziell offen sind für extremistische Einstellungen. Dafür unterscheiden wir Extremismus-affine Personen und Personen, die an Extremismus partiell anschlussfähig sind.

Als *Extremismus-affin* definieren wir Befragte, die einen Indexwert von über 4,0 erreichen. Ein Wert von genau 4,0 gilt noch nicht als Extremismus-affin. Diese Befragten stimmen im Mittel mehr als eher zu. Sie müssen also bei mindestens einer Aussage voll und ganz zustimmen, um nach diesem Verständnis Extremismus-affin zu sein. Wenn sie bei allen Aussagen des Indexes eher zustimmen, gelten sie nach diesem Grenzwert noch nicht als Extremismus-affin.

Befragte mit einem Indexwert über 3,0 bis einschließlich 4,0 definieren wir als *an Extremismus partiell Anschlussfähige*. Diese Personen stimmen im Mittel mehr als „teils/teils“ zu. Ein Wert von genau 3,0 oder geringer gilt als nicht anschlussfähig an extremistische Einstellungen. Befragte, die im Durchschnitt teils zustimmen/teils ablehnen oder eher/voll und ganz ablehnen, werden hier als nicht anschlussfähig an Extremismus betrachtet.

Nach dieser Definition werden nur sehr geringe Anteile der Bevölkerung als Extremismus-affin eingestuft. Jeweils 1 Prozent weisen allgemeine Extremismus-affine, Rechtsextremismus-affine und Linksextremismus-affine Einstellungen auf. Zusätzlich gelten je 5 Prozent als partiell Anschlussfähige an allgemeinen Extremismus und Rechtsextremismus. 8 Prozent sind partiell anschlussfähig an Linksextremismus.

Tabelle 2: Verbreitung Extremismus-affiner Einstellungen im Vergleich

	allgemeiner Extremismus	Rechts- extremismus	Links- extremismus
Extremismus-Affine	1	1	1
partiell Anschlussfähige	5	5	8
nicht Anschlussfähige	95	94	90

Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Summen von größer oder kleiner 100 Prozent werden durch Rundungsdifferenzen verursacht. Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine: Indexwerte von >4,0 bis 5,0; partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 4,0; nicht Anschlussfähige: Indexwerte von 1,0 bis 3,0.

Zwischen den drei Extremismusformen kommt es zu Überschneidungen. 36 Prozent der partiell Anschlussfähigen an allgemeinen Extremismus sind auch partiell anschlussfähig an Linksextremismus. 38 Prozent der partiell Anschlussfähigen an allgemeinen Extremismus sind auch partiell anschlussfähig an Rechtsextremismus.

In der Kombination der Extremismen ergibt sich, dass 12 Prozent der Befragten partiell anschlussfähig an einen der drei Extremismen sind. 3 Prozent sind partiell anschlussfähig

an zwei der Extremismen und 1 Prozent ist partiell anschlussfähig an alle drei Extremismen. In der Summe ergibt sich ein Potenzial von 16 Prozent partiell Anschlussfähigen an extremistische Einstellungen.

Die weitere Untersuchung dieser Gruppen führt zu einem methodischen Problem. Trotz der insgesamt hohen Fallzahl von 5.511 Befragten sind die absoluten Fallzahlen in den Extremismus-affinen Gruppen zu gering für weitere Analysen (allgemeiner Extremismus: 23; Rechtsextremismus: 46; Linksextremismus: 76; jeweils ungewichtete Fallzahlen). Daher werden für die nachfolgenden Analysen die beiden Gruppen der Extremismus-Affinen und der partiell Anschlussfähigen zusammengefasst und gemeinsam untersucht. Durch die Zusammenfassung ergeben sich folgende ungewichtete Gruppengrößen: allgemeiner Extremismus: 212; Rechtsextremismus: 275; Linksextremismus: 481. Für die bessere Lesbarkeit sprechen wir im Folgenden nur von den „partiell Anschlussfähigen“, auch wenn in dieser Gruppe die (wenigen) Extremismus-Affinen ebenfalls enthalten sind.

8.2.1 Anteile partiell Anschlussfähiger an extremistische Einstellungen in sozialen Gruppen

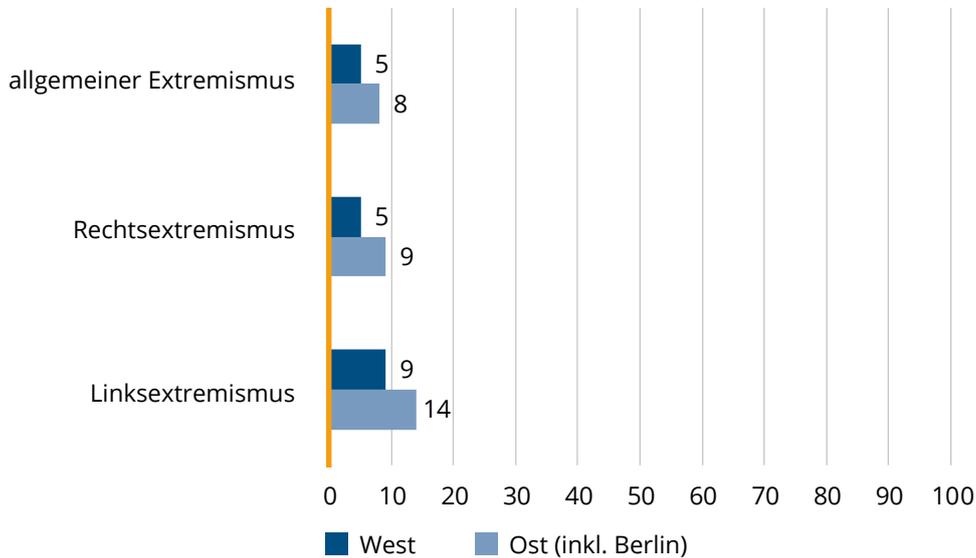
Insgesamt gibt es, ähnlich wie bei der Zustimmung und Ablehnung zu einzelnen Aussagen, bei den partiell an Extremismus Anschlussfähigen nur geringe Unterschiede nach Geschlecht oder West- und Ostdeutschland, wobei in einzelnen Bundesländern deutlich mehr Personen zu finden sind, die in ihren Einstellungen partiell an Extremismen anschlussfähig sind (insbesondere Sachsen-Anhalt und Thüringen). Partiiell an Linksextremismus anschlussfähig sind eher die Jüngeren, während bei den an allgemeinen Extremismus anschlussfähigen Einstellungen die Älteren auffallen.

Wenig überraschend finden sich die partiell Anschlussfähigen für Rechtsextremismus überdurchschnittlich am rechten Rand der Links-Rechts-Skala. Die partiell Anschlussfähigen für Linksextremismus wollen überdurchschnittlich häufig die Linke wählen. Bemerkenswert sind dagegen drei Befunde: Die Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind überdurchschnittlich häufig partiell anschlussfähig an Extremismus allgemein, Linksextremismus und Rechtsextremismus. Die Wählerschaft der AfD, aber nicht der Linken, ist überdurchschnittlich häufig partiell anschlussfähig an allgemeinen Extremismus. Die Wählerschaft der AfD ist nicht nur beim Rechtsextremismus, sondern auch beim Linksextremismus überdurchschnittlich häufig partiell anschlussfähig.

Widmen wir uns den Befunden im Detail. Die Anteile an Befragten, die partiell anschlussfähig an Extremismus sind, unterscheiden sich eher gering zwischen Ost- und Westdeutschland. Bei allen drei Extremismus-Ausprägungen gibt es aber eine leicht erhöhte Zahl in Ostdeutschland. Multivariate statistische Analysen zeigen, dass diese Unterschiede statistisch signifikant sind.²⁰ Am stärksten ausgeprägt ist der Unterschied beim Linksextremismus. In Westdeutschland sind 9 Prozent der Befragten partiell anschlussfähig an linksextremistische Einstellungen, in Ostdeutschland gilt das für 14 Prozent der Befragten.



Abbildung 34: Anteile partiell Anschlussfähiger an extremistische Einstellungen nach Region



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0.

Die eher geringen Unterschiede im Vergleich von Ost- und Westdeutschland verdecken jedoch teils deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Für einen besseren Vergleich werden die Ergebnisse nach Bundesland in zwei Grafiken dargestellt: Abbildung 35 verdeutlicht die Unterschiede zwischen den Bundesländern für jede Ausprägung des Extremismus. Abbildung 36 veranschaulicht dagegen die unterschiedlichen Anteile partiell Anschlussfähiger innerhalb der Bundesländer. Beide Abbildungen stellen dieselben Zahlen dar, lediglich die Sortierung variiert. Für Bremen und das Saarland sind die Fallzahlen zu gering, sodass die Werte nicht ausgewiesen werden.

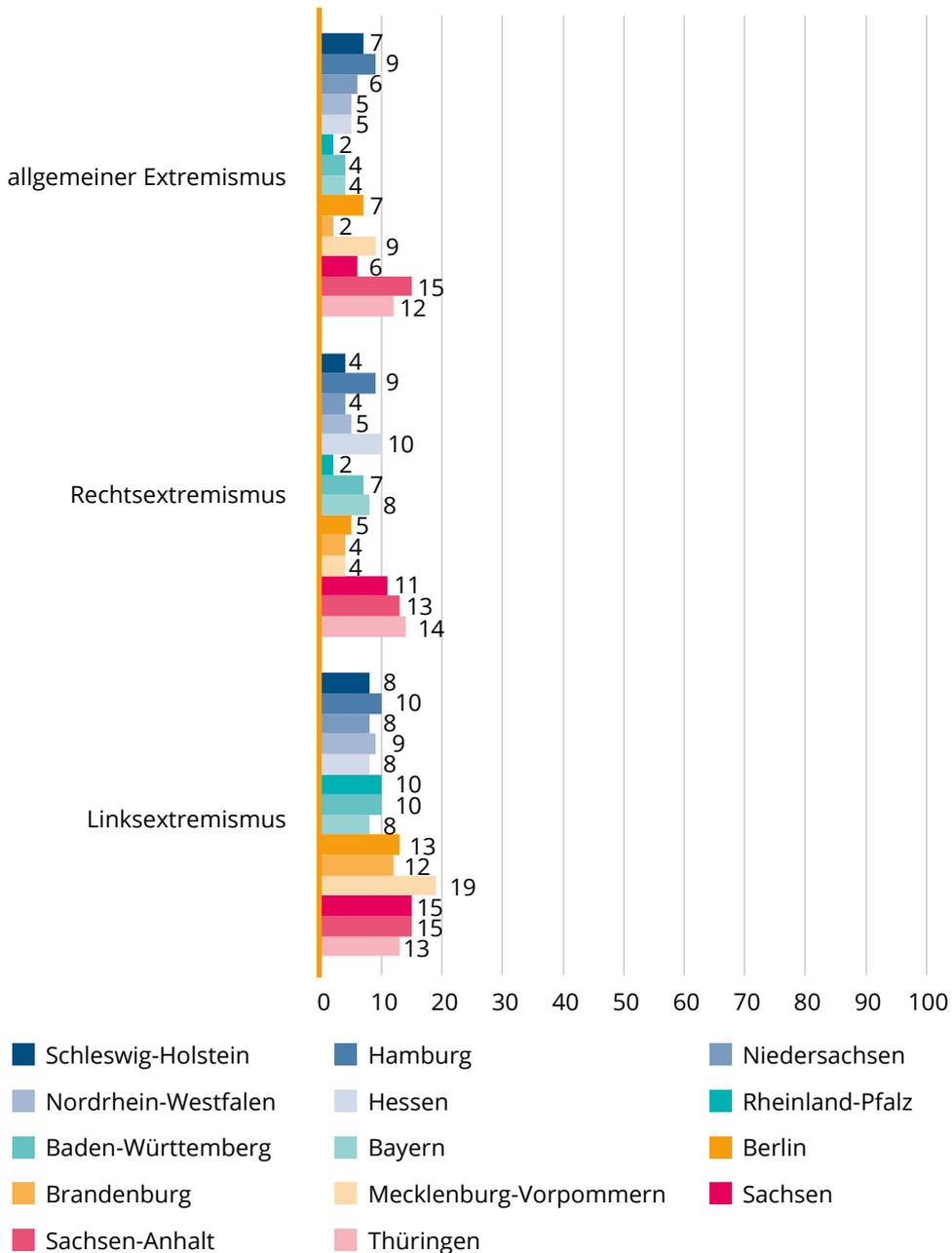
Die höchsten Anteile an partiell Anschlussfähigen an allgemein extremistische Einstellungen gibt es in Sachsen-Anhalt (15 Prozent) und Thüringen (12 Prozent). Am wenigsten partiell Anschlussfähige an allgemeine extremistische Haltungen leben in Rheinland-Pfalz und Brandenburg (je 2 Prozent).

An Rechtsextremismus sind ebenfalls die Menschen in Thüringen (14 Prozent) und Sachsen-Anhalt (13 Prozent) sowie zusätzlich in Sachsen (11 Prozent) häufiger partiell anschlussfähig. Aber auch in Hessen liegt der Anteil mit 10 Prozent knapp im zweistelligen Bereich. Der geringste Anteil partiell Anschlussfähiger an rechtsextremistische Einstellungen findet sich in Rheinland-Pfalz (2 Prozent).

Beim Anteil partiell Anschlussfähiger an linksextremistische Einstellungen liegt Mecklenburg-Vorpommern vorn (19 Prozent). Fast jede und jeder Fünfte in Mecklenburg-Vorpommern ist partiell anschlussfähig an linksextremistische Haltungen. Aber auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt (je 15 Prozent) leben überdurchschnittlich viele

partiell Anschlussfähige an Linksextremismus. Die geringsten Anteile gibt es mit jeweils 8 Prozent in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern.

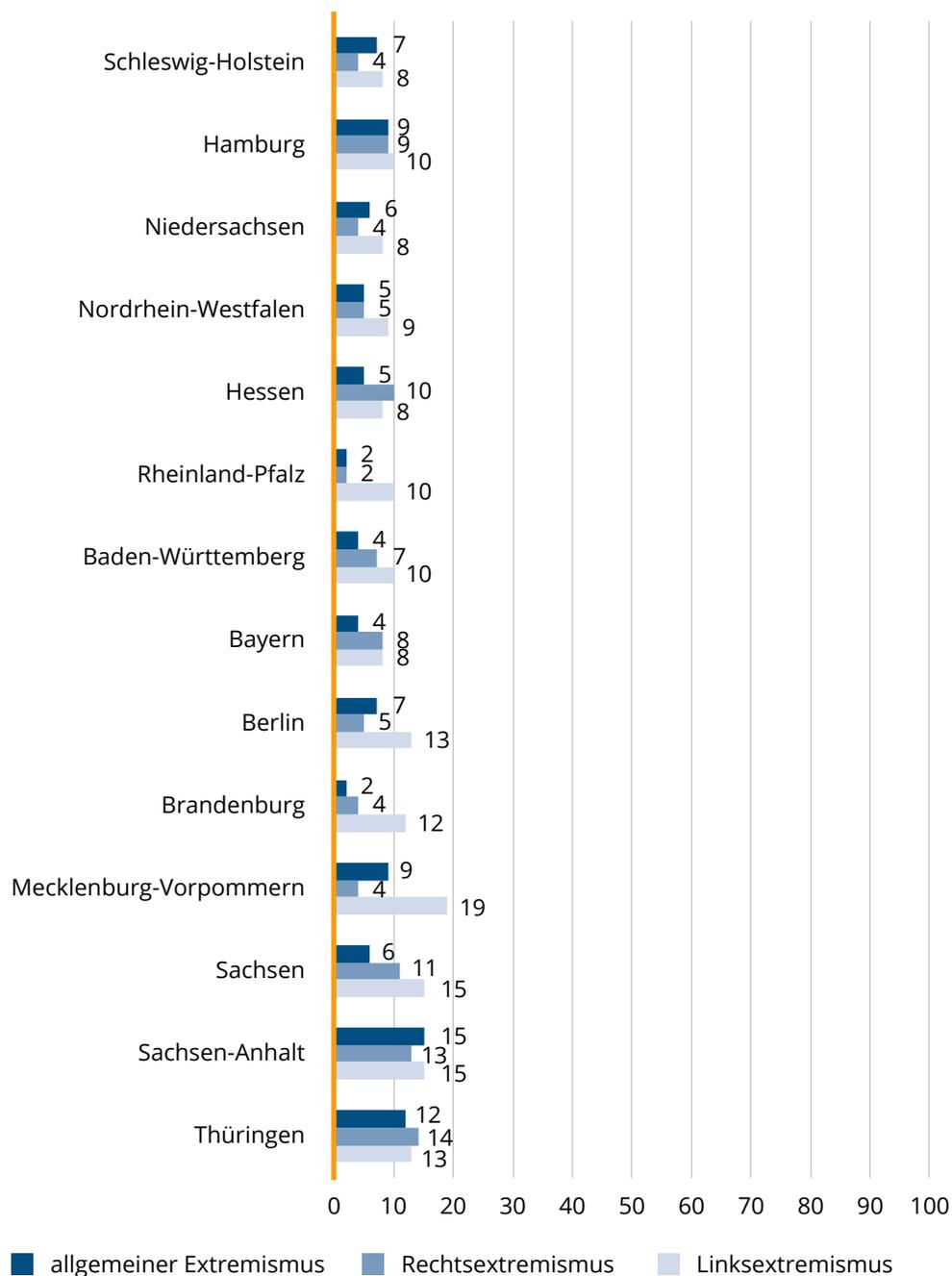
Abbildung 35: Anteile partiell Anschlussfähiger an extremistische Einstellungen nach Bundesland I



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0. Bremen und Saarland sind aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht berücksichtigt.



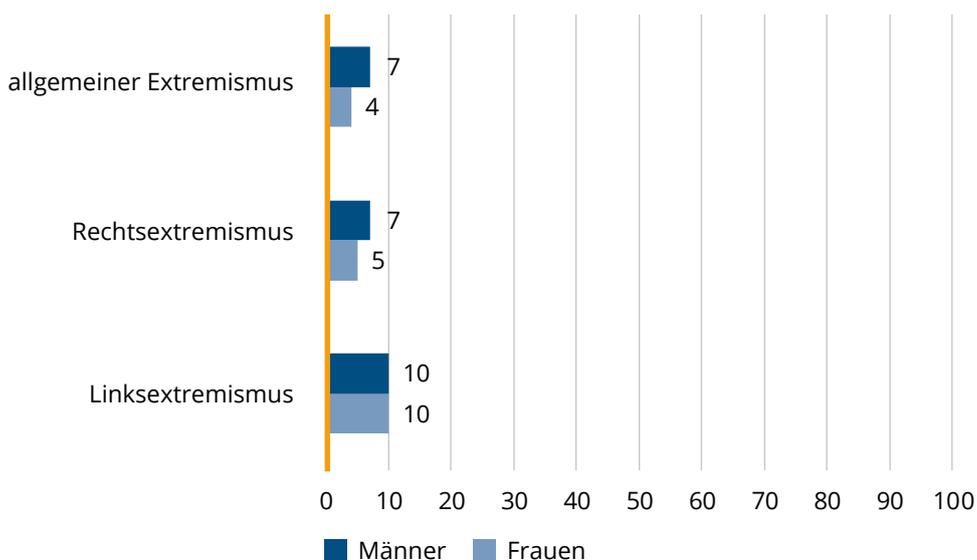
Abbildung 36: Anteile partiell Anschlussfähiger an extremistische Einstellungen nach Bundesland II



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0. Bremen und Saarland sind aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht berücksichtigt.

Die Geschlechterdifferenzen fallen eher gering aus. Bei keiner der Extremismus-Varianten gibt es größere Prozentpunktdifferenzen zwischen Männern und Frauen.

Abbildung 37: Anteile partiell Anschlussfähiger an extremistische Einstellungen nach Geschlecht

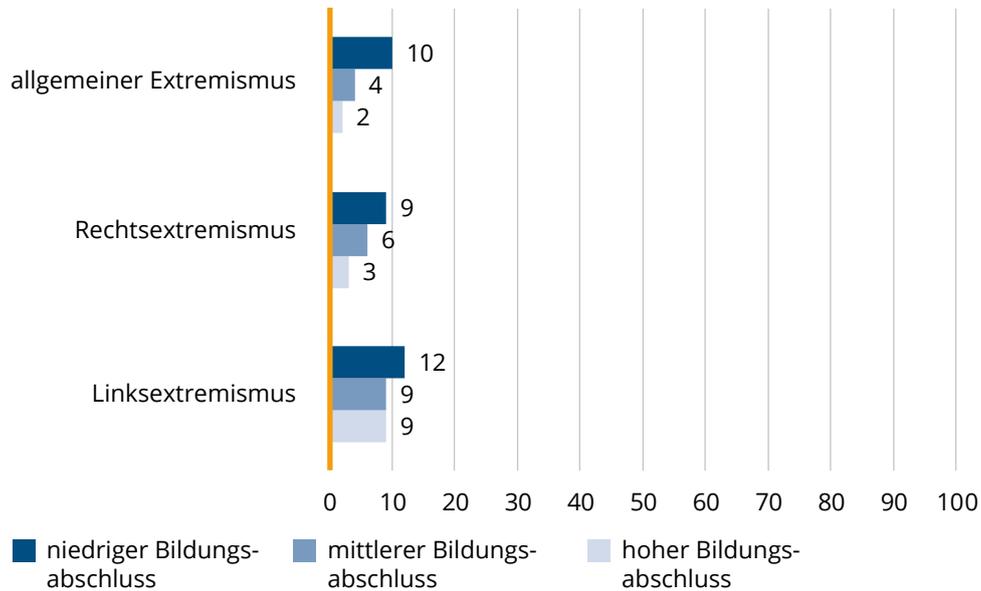


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0.

Bei der Unterscheidung nach formalem Bildungsabschluss zeigt sich dieselbe Tendenz wie bei den Einzelitems der Extremismen. Sowohl bei der allgemein extremistischen Grundhaltung als auch beim Rechtsextremismus steigt der Anteil partiell Anschlussfähiger mit sinkendem formalem Bildungsniveau. Je weniger formal gebildet eine Person ist, desto anfälliger ist sie für allgemein extremistische und rechtsextremistische Einstellungsmuster. Beim Linksextremismus sind Personen mit niedrigem formalem Bildungsabschluss leicht häufiger partiell anschlussfähig.



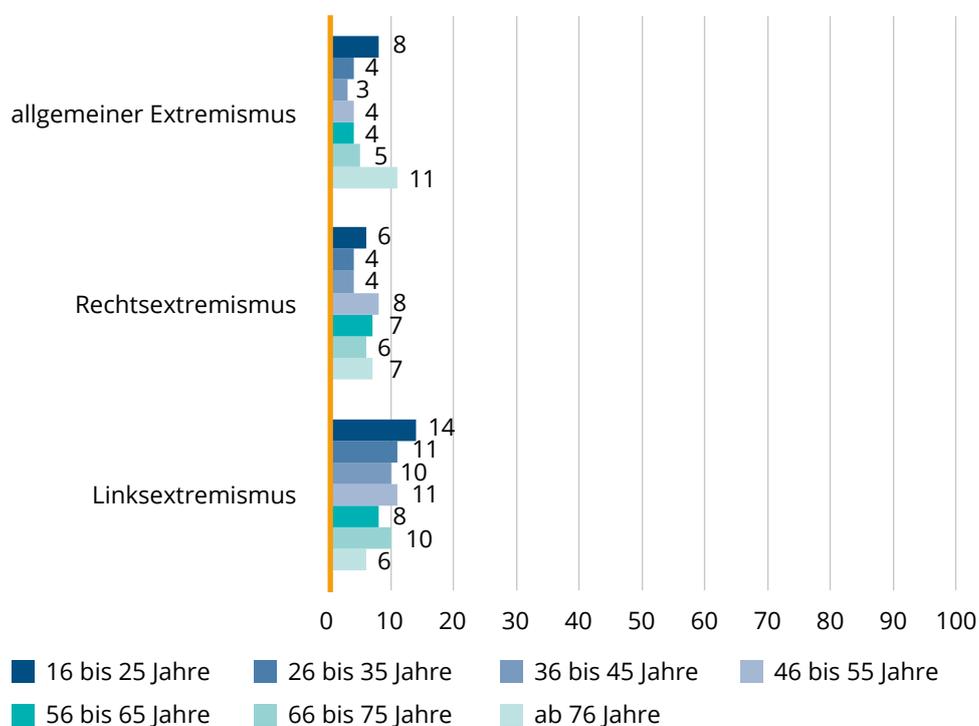
Abbildung 38: Anteile partiell Anschlussfähiger an extremistische Einstellungen nach formalem Bildungsabschluss



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0.

Bei der Altersverteilung zeigen sich Unterschiede zwischen den Extremismen. Die höchsten Anteile partiell Anschlussfähiger an eine allgemein extremistische Grundhaltung finden sich unter den 16- bis 25-Jährigen (8 Prozent) und den über 75-Jährigen (11 Prozent). Beim Rechtsextremismus gibt es eher geringe Altersunterschiede mit einer leicht höheren Tendenz in den mittleren und höheren Altersgruppen. Dagegen sinkt der Anteil partiell Anschlussfähiger an den Linksextremismus tendenziell mit zunehmendem Alter. Die meisten partiell Anschlussfähigen an linksextremistische Einstellungsmuster gibt es in der Gruppe der 16- bis 25-Jährigen (14 Prozent).

Abbildung 39: Anteile partiell Anschlussfähiger an extremistische Einstellungen nach Alter



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0.

Bei der Differenzierung anhand der Links-Rechts-Selbsteinstufung könnte man erwarten, dass sich allgemein extremistische Einstellungsmuster am linken und rechten Rand zeigen. Rechtsextremistische Einstellungen sollten dagegen vor allem am rechten Ende der Skala und linksextremistische Einstellungen am linken Ende der Skala auftreten. Diese Annahme bestätigt sich jedoch nur für den Rechtsextremismus. Insgesamt zeigt sich: Allgemeiner Extremismus und Rechtsextremismus sind vor allem im äußerst rechten Spektrum vertreten, Linksextremismus ist partiell anschlussfähig bei Personen, die sich selbst ganz links oder ganz rechts verorten.

Der höchste Anteil partiell Anschlussfähiger an allgemein extremistische Einstellungen findet sich unter denjenigen, die sich am rechten Rand der Skala einordnen. Im ganz rechten Skalenbereich ist ein gutes Viertel partiell anschlussfähig an allgemeinen Extremismus. Im ganz linken und im mittleren Skalenbereich gilt das nur für jeweils 4 Prozent.

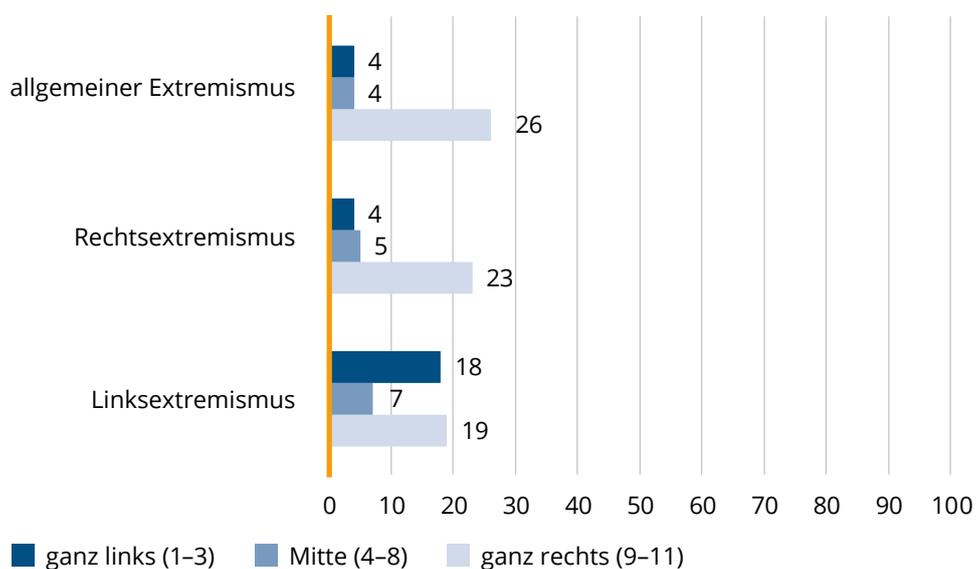
Beim Rechtsextremismus findet sich der höchste Anteil partiell Anschlussfähiger tatsächlich im äußerst rechten Bereich der Links-Rechts-Skala. Knapp jede und jeder vierte Befragte am politisch rechten Rand ist partiell anschlussfähig an rechtsextremistische Einstellungen.

Linksextremismus ist dagegen sowohl am linken als auch am rechten Ende der Skala verbreitet. Unter den Personen, die sich im äußerst linken Bereich einstufen, sind



18 Prozent partiell anschlussfähig an linksextremistische Einstellungen. Unter den Personen im ganz rechten Skalenbereich liegt der Anteil mit 19 Prozent etwa gleich hoch. Schon die Analyse der Einzelaussagen ergab, dass die Kapitalismuskritik im linken wie im rechten Spektrum stark ausgeprägt ist und der bürgerliche Staat von Personen am rechten Rand abgelehnt wird. Gerade beim Antikapitalismus gibt es also durchaus Überschneidungen zwischen dem linken und dem rechten Rand.

Abbildung 40: Anteile partiell Anschlussfähiger an extremistische Einstellungen nach Links-Rechts-Selbsteinstufung



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

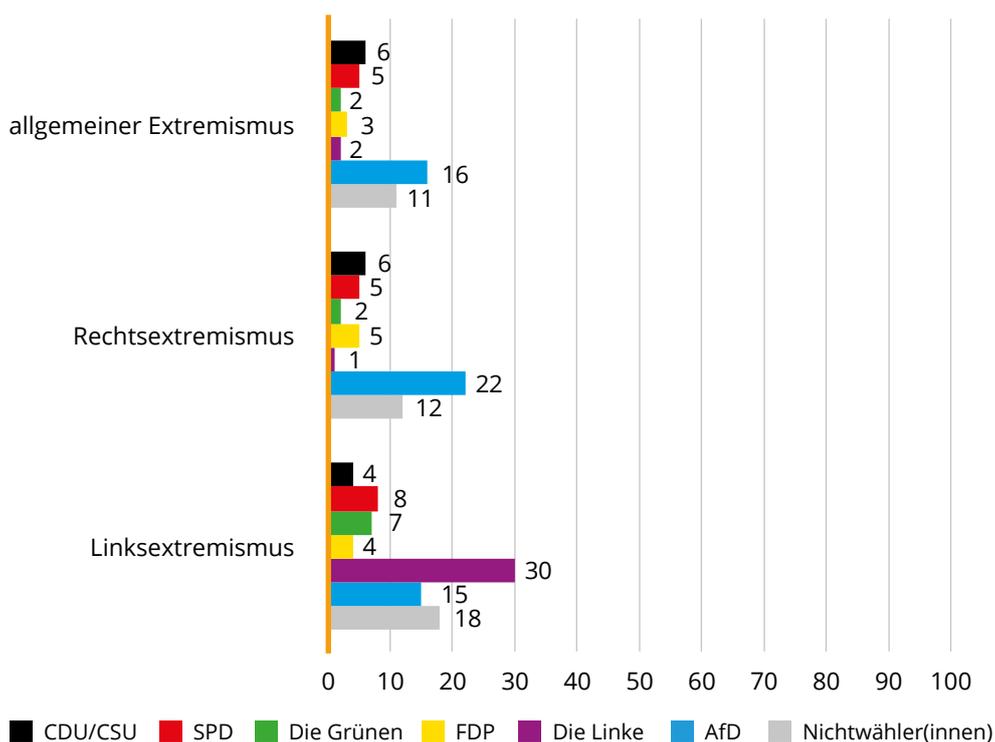
Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0.

Die Analyse nach Sonntagsfrage ergibt erwartbare Muster. In der Wählerschaft der AfD finden sich die höchsten Anteile partiell Anschlussfähiger an allgemeinen Extremismus und an Rechtsextremismus. Aber auch beim Linksextremismus sind die partiell Anschlussfähigen in der AfD-Wählerschaft überdurchschnittlich vertreten. Das ist ein weiterer Hinweis darauf, dass Antikapitalismus kein Alleinstellungsmerkmal des politisch äußerst linken Lagers ist. Die höchsten Anteile partiell Anschlussfähiger an den Linksextremismus finden sich aber bei der Wählerschaft der Linken.

16 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler sind partiell anschlussfähig an eine allgemein extremistische Grundhaltung. Mehr als ein Fünftel der AfD-Wählerschaft zeigt sich partiell anschlussfähig an rechtsextremistische Einstellungsmuster. Auch beim Linksextremismus ist der Anteil partiell Anschlussfähiger mit 15 Prozent in der AfD-Wählerschaft überdurchschnittlich hoch. Hier liegt aber die Wählerschaft der Linken vorn. 30 Prozent der Linken-Wählerinnen und -Wähler sind partiell anschlussfähig an linksextremistische Einstellungen.

Bei allen drei Extremismen weist auch das Nichtwählerlager überdurchschnittliche Anteile partiell Anschlussfähiger auf. Am höchsten ist der Anteil mit 18 Prozent beim Linksextremismus.

Abbildung 41: Anteile partiell Anschlussfähiger an extremistische Einstellungen nach Sonntagsfrage



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0.

8.2.2 Antizionismus, Antiamerikanismus und Gruppenabwertung unter partiell Anschlussfähigen an extremistische Einstellungen

Antizionistische und antiamerikanische Einstellungen sind unter partiell Anschlussfähigen in der Tendenz überdurchschnittlich verbreitet. Zudem neigen partiell Anschlussfähige stärker zu Gruppenabwertungen als die Gesamtbevölkerung.

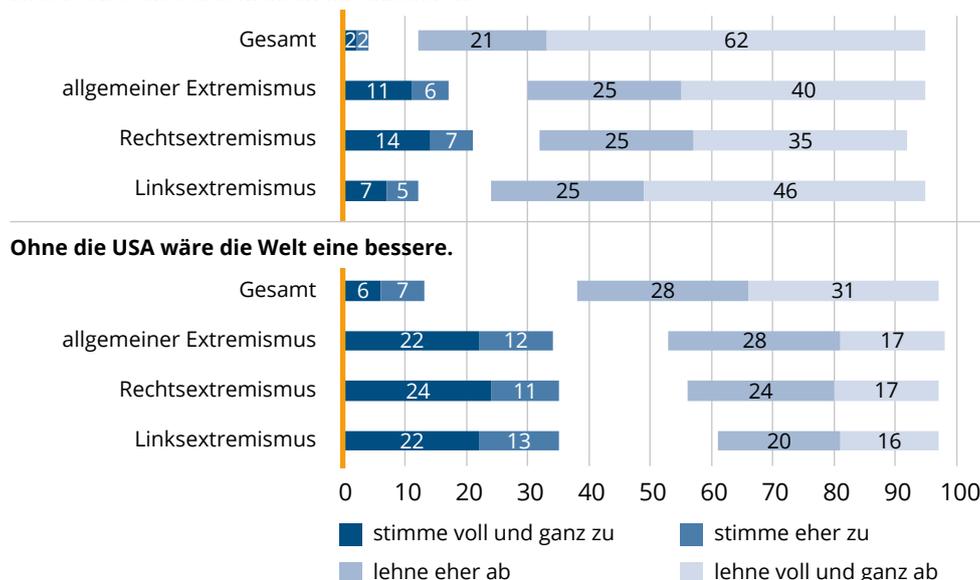
Dass Israel als Staat nicht mehr existieren sollte, vertreten partiell Anschlussfähige aller Extremismen häufiger als der Durchschnitt. Unter den partiell Anschlussfähigen stimmen der Aussage zwischen 12 Prozent (Linksextremismus) und 21 Prozent (Rechtsextremismus) voll und ganz oder eher zu.

Auch die Aussage „Ohne die USA wäre die Welt eine bessere“ findet unter partiell Anschlussfähigen jeder Couleur viel Zustimmung. Hier stimmen 34 Prozent (allgemeiner Extremismus) bzw. 35 Prozent (Rechts- und Linksextremismus) zu.



Abbildung 42: Antizionismus und Antiamerikanismus unter partiell Anschlussfähigen an extremistische Einstellungen

Israel sollte als Staat nicht mehr existieren.



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“. Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0. Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

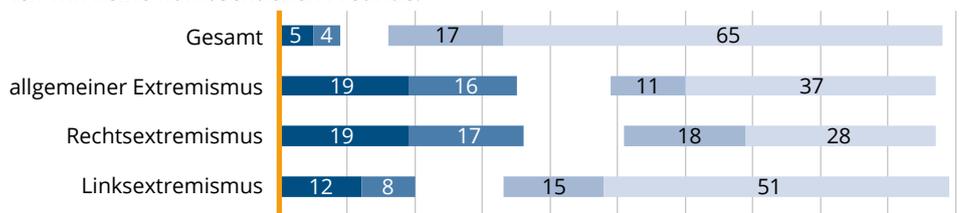
Die Abwertung von Homosexuellen und von Frauen ist – wenn auch auf unterschiedlichem Niveau – unter partiell Anschlussfähigen weiter verbreitet als in der Gesamtbevölkerung. Bei beiden Gruppen neigen partiell Anschlussfähige an allgemein extremistische oder rechtsextremistische Einstellungen stärker zur Abwertung als partiell Anschlussfähige an linksextremistische Einstellungen.

Sie wollten keine homosexuellen Freunde, meinen 35 Prozent der partiell Anschlussfähigen an eine allgemein extremistische Grundhaltung und 36 Prozent derjenigen an rechtsextremistische Einstellungsmuster. Unter partiell Anschlussfähigen an den Linksextremismus meinen das 20 Prozent (Gesamtbevölkerung: 9 Prozent).

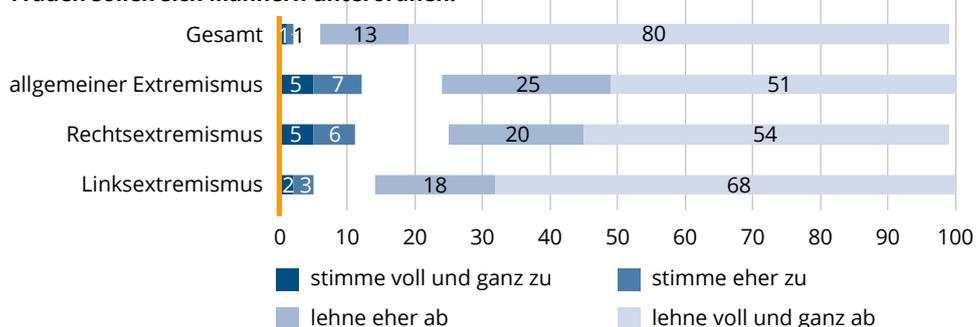
Dass Frauen sich Männern unterordnen sollten, ist in der Gesamtbevölkerung eine absolute Ausnahmemeinung. Auch unter partiell Anschlussfähigen an linksextremistische Einstellungen ist diese Haltung nicht nennenswert vertreten, 5 Prozent stimmen voll und ganz bzw. eher zu. Schon etwas häufiger findet sich diese Auffassung unter partiell Anschlussfähigen an allgemein extremistische (12 Prozent) oder rechtsextremistische (11 Prozent) Einstellungen.

Abbildung 43: Gruppenabwertung unter partiell Anschlussfähigen an extremistische Einstellungen

Ich will keine homosexuellen Freunde.



Frauen sollen sich Männern unterordnen.



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“. Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0. Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

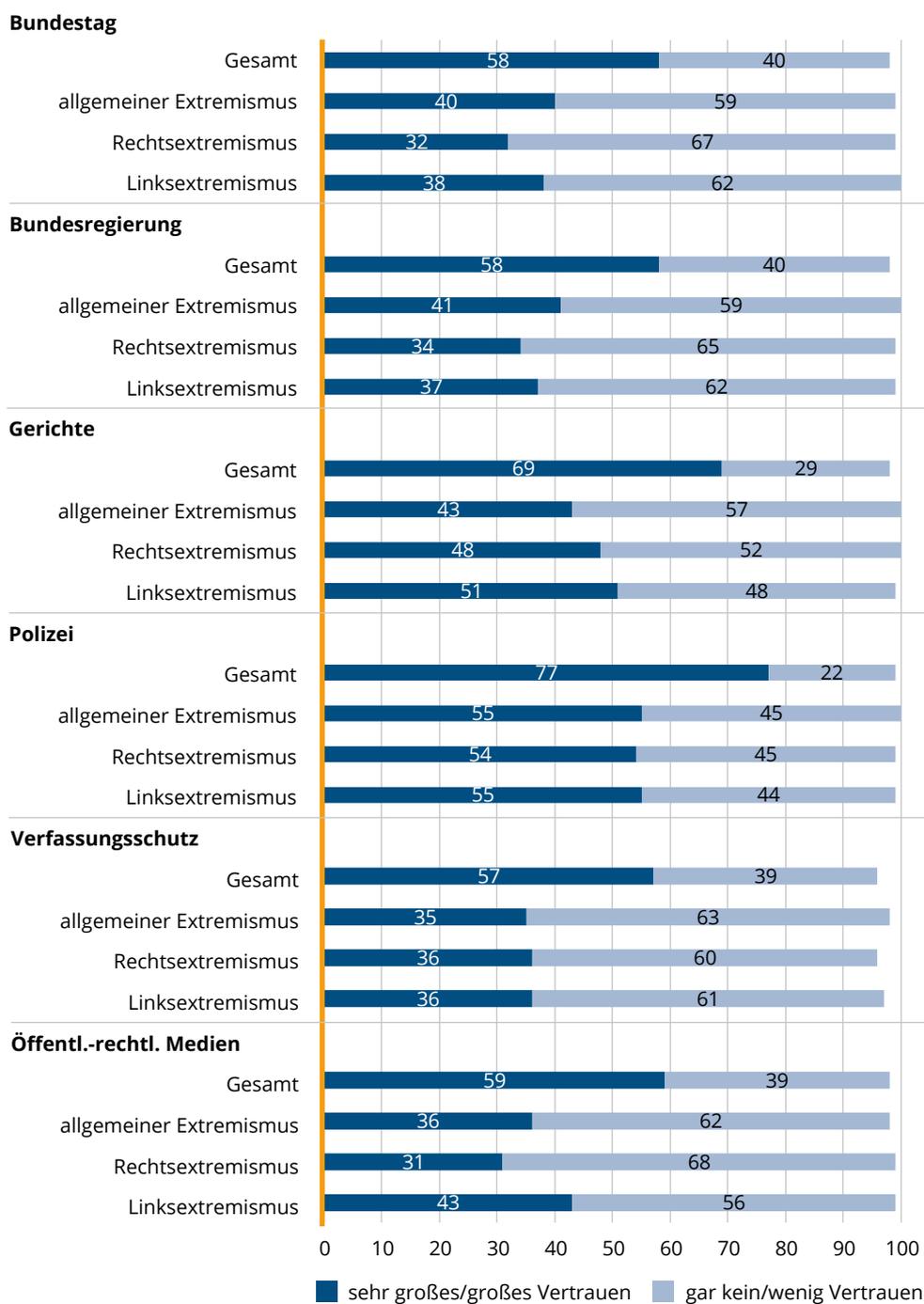
8.2.3 Institutionenvertrauen, Zukunftsvertrauen und Demokratiezufriedenheit partiell Anschlussfähiger an extremistische Einstellungen

Bisher wurde die Verteilung extremistischer Einstellungen in verschiedenen sozialen Gruppen untersucht. Im nächsten Schritt werden die Einstellungen der partiell Anschlussfähigen mit den Einstellungen der Gesamtbevölkerung verglichen, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Dabei zeigt sich, dass die partiell Anschlussfähigen aller Extremismen weniger Vertrauen in Institutionen und in die Zukunft haben und unzufriedener mit der Demokratie sind als die Gesamtbevölkerung.

Allen erhobenen Institutionen vertrauen die partiell Anschlussfähigen viel weniger als die Gesamtbevölkerung. Zwischen den Extremismen sind die Unterschiede dagegen eher gering. Besonders niedrig ist das Vertrauen der partiell Anschlussfähigen in die öffentlich-rechtlichen Medien und in den Verfassungsschutz. Am stärksten vertrauen die partiell Anschlussfähigen noch der Polizei, was vor allem im Bereich des Linksextremismus überrascht.



Abbildung 44: Institutionenvertrauen unter partiell Anschlussfähigen an extremistische Einstellungen



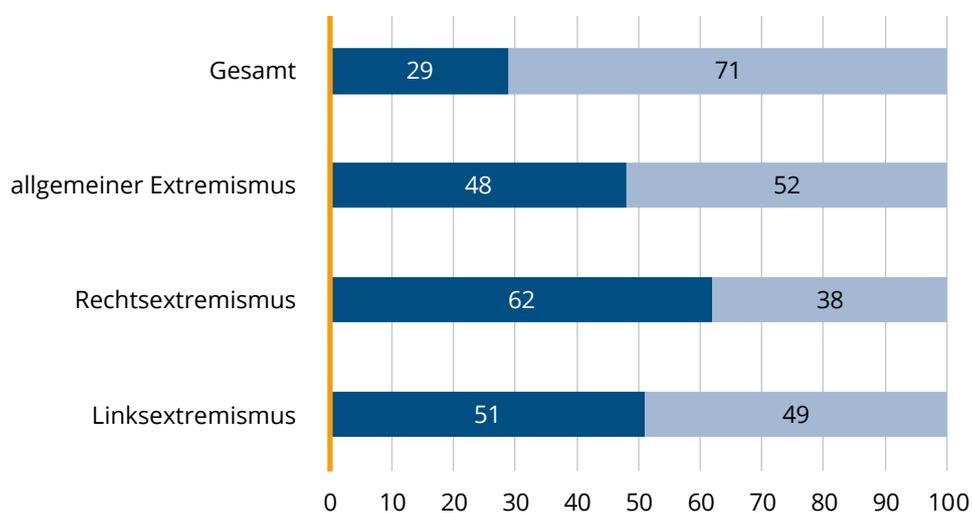
Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0.

Frage Institutionenvertrauen: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

Auch das Vertrauen in die Zukunft ist unter partiell Anschlussfähigen an extremistische Einstellungen wesentlich geringer ausgeprägt als in der Gesamtbevölkerung. Insgesamt vertrauen 71 Prozent darauf, dass Deutschland künftige Herausforderungen bewältigt. 29 Prozent sehen dagegen schwarz für Deutschland, wenn das so weitergehe. Unter den partiell Anschlussfähigen ist der Anteil der Schwarzseher deutlich höher und entsprechend das Vertrauen geringer. Besonders gering ist das Zukunftsvertrauen bei den partiell Anschlussfähigen an rechtsextremistische Einstellungen. Hier sehen 62 Prozent schwarz für die Zukunft Deutschlands.

Abbildung 45: Zukunftsvertrauen unter partiell Anschlussfähigen an extremistische Einstellungen



■ Wenn das so weitergeht, sehe ich schwarz für Deutschland.

■ Ich vertraue darauf, dass Deutschland künftige Herausforderungen bewältigt.

Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

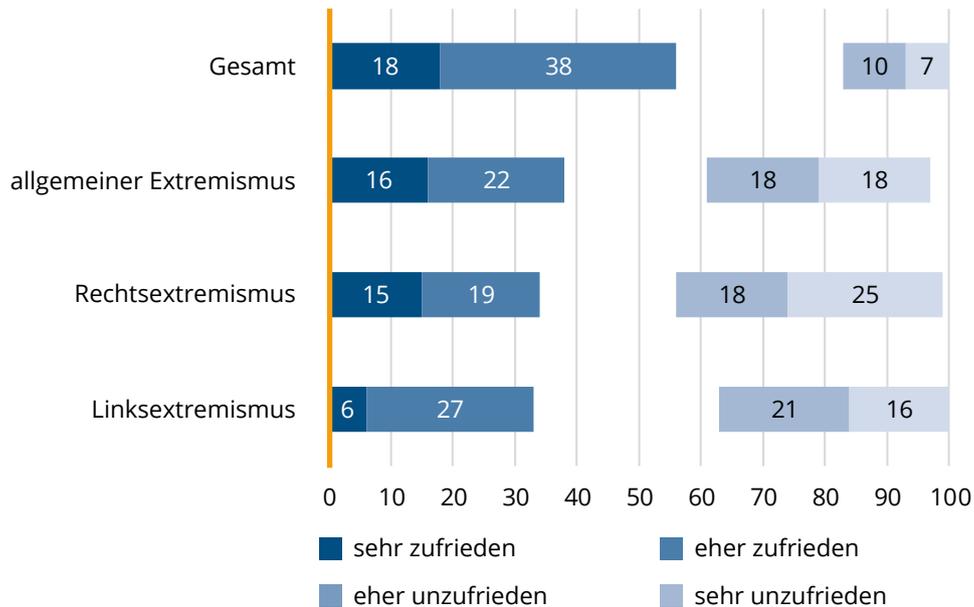
Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0.

Frage Zukunftsvertrauen: „Welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu?“

Ähnlich verhält es sich mit der Demokratiezufriedenheit. Partiiell Anschlussfähige an allgemein extremistische, rechtsextremistische oder linksextremistische Einstellungen sind deutlich unzufriedener mit der Demokratie als die Gesamtbevölkerung. In der Gesamtbevölkerung sind 56 Prozent sehr oder eher zufrieden, nur 17 Prozent sind sehr oder eher unzufrieden mit der Demokratie. Unter den partiell Anschlussfähigen schwankt der Anteil der Zufriedenen zwischen 33 Prozent (Linksextremismus) und 38 Prozent (allgemeiner Extremismus). Stattdessen sind 36 Prozent (allgemeiner Extremismus) bis 43 Prozent (Rechtsextremismus) mit der Demokratie unzufrieden.



Abbildung 46: Demokratiezufriedenheit unter partiell Anschlussfähigen an extremistische Einstellungen

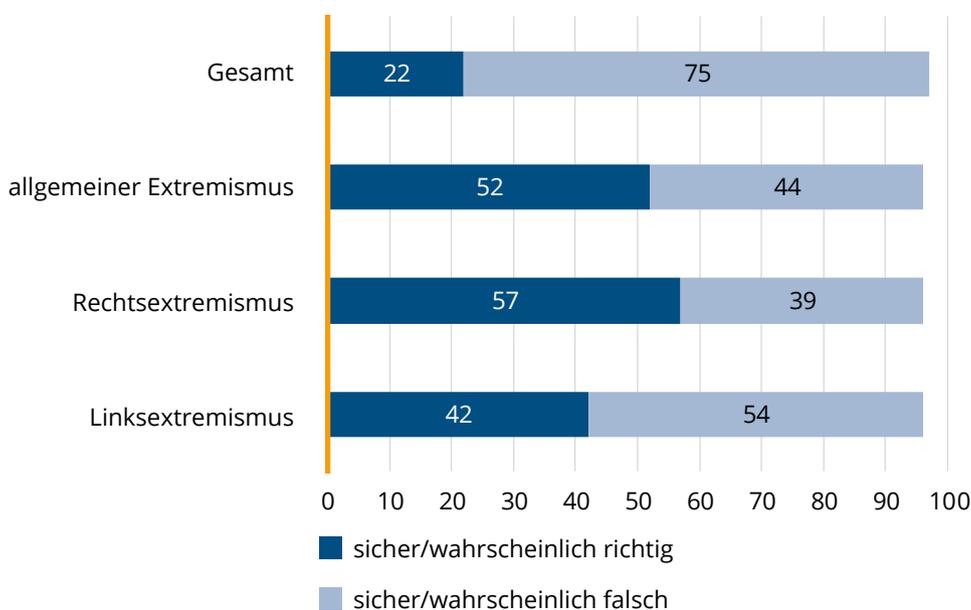


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils/teils; weiß nicht/keine Angabe“.
Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0.
Frage Demokratiezufriedenheit: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht? Sind Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, teils/teils, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?“

8.2.4 Verschwörungsglaube und Deprivationsgefühle unter partiell Anschlussfähigen an extremistische Einstellungen

Auch Verschwörungsglaube und Deprivation sind unter partiell Anschlussfähigen stärker ausgeprägt als in der Bevölkerung insgesamt. In der Gesamtbevölkerung halten 22 Prozent die Aussage „Es gibt geheime Mächte, die die Welt steuern“ für sicher oder wahrscheinlich richtig.²¹ Unter den partiell Anschlussfähigen glauben das zwischen 42 Prozent (Linksextremismus) und 57 Prozent (Rechtsextremismus). Auch wenn alle partiell Anschlussfähigen häufiger an eine Verschwörung glauben, zeigt sich die mit Abstand höchste Anfälligkeit für Verschwörungsglaube unter partiell Anschlussfähigen an Rechtsextremismus (für eine ausführliche Analyse zum Thema Verschwörungsglaube siehe Neu 2023).

Abbildung 47: Verschwörungsglaube unter partiell Anschlussfähigen an extremistische Einstellungen



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.
 Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0.
 Frage Verschwörungsglaube: „Es gibt ja einige Behauptungen, bei denen man manchmal nicht so sicher ist, ob sie stimmen. Wie sehen Sie das bei den folgenden Behauptungen: Sind sie sicher richtig, wahrscheinlich richtig, wahrscheinlich falsch, sicher falsch? Es gibt geheime Mächte, die die Welt steuern.“

Um das Ausmaß an Deprivation untersuchen zu können, wurde nach dem Muster der Extremismus-Indizes auch ein Deprivations-Index gebildet. Dieser Index besteht aus folgenden drei Aussagen²²:

Ich fühle mich in Deutschland fremd.

Menschen wie ich werden in Deutschland benachteiligt.

Es gibt viele Menschen, die auf mich herabsehen.

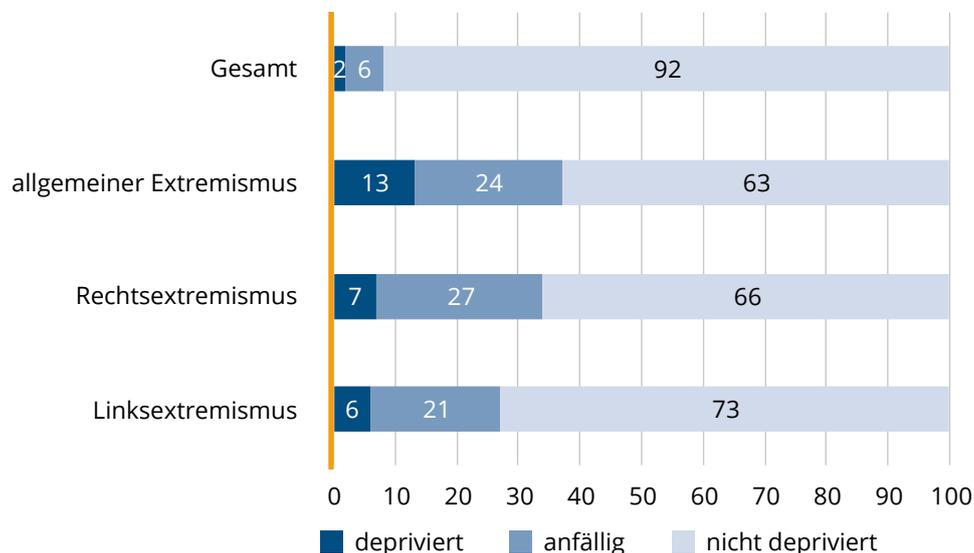
Um für den Index berücksichtigt zu werden, müssen Befragte bei mindestens zwei der drei Aussagen gültige Antworten haben. Die Grenzwerte wurden analog zu den Extremismus-Indizes gezogen: Als depriviert gelten Befragte mit einem Indexwert von über 4,0 bis 5,0. Als anfällig für Deprivation werden Befragte eingestuft, die einen Indexwert von über 3,0 bis einschließlich 4,0 aufweisen. Befragte mit einem Indexwert zwischen 1,0 und 3,0 werden wiederum als nicht depriviert eingestuft.



„Nur nicht, dass der Verfassungsschutz bei mir klingelt.“
Extremismus-affine Einstellungen im Vergleich

In der Gesamtbevölkerung ist nur ein kleiner Teil depriviert in dem hier definierten Sinn (2 Prozent). Zudem sind auch nur sehr wenige Menschen anfällig für Deprivation (6 Prozent). Die überwiegende Mehrheit ist nicht depriviert. Unter den partiell Anschlussfähigen aller drei Extremismen sind die Anteile der Deprivierten und vor allem der Anfälligen deutlich höher. Der Anteil an deprivierten Personen schwankt zwischen 6 Prozent (Linksextremismus) und 13 Prozent (allgemeiner Extremismus). Anfällig für Deprivation sind sogar zwischen 21 Prozent (Linksextremismus) und 27 Prozent (Rechtsextremismus) der partiell Anschlussfähigen. Die Unterschiede zwischen den Extremismen können erneut als gering eingestuft werden.

Abbildung 48: Deprivationsgefühle unter partiell Anschlussfähigen an extremistische Einstellungen



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Mittelwertindex von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige: Indexwerte von >3,0 bis 5,0; nicht Anschlussfähige: Indexwerte von 1,0 bis 3,0. Depriviert: Indexwerte von >4,0 bis 5,0; anfällig für Deprivation: >3,0 bis 4,0; nicht depriviert: 1,0 bis 3,0.

Fragen Deprivation: „Nun möchte ich Ihnen noch einige letzte Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen. Ich fühle mich in Deutschland fremd./Menschen wie ich werden in Deutschland benachteiligt./Es gibt viele Menschen, die auf mich herabsehen.“

-
- 18 Die Dimensionen haben in den drei konfirmatorischen Faktorenanalysen akzeptable bis gute Werte bei den Fit-Maßen. Eine explorative Faktorenanalyse ergibt ähnliche Dimensionen, allerdings wird auch eine grundlegende Abweichung von den theoretischen Annahmen sichtbar: Die Items der extremistischen Grundhaltung fallen mit dem Rechtsextremismus zusammen. Dies gilt dagegen nicht für die meisten Items zur Gewaltorientierung. Die Gewaltakzeptanz ergibt eine eigene Dimension. Für Details zu den Analysen siehe Pokorny und Roose (in Vorbereitung).
 - 19 Dabei handelt es sich um die Aussagen „Alle Kriege sind imperialistisch“ und „Ich wünsche mir, dass wir in der Zukunft nach dem wahren Ideal leben“.
 - 20 Für alle drei Extremismen wurden lineare Regressionen mit dem jeweiligen Extremismus-Index als abhängiger Variable durchgeführt. Bei Interesse können die Ergebnisse bei dem Autor und der Autorin angefragt werden.
 - 21 In den Grundlagenstudien zu den Verschwörungstheorien (Roose 2020a, Roose 2020b) konnten die Befragten die Aussage „Es gibt geheime Mächte, die die Welt steuern“ als sicher richtig, wahrscheinlich richtig oder wahrscheinlich falsch, sicher falsch einstufen. Wurde die Aussage als sicher oder wahrscheinlich richtig eingestuft, folgte eine offene Nachfrage: „An welche geheimen Mächte denken sie?“ „Diese offene Nachfrage erlaubt es, Missverständnisse festzustellen, aber auch näher zu ergründen, welche Verschwörung vermutet wird. Auf Basis dieser Antworten wurden Angaben ausgeschlossen, die eine jenseitige Macht benennen (beispielsweise ‚Gott‘ oder ‚Schicksal‘) oder eine abstrakte Handlungslogik (beispielsweise ‚Streben nach Geld‘ oder ‚Streben nach Macht‘). Ziel war es dabei, Antworten auszuschließen, die nicht von einer Verschwörung von Menschen oder Organisationen ausgehen, sondern eben von einem Einfluss abstrakter oder transzendenter Kräfte“ (Roose 2020a: 21). Insgesamt gehen die Antworten zu der Frage weit auseinander und spiegeln das weite Spektrum der üblichen Verdächtigen im Bereich Verschwörung wider. Zudem unterscheiden sich die korrigierten Werte nur geringfügig von den nicht korrigierten Werten. Bei der Antwortkategorie „sicher richtig“ geht der Anteil zwischen 0,4 bis 0,6 Punkte zurück. Bei der Antwortkategorie „wahrscheinlich richtig“ um 1,6 bis 0,7 Punkte (insgesamt 1,1 bis 2,1 Prozentpunkte). In der vorliegenden Umfrage wurde die Nachfrage noch gestellt, aber nicht mehr ausgewertet, da der Unterschied lediglich 1,1 Prozentpunkte beträgt.



Zweites Zwischenfazit

Die Analyse der drei Extremismus-Indizes ermöglicht es, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Extremismen herauszuarbeiten. Insgesamt zeigen sich mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Bei den Unterschieden fällt auf, dass sich partiell Anschlussfähige an Linksextremismus in einigen Punkten von den partiell Anschlussfähigen an die beiden anderen Extremismen unterscheiden. Partielle Anschlussfähige an allgemeinen Extremismus und Rechtsextremismus ähneln sich überwiegend.

Zu den Unterschieden zählt die Altersverteilung. Die Anteile partiell Anschlussfähiger an allgemeinen Extremismus sind am höchsten unter Jüngeren und Älteren. Rechtsextremismus-affine Einstellungen sind weniger altersabhängig, tendenziell aber stärker in den mittleren und höheren Altersgruppen vertreten. Die Anschlussfähigkeit an den Linksextremismus ist dagegen in der Tendenz umso höher, je jünger die Menschen sind.

Auch bei der Verteilung anhand der Links-Rechts-Skala gibt es Unterschiede. Die Anteile partiell Anschlussfähiger an allgemeinen Extremismus und an Rechtsextremismus sind am höchsten unter Personen, die sich selbst am rechten Rand einstufen. Überdurchschnittlich viele partiell Anschlussfähige an Linksextremismus finden sich am äußerst linken und am äußerst rechten Rand.

Auf der Einstellungsebene zeigen sich nur bei der Gruppenabwertung Unterschiede zwischen partiell Anschlussfähigen an allgemeinen Extremismus und Rechtsextremismus auf der einen und Linksextremismus auf der anderen Seite. Insgesamt neigen alle drei Extremismen stärker zu Gruppenabwertung als die Gesamtbevölkerung. Unter partiell Anschlussfähigen an allgemeinen Extremismus und Rechtsextremismus ist die Abwertung Homosexueller und Frauen jedoch noch einmal deutlich stärker ausgeprägt als unter partiell Anschlussfähigen an Linksextremismus.

Die Verteilung nach Sonntagsfrage zeigt in sich sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten. Einerseits sind nur die Anteile partiell Anschlussfähiger an Linksextremismus in der Linken-Wählerschaft besonders ausgeprägt. Auf der anderen Seite weisen die Wählerschaft der AfD und das Nichtwählerlager überdurchschnittlich viele partiell Anschlussfähige an alle drei Extremismen auf.

Zu den Gemeinsamkeiten in der Sozialstruktur zählen das Geschlecht und etwas abgeschwächt auch das formale Bildungsniveau. In keinem Extremismus gibt es nennenswerte Geschlechterdifferenzen. In allen Extremismen steigt der Anteil partiell Anschlussfähiger mit sinkendem formalem Bildungsabschluss. Beim Linksextremismus fällt dieser Effekt allerdings etwas geringer aus als beim allgemeinen Extremismus und beim Rechtsextremismus.

Die größten Übereinstimmungen gibt es auf der Einstellungsebene. Partiiell Anschlussfähige aller drei Extremismen

- › vertrauen öffentlichen Institutionen weniger,
- › sind weniger zufrieden mit der Demokratie,
- › glauben häufiger an eine Weltverschwörung,
- › sind häufiger anfällig für Deprivation und
- › lehnen häufiger Israel und die USA ab als die Gesamtbevölkerung.

10

Akzeptanz von Gewalt

Extremismus-affine Einstellungen müssen nicht mit Gewalt gegen Dinge oder gegen Personen einhergehen. Wenn sie es tun, stellen sie jedoch eine ganz besondere Herausforderung für die Demokratie dar. Deshalb ist ein genauer Blick auf den Zusammenhang von Extremismus-affinen Einstellungen und Akzeptanz von Gewalt so wichtig.

Zunächst muss unterschieden werden zwischen eigener tatsächlicher Gewaltanwendung und der Legitimierung von Gewalt. Die tatsächliche Gewaltanwendung ist in Umfragen nicht valide messbar. Es handelt sich um illegales Verhalten, das mit hoher Wahrscheinlichkeit in einer Umfrage nicht korrekt angegeben wird. Die Akzeptanz von Gewalt kann dagegen schon in Umfragen gemessen werden. Das heißt nicht, dass alle Befragte, die Gewalt legitimieren, auch selbst bereit wären, Gewalt anzuwenden. Bei einer weit verbreiteten Gewaltakzeptanz kann aber davon ausgegangen werden, dass es einen mangelnden Rückhalt für sanktionierende Maßnahmen gibt.

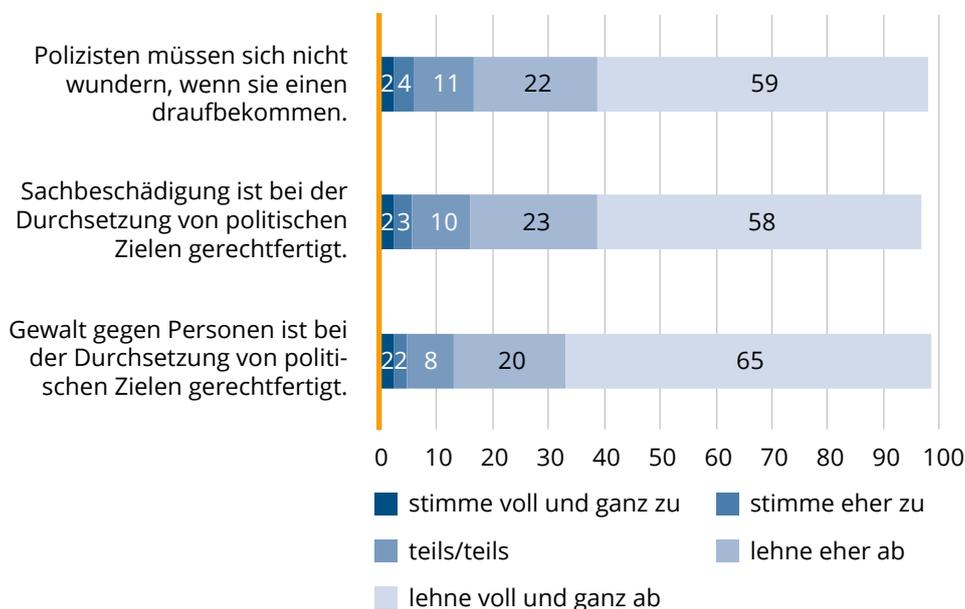
10.1 Verbreitung von Gewaltakzeptanz

Insgesamt ist die Akzeptanz politischer Gewalt gegen Sachen oder Personen die absolute Ausnahme. Das gilt für allgemeine, rechte und linke politische Gewalt. Lediglich gezielte Gewalt gegen Rechte und mit etwas Abstand auch gegen Linke sind stärker akzeptiert. Rund ein Drittel hält Gewalt gegen Rechte und etwa ein Sechstel Gewalt gegen Linke für akzeptabel.

Nur eine kleine Minderheit legitimiert Gewalt gegen Personen oder Sachen. Interessanterweise findet sich kein nennenswerter Unterschied zwischen der Akzeptanz von Gewalt gegen Personen und Sachbeschädigung.

2 Prozent finden Sachbeschädigung bei der Durchsetzung von politischen Zielen voll und ganz gerechtfertigt, 3 Prozent stimmen eher zu. 81 Prozent dagegen lehnen Sachbeschädigung eher oder voll und ganz ab. Auch die allgemeine Gewalt gegen Personen zur Durchsetzung politischer Ziele wird nur von 2 Prozent (voll und ganz) und 2 Prozent (eher) unterstützt. 85 Prozent lehnen Gewalt gegen Personen eher oder voll und ganz ab. Ähnlich fallen die Werte bei Gewaltakzeptanz gegen Polizisten aus. 2 Prozent stimmen voll und ganz und 4 Prozent eher zu, dass Polizisten sich nicht wundern müssen, wenn sie „einen draufbekommen“. Die überwiegende Mehrheit jedoch lehnt Gewalt gegen Polizisten trotz der verharmlosenden Formulierung eher oder voll und ganz ab (81 Prozent).

Abbildung 49: Verbreitung von Gewaltakzeptanz: allgemeine politische Gewalt



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

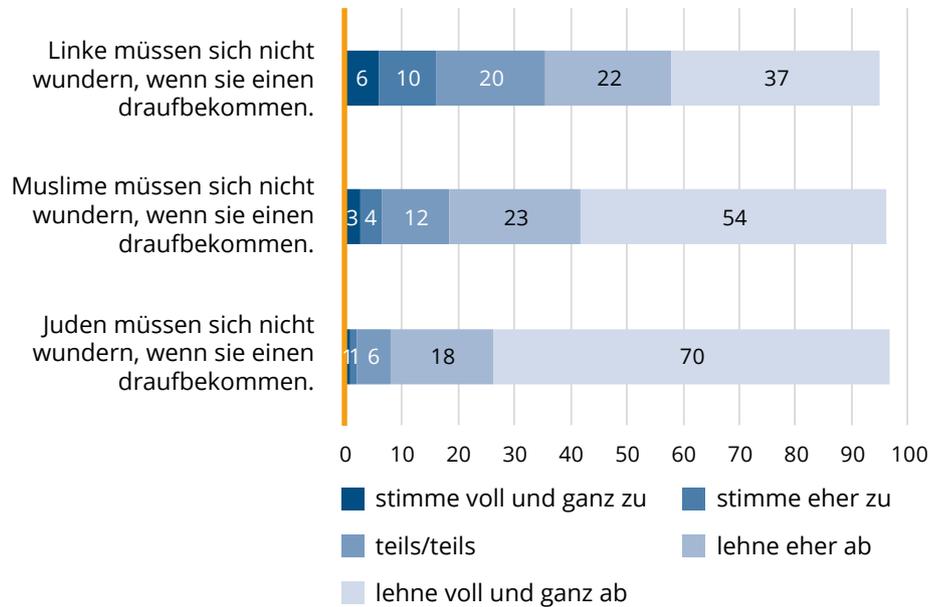
Insgesamt ist rechte politische Gewalt, die sich gegen Muslime oder Juden richtet, ähnlich wenig akzeptiert wie allgemeine politische Gewalt. Lediglich Gewalt gegen „Linke“ ist etwas stärker akzeptiert.

Dass Linke sich nicht wundern müssen, wenn sie einen draufbekommen, meinen 6 Prozent voll und ganz und 10 Prozent eher. Insgesamt stimmen damit 16 Prozent zu. 59 Prozent lehnen es eher oder voll und ganz ab.

Dass Muslime sich nicht wundern müssen, wenn sie einen draufbekommen, findet bei 3 Prozent voll und ganz und bei 4 Prozent eher Zustimmung. Mit 77 Prozent lehnen über drei Viertel das eher oder voll und ganz ab.

Die geringste Zustimmung bekommt die Aussage „Juden müssen sich nicht wundern, wenn sie einen draufbekommen“. Nur 1 Prozent stimmt hier voll und ganz und 1 weiteres Prozent eher zu. Mit 6 Prozent fällt auch der Anteil an „teils/teils“ sehr gering aus. 18 Prozent lehnen die Aussage eher ab. Mit 70 Prozent wird diese Einstellung von der überwiegenden Mehrheit voll und ganz abgelehnt. Das ist die höchste Ablehnung aller Gewaltaussagen.

Abbildung 50: Verbreitung von Gewaltakzeptanz: rechte politische Gewalt



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

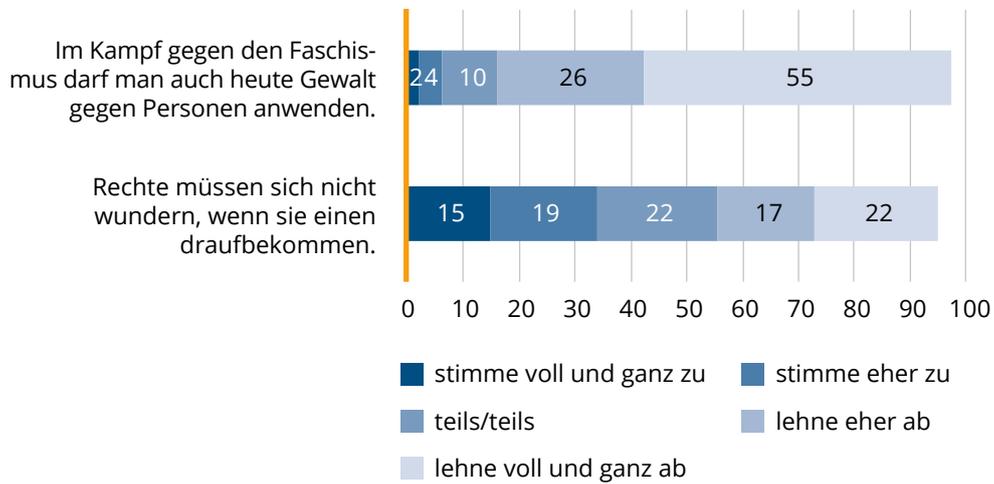
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Bei der linken politischen Gewalt unterscheidet sich die Akzeptanz stark zwischen den beiden erhobenen Aussagen. Gewalt im Kampf gegen den Faschismus ist wenig akzeptiert, während Gewalt gegen Rechte als deutlich legitimer wahrgenommen wird.

Nur 2 Prozent stimmen voll und ganz und 4 Prozent eher zu, dass man im Kampf gegen den Faschismus Gewalt gegen Personen anwenden dürfe. Die Mehrheit von 81 Prozent lehnt Gewalt gegen Personen im Kampf gegen den Faschismus eher oder voll und ganz ab.

Die Aussage „Rechte müssen sich nicht wundern, wenn sie einen draufbekommen“ ist eine indirektere Formulierung. Es wird nicht direkt eine Erlaubnis zur Gewalt erteilt, sie wird aber hingenommen. Dieser Aussage stimmen 15 Prozent voll und ganz und weitere 19 Prozent eher zu. Insgesamt hält damit gut ein Drittel Gewalt gegen Rechte für legitim. Das ist unter allen Aussagen zur Messung von Gewaltakzeptanz die mit Abstand höchste Zustimmung. Mit 39 Prozent fällt die Ablehnung von Gewalt gegen Rechte verhältnismäßig gering aus.

Abbildung 51: Verbreitung von Gewaltakzeptanz: linke politische Gewalt



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

10.2 Gewaltakzeptanz in den qualitativen Interviews

In den qualitativen Interviews äußern nur wenige Befragte Verständnis für Gewalt oder gar eigene Gewaltbereitschaft. Generell betont die überwiegende Mehrheit, Gewalt abzulehnen. Erst bei genauerem Nachfragen erläutern manche Befragte, unter welchen Bedingungen sie Gewalt akzeptieren. Insbesondere Gewalt gegen Personen lehnen fast alle ab. Es gibt aber vereinzelt auch die Haltung, dass Gewalt bei einem Systemwechsel nicht zu vermeiden sei:

„Grundsätzlich ist es so, dass ich sage, wenn es darum geht, einen politischen Umschwung, Umsturz hinzukriegen, dann wird es komplett ohne Gewalt nicht ablaufen. Schön, wenn es nur Gewalt gegen Dinge ist. Wenn man jetzt allerdings jede Demo eskalieren lässt ohne sonderliche Begründung, dann ist das natürlich absoluter Schwachsinn und gehört unterlassen. Allerdings muss ich auch sagen, die Provokation ist häufig das, was die Gewalt auslöst. Also es ist halt, dass man da, ich sage mal, aufgeheizte Stimmung, Nazis sind die Gegendemonstranten, da versteht man sich oft nicht so gut und wenn dann die Polizei so lange provoziert, bis es eskaliert, dann ...“

[Männlich | 36–45 Jahre]

Zudem wird Gewalt gegen Personen teilweise legitimiert, wenn sie eine Reaktion auf einen Angriff ist und als „Gegengewalt“ zur Selbstverteidigung gilt:

„Gegengewalt ist meiner Meinung nach immer ein legitimes Mittel. Sie darf nur nicht von uns ausgehen, sage ich jetzt mal.“

[Männlich | 36–45 Jahre]

Für Gewalt gegen Sachen gibt es teilweise auch von Befragten Verständnis, die keinen kompletten Systemwechsel befürworten:

„Also für mich ist ein aktuelleres Beispiel die G20-Proteste in Hamburg, also 2018. Also ich würde es nicht selber tun, aber wenn ... also ein Immobilienbüro könnte ich mehr nachvollziehen, als zum Beispiel auf Pauli irgendwie die Autos zu zerballern von Leuten, die da wohnen. Ich heiße es nicht gut. Ich kann den Frust aber verstehen.“

[Weiblich | 36–45 Jahre]

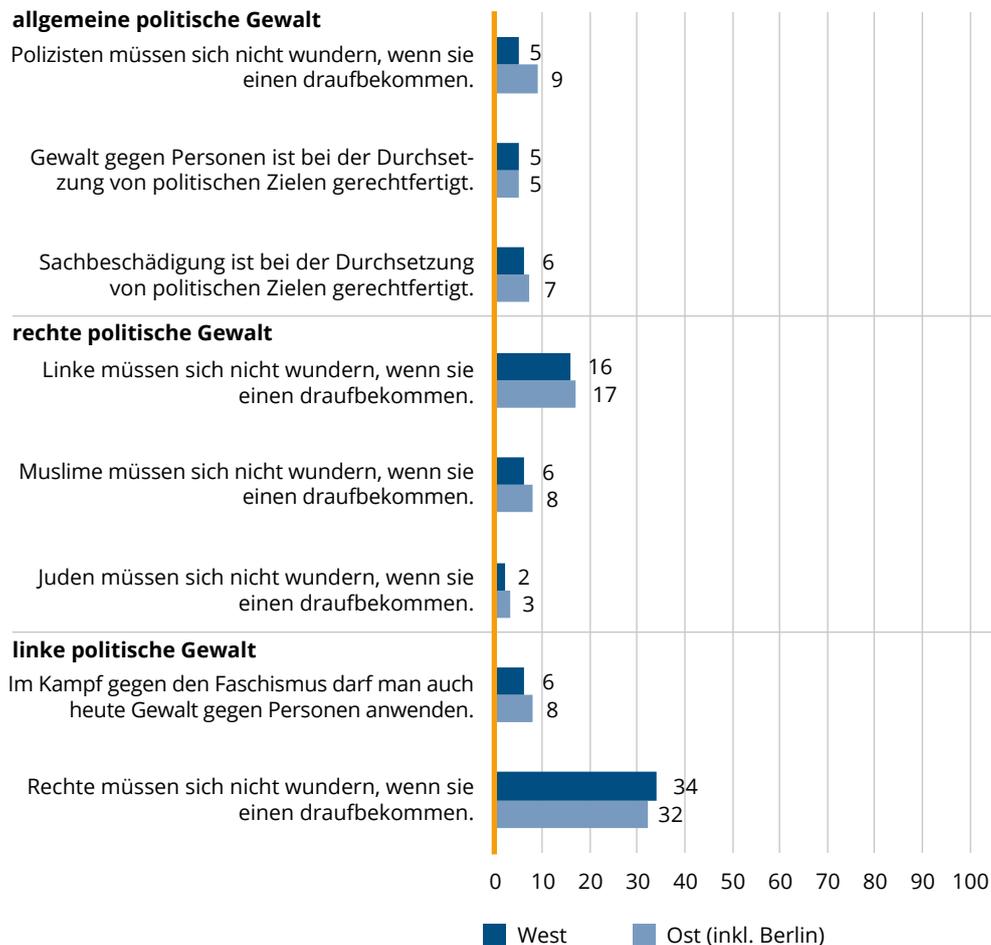
„Ich bin der Meinung, dass politische Gewalttaten gegenüber Objekten legitimiert sein können. Also, irgendwelche Zerstörungen, Sabotage ist definitiv legitim, meiner Meinung nach.“

[Männlich | 16–25 Jahre]

10.3 Gewaltakzeptanz in sozialen Gruppen

Bei den verschiedenen Ausprägungen des Extremismus gab es kaum Ost-West-Unterschiede. Bei der Gewaltakzeptanz unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche ebenfalls nicht nennenswert voneinander.

Abbildung 52: Verbreitung von Gewaltakzeptanz nach Region
(Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)

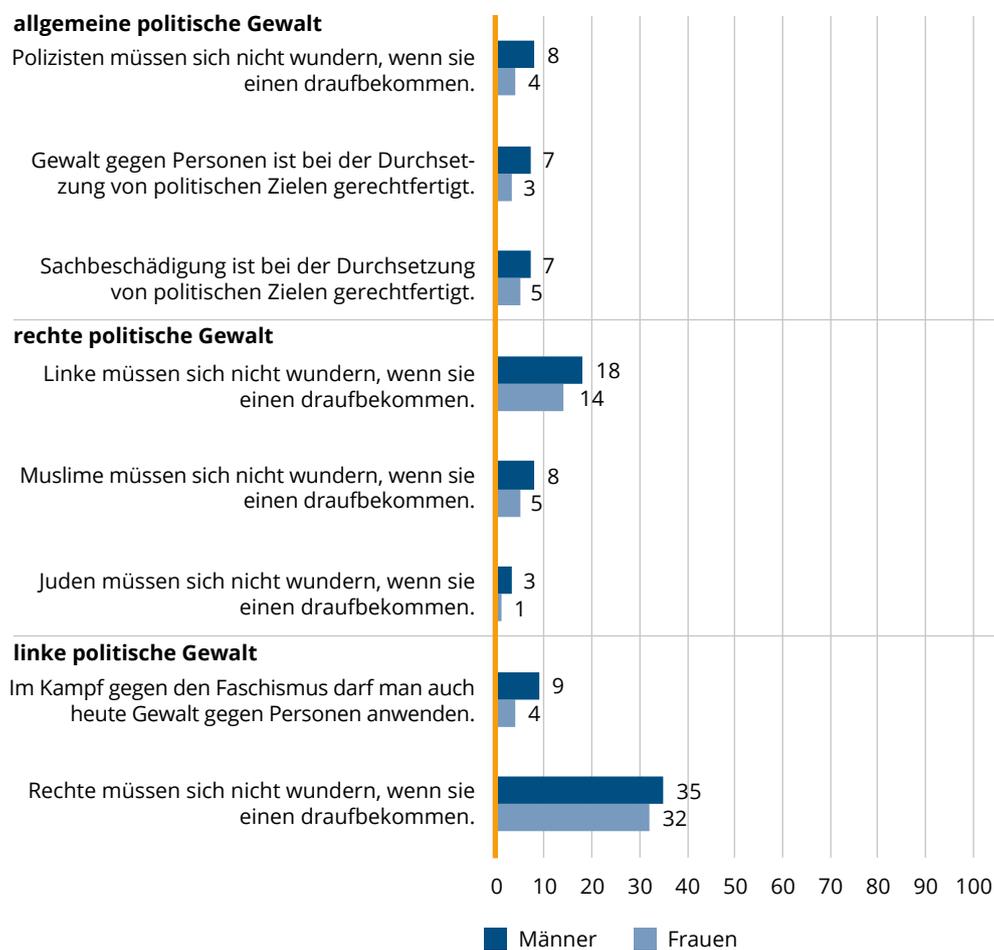


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Auch Geschlechterdifferenzen finden sich kaum bei der Gewaltakzeptanz. Bei den meisten Aussagen zur Gewaltlegitimierung neigen Männer zwar geringfügig häufiger zur Zustimmung als Frauen. Die Unterschiede sind aber so gering, dass sie inhaltlich nicht bedeutsam sind. Lediglich beim Kampf gegen den Faschismus legitimieren Männer Gewalt gegen Personen relevanter häufiger als Frauen. Mit 5 Prozentpunkten ist der Unterschied aber auch eher gering.

**Abbildung 53: Verbreitung von Gewaltakzeptanz nach Geschlecht
(Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)**



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

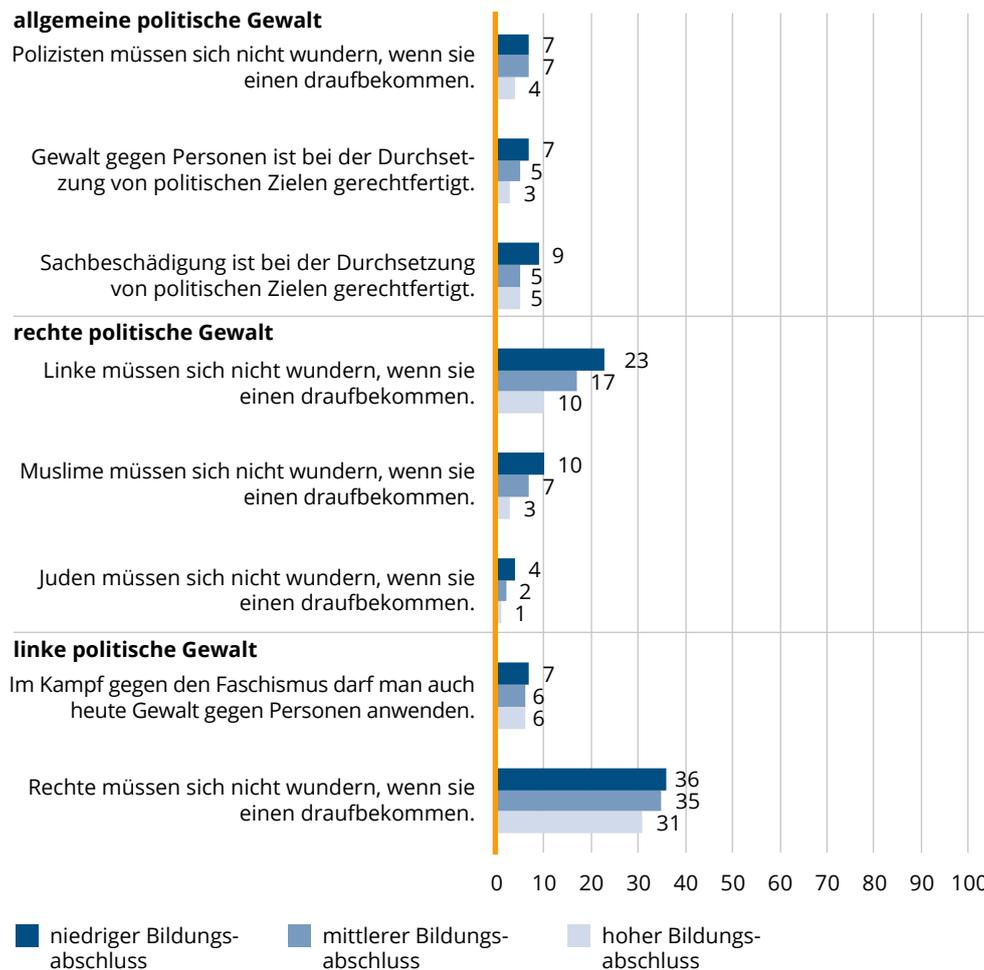
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Bildungsunterschiede sind vor allem bei rechter und geringfügig auch linker politischer Gewalt vorhanden. Die Akzeptanz allgemeiner politischer Gewalt unterscheidet sich nicht relevant zwischen den verschiedenen formalen Bildungsniveaus.

Rechte politische Gewalt, die sich gegen Linke oder Muslime richtet, wird umso häufiger akzeptiert, je geringer der formale Bildungsabschluss ist. Unter formal Hochgebildeten stimmen 10 Prozent zu, dass Linke sich nicht wundern müssten, wenn sie einen draufbekommen. Unter formal Niedriggebildeten liegt die Akzeptanz von Gewalt gegen Linke mit 23 Prozent deutlich höher. Bei Gewalt gegen Muslime ist der Bildungseffekt etwas geringer ausgeprägt. 3 Prozent der formal Hochgebildeten, aber 10 Prozent der formal Niedriggebildeten akzeptieren Gewalt gegen Muslime.

Bei linker politischer Gewalt, die sich gegen Rechte richtet, zeigt sich ein geringer Bildungseinfluss. 31 Prozent der formal Hochgebildeten und 36 Prozent der formal Niedriggebildeten stimmen voll und ganz oder eher zu, dass sich Rechte nicht wundern müssen, wenn sie einen draufbekommen. Die Gewaltakzeptanz ist deutlich höher als bei den Aussagen allgemeiner und rechter politischer Gewalt.

Abbildung 54: Verbreitung von Gewaltakzeptanz nach formalem Bildungsabschluss (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Die Gewaltlegitimierung folgt keiner eindeutigen Altersverteilung. Die meisten Altersunterschiede fallen gering aus. Tendenziell akzeptieren die jüngeren und die ältesten Befragten etwas häufiger politische Gewalt als die mittleren Altersgruppen. Damit wiederholt sich ein Muster, das auch bei den Einstellungen zum allgemeinen Extremismus zu sehen ist.

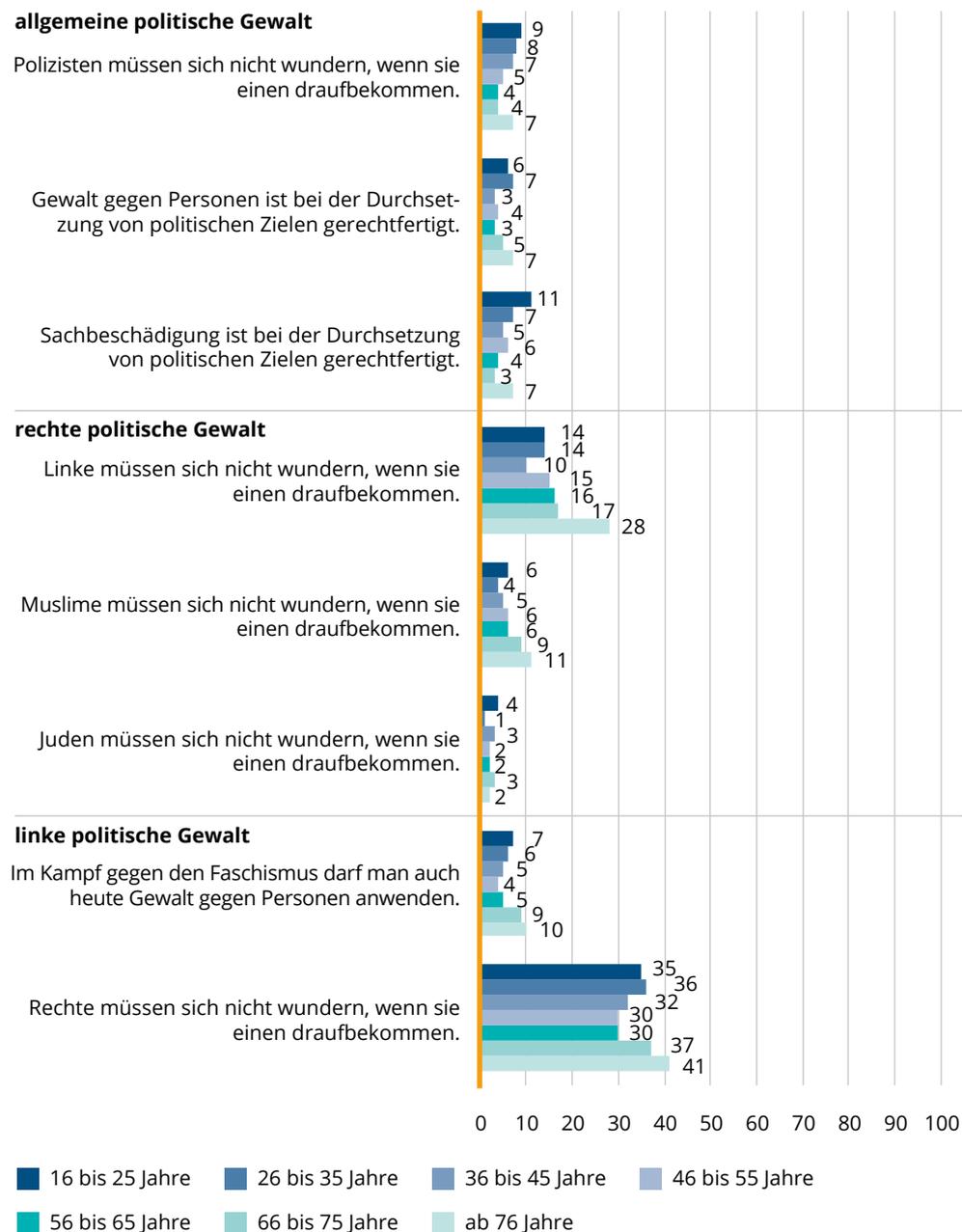
Die meiste Akzeptanz von Gewalt gegen Polizisten weisen die 16- bis 25-Jährigen (9 Prozent) auf, die geringste Akzeptanz die 56- bis 65-Jährigen und die 66- bis 75-Jährigen (je 4 Prozent). Auch Sachbeschädigung rechtfertigen 16- bis 25-Jährige bei der Durchsetzung politischer Ziele am häufigsten (11 Prozent), 66- bis 75-Jährige am seltensten (3 Prozent).

Gewalt gegen Linke akzeptieren vor allem die über 75-Jährigen. Hier liegt die Zustimmung mit 28 Prozent deutlich über dem Durchschnitt. Die geringste Akzeptanz von Gewalt gegen Linke weisen die 36- bis 45-Jährigen auf (10 Prozent). Ähnlich verhält es sich bei Gewalt gegen Muslime. Die höchste Akzeptanz findet sich bei den über 75-Jährigen (11 Prozent), die geringste bei den 26- bis 35-Jährigen (4 Prozent).

Dass man im Kampf gegen den Faschismus Gewalt gegen Personen anwenden dürfe, meinen am häufigsten die über 75-Jährigen (10 Prozent). Die geringste Zustimmung zeigen die 46- bis 55-Jährigen (4 Prozent). Auch Gewalt gegen Rechte wird am stärksten von der Altersgruppe über 75 Jahre akzeptiert (41 Prozent). Die geringste Zustimmung findet sich bei den 46- bis 55-Jährigen und 56- bis 65-Jährigen (je 30 Prozent).

Bei den anderen Aussagen liegen die Prozentpunktdifferenzen unter 5 Punkten.

Abbildung 55: Verbreitung von Gewaltakzeptanz nach Alter
(Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



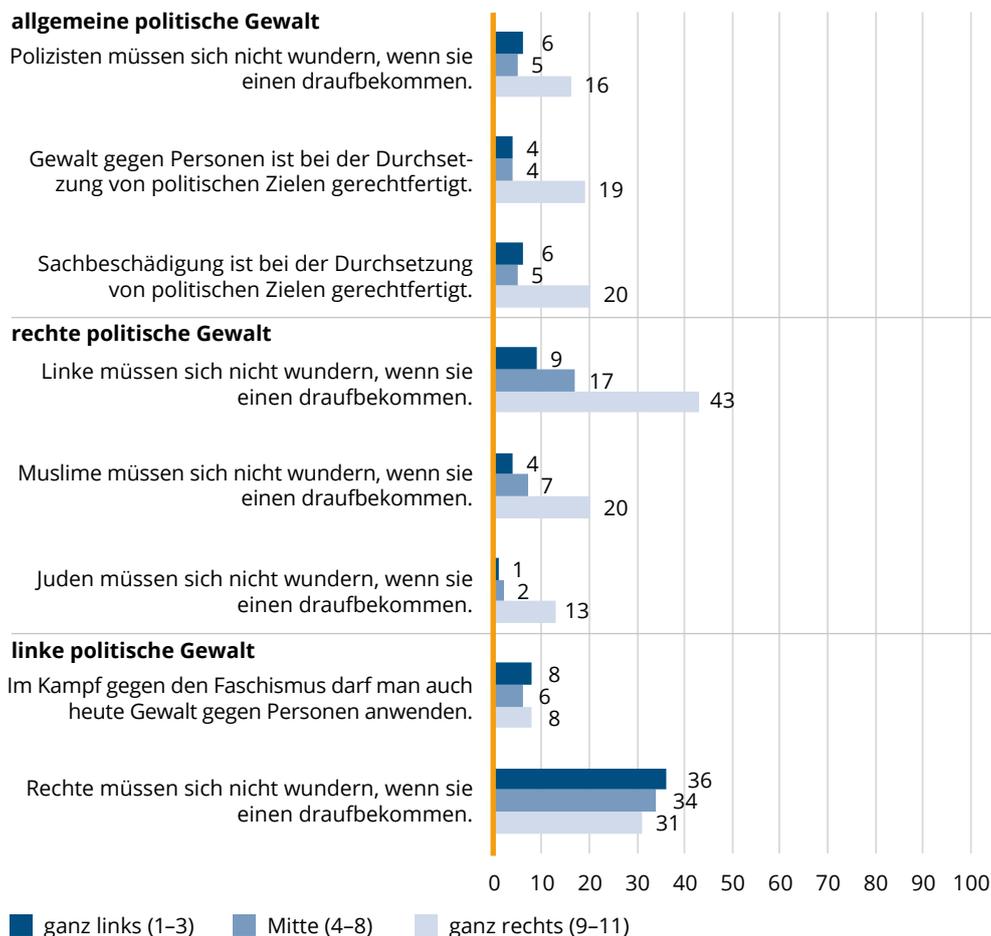
Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/lehne teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Einzig der Aussage „Sachbeschädigung ist bei der Durchsetzung von politischen Zielen gerechtfertigt“ stimmen Muslime überdurchschnittlich häufig zu (18,6 Prozent; ohne Abbildung). Darüber hinaus ist die Gewaltakzeptanz unter Muslimen nicht wesentlich stärker ausgeprägt als in der Gesamtbevölkerung.

Die Analyse nach Links-Rechts-Selbsteinstufung ergibt eine deutlich höhere Gewaltakzeptanz bei Personen, die sich politisch rechts verorten. Diese Gruppe weist die mit Abstand höchsten Zustimmungswerte bei allgemeiner und rechter politischer Gewalt auf. Je nach Aussage akzeptieren zwischen 13 Prozent und 43 Prozent der politisch ganz rechten Befragten Gewalt gegen Personen oder Dinge. Bei linker politischer Gewalt zeigen sich dagegen kaum Unterschiede nach Links-Rechts-Skala (Werte zwischen 1 Prozent und 9 Prozent). Dass Rechte sich nicht wundern müssten, wenn sie einen draufbekommen, meinen politisch ganz linke Personen zwar am häufigsten (36 Prozent). Die Zustimmung fällt unter politisch ganz rechten Personen aber nur leicht niedriger aus (31 Prozent).

**Abbildung 56: Verbreitung von Gewaltakzeptanz nach Links-Rechts-Selbstein-
stufung (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)**



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

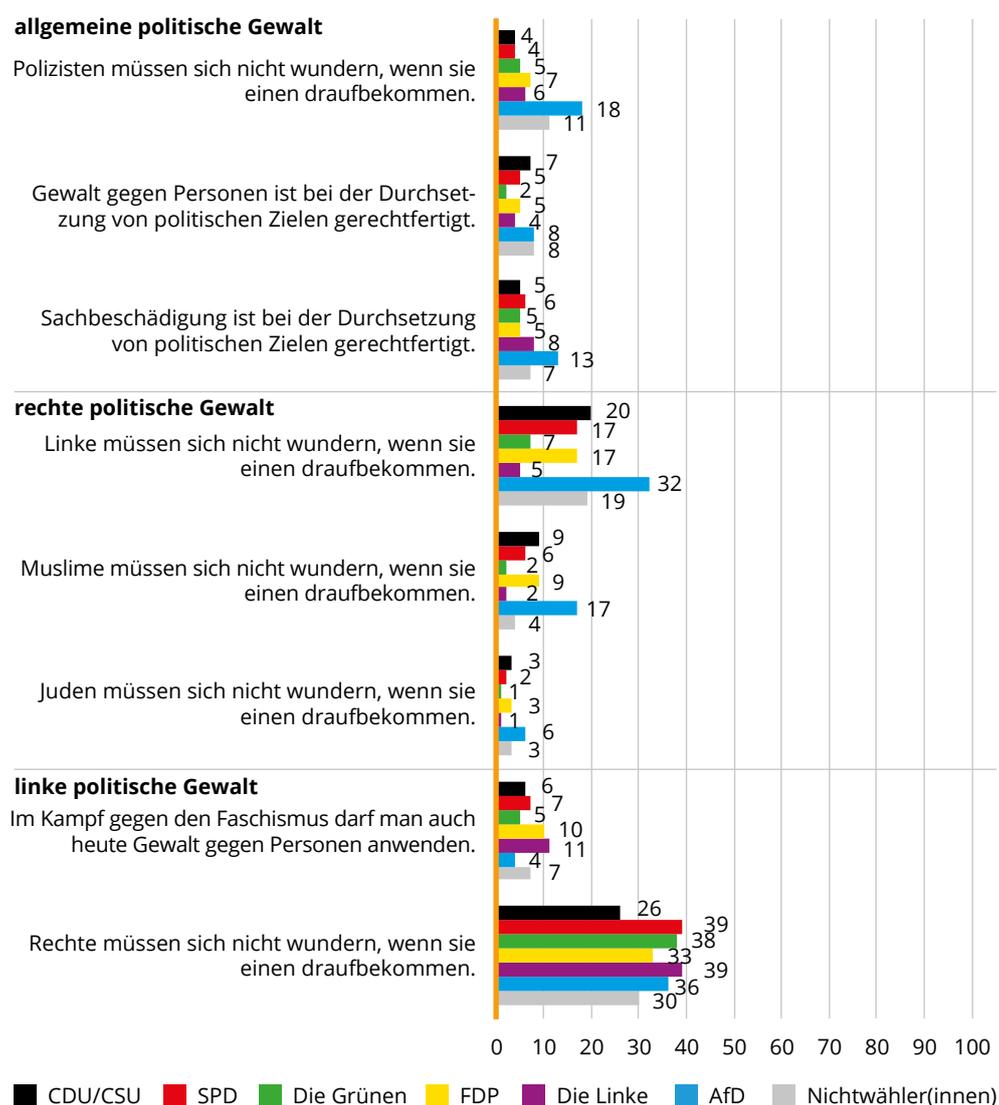
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Die Auswertung nach der Sonntagsfrage zeigt bei mehreren Aussagen eine erhöhte Gewaltakzeptanz in der Wählerschaft der AfD. Die Wählerinnen und Wähler der AfD finden überdurchschnittlich häufig Gewalt gegen Polizisten (18 Prozent), Linke (32 Prozent) und Muslime (17 Prozent) hinnehmbar.

Einen gewalttätigen Kampf gegen den Faschismus befürworten hingegen die Wählerschaften der Linken (11 Prozent) und der FDP (10 Prozent) am häufigsten.

Gewalt gegen Rechte ist insgesamt relativ weit akzeptiert. Am meisten Zustimmung bekommt Gewalt gegen Rechte in den Wählerschaften der SPD (39 Prozent), der Linken (39 Prozent) und der Grünen (38 Prozent). Aber auch die AfD-Wählerschaft stimmt hier überraschend häufig zu (36 Prozent). Die mit Abstand geringste Zustimmung zu Gewalt gegen Rechte äußern die Wählerinnen und Wähler der Union (26 Prozent).

Abbildung 57: Verbreitung von Gewaltakzeptanz nach Sonntagsfrage (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „lehne voll und ganz ab/lehne etwas ab/teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

10.4 Gewaltakzeptanz unter partiell Anschlussfähigen an extremistische Einstellungen

Wie hängen nun Extremismus und Gewaltakzeptanz zusammen? Obwohl wir die Gruppe der Extremismus-Affinen nicht separat untersuchen können, sondern Extremismus-Affine und partiell Anschlussfähige an Extremismus gemeinsam analysieren, zeigt sich eine deutlich höhere allgemeine Gewaltlegitimierung als in der Gesamtbevölkerung. Am häufigsten wird allgemeine Gewalt gegen Sachen oder Personen auch von partiell Anschlussfähigen an allgemeinen Extremismus als gerechtfertigt betrachtet. Die zweithöchste allgemeine Gewaltakzeptanz besitzen partiell Anschlussfähige an rechtsextremistische Einstellungen. Am seltensten der drei Gruppen legitimieren partiell Anschlussfähige an Linksextremismus die allgemeine Gewalt gegen Sachen oder Personen. Dennoch liegt der Anteil der allgemeinen Gewaltakzeptanz auch in dieser Gruppe bei allen drei Aussagen deutlich über dem Gesamtdurchschnitt.²³

Auch bei den partiell Anschlussfähigen ist der Unterschied zwischen Gewalt gegen Personen und Gewalt gegen Sachen eher gering. 36 Prozent der Anschlussfähigen an allgemeinen Extremismus halten Sachbeschädigung für gerechtfertigt und 27 Prozent rechtfertigen Gewalt gegen Personen. Zudem meinen 31 Prozent der partiell Anschlussfähigen an allgemein extremistische Einstellungen, dass Polizisten sich nicht wundern müssten, wenn sie einen draufbekommen.

Von den partiell Anschlussfähigen an rechtsextremistische Einstellungen legitimieren jeweils 22 Prozent Gewalt gegen Sachen, Personen allgemein oder Polizisten im Speziellen.

Partiell Anschlussfähige an linksextremistische Einstellungen rechtfertigen zu 20 Prozent Sachbeschädigung, zu 13 Prozent Gewalt gegen Personen und zu 18 Prozent spezielle Gewalt gegen Polizisten.

Abbildung 58: Akzeptanz allgemeiner politischer Gewalt unter partiell Anschlussfähigen



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.
 Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

Auch rechte politische Gewalt wird bei allen drei Aussagen von allen partiell Anschlussfähigen an Extremismus häufiger legitimiert als von der Gesamtbevölkerung. Hier zeigt sich aber ein noch deutlicherer Unterschied zwischen partiell Anschlussfähigen an allgemeinen Extremismus und Rechtsextremismus auf der einen sowie Linksextremismus auf der anderen Seite. Zudem gibt es stärkere Differenzen zwischen den Aussagen.

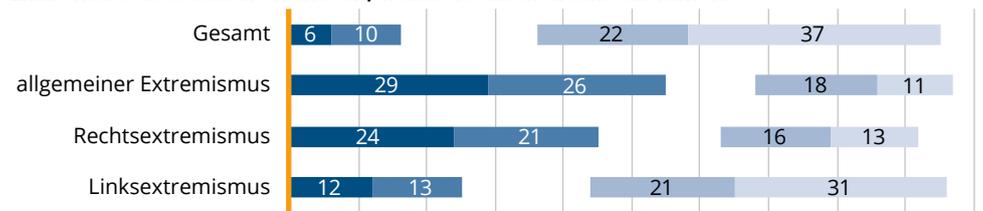
Gewalt gegen Linke wird am häufigsten von partiell Anschlussfähigen an allgemeinen Extremismus akzeptiert, gefolgt von partiell Anschlussfähigen an Rechtsextremismus. In diesen beiden Gruppen meinen 55 Prozent und 45 Prozent, Linke müssten sich nicht wundern, wenn sie einen draufbekommen. Aber selbst unter den partiell Anschlussfähigen an linksextremistische Einstellungen stimmen dem 25 Prozent voll und ganz oder eher zu.

Dass Muslime sich nicht wundern müssen, wenn sie einen draufbekommen, glauben 32 Prozent der partiell Anschlussfähigen an allgemeinen Extremismus und 34 Prozent der partiell Anschlussfähigen an Rechtsextremismus. Unter partiell Anschlussfähigen an Linksextremismus rechtfertigt mit 14 Prozent ein deutlich geringerer Anteil Gewalt gegen Muslime.

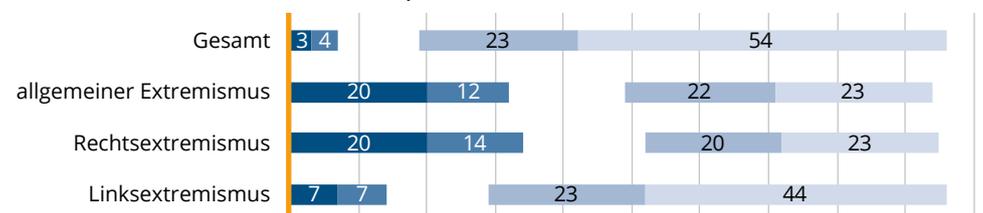
Gewalt gegen Juden wird auch von partiell Anschlussfähigen seltener gerechtfertigt als Gewalt gegen andere Gruppen. Dennoch fällt die Gewaltakzeptanz teilweise sehr hoch aus. 20 Prozent der partiell Anschlussfähigen an allgemeinen Extremismus stimmen zu, dass Juden sich nicht wundern müssen, wenn sie einen draufbekommen. Das meinen auch 16 Prozent der partiell Anschlussfähigen an Rechtsextremismus. Partiiell Anschlussfähige an Linksextremismus stimmen dem mit 6 Prozent dagegen eher selten zu.

Abbildung 59: Akzeptanz rechter Gewalt unter partiell Anschlussfähigen

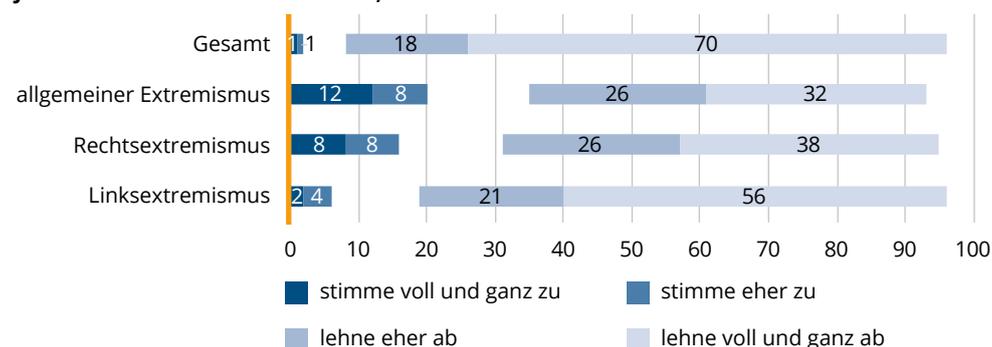
Linke müssen sich nicht wundern, wenn sie einen draufbekommen.



Muslime müssen sich nicht wundern, wenn sie einen draufbekommen.



Juden müssen sich nicht wundern, wenn sie einen draufbekommen.



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

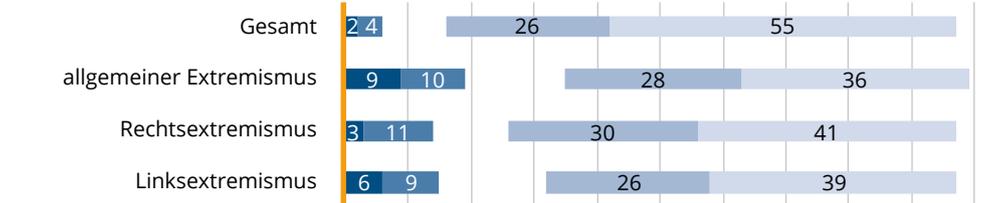
Linke Gewalt wird ebenfalls von partiell Anschlussfähigen an alle drei Extremismus-Ausprägungen häufiger akzeptiert als von der Gesamtbevölkerung, der Unterschied ist aber wesentlich geringer als bei allgemeiner oder rechter Gewalt. Auch die Unterschiede zwischen den Extremismen fallen eher gering aus.

Gewalt gegen Personen im Kampf gegen den Faschismus wird am häufigsten von partiell Anschlussfähigen an allgemeinen Extremismus akzeptiert (19 Prozent). Zudem rechtfertigen 15 Prozent der partiell Anschlussfähigen an Linksextremismus und 14 Prozent der partiell Anschlussfähigen an Rechtsextremismus Gewalt im Kampf gegen den Faschismus. Hier zeigt sich, dass sich der heutige Rechtsextremismus nicht mehr über den Nationalsozialismus oder den Faschismus definiert.

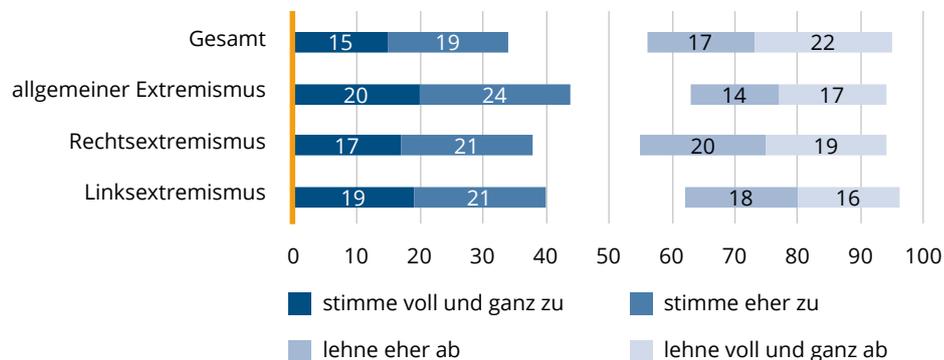
Gewalt gegen Rechte ist mit 34 Prozent Zustimmung in der Gesamtbevölkerung relativ breit akzeptiert, sodass die partiell Anschlussfähigen an einen der Extremismen nicht so stark abweichen wie bei allgemeiner oder linker Gewalt. 44 Prozent der partiell Anschlussfähigen an allgemeinen Extremismus rechtfertigen Gewalt gegen Rechte. Das gilt auch für 40 Prozent der partiell Anschlussfähigen an Linksextremismus. Bemerkenswert ist die hohe Akzeptanz auch unter den partiell Anschlussfähigen an Rechtsextremismus. 38 Prozent von ihnen akzeptieren Gewalt gegen Rechte. Dieses Ergebnis und der Befund, dass Personen mit einer politischen Selbsteinordnung als ganz rechts Gewalt gegen Rechte zu einem hohen Anteil akzeptieren (31 Prozent; siehe Abbildung 56), legen zwei Interpretationen nahe. Einerseits könnten diese Personen sich selbst nicht als Rechte ansehen, sondern unter dem Begriff „Rechte“ Menschen verstehen, die von ihnen abgelehnt werden, einschließlich akzeptierter Gewalt gegen sie. Andererseits könnten die Befunde auf ein stark gewaltförmiges Verständnis von politischer Auseinandersetzung und ein Gesellschaftsbild hindeuten, das Gewalt als selbstverständlich enthält. Welche Interpretation angemessener ist, lässt sich mit der Umfrage nicht klären.

Abbildung 60: Akzeptanz linker Gewalt unter partiell Anschlussfähigen

Im Kampf gegen den Faschismus darf man auch heute Gewalt gegen Personen anwenden.



Rechte müssen sich nicht wundern, wenn sie einen draufbekommen.



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils/kann ich nicht beurteilen/keine Angabe“.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige (weitere) umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen.“

22 Die Reliabilitätsanalyse liefert einen akzeptablen Wert ($\alpha=0,56$).

23 Die Bildung eines Gewaltindex ($\alpha=0,67$) ermöglicht die Korrelation von Gewaltakzeptanz mit den einzelnen Extremismus-Indizes. Die Analysen bestätigen das Bild aus der Analyse der Einzelitems. Am stärksten korreliert Gewaltakzeptanz mit allgemeinem Extremismus ($r=0,58$), gefolgt von Rechtsextremismus ($r=0,52$) und mit etwas Abstand von Linksextremismus ($r=0,35$).

11

Fazit

Demokratien sind fragile Gebilde. Sie tragen die Gründe ihres Scheiterns in sich, denn einerseits brauchen sie die Konkurrenz zwischen den politischen Akteuren und andererseits leben sie von der Regeltreue der politischen Konkurrenten. Gerade wenn es sich im politischen Wettbewerb auszahlt, die politischen Regeln zu diffamieren und gegen sie zu arbeiten, kommt Demokratie in Gefahr. Deshalb ist der Blick auf politischen Extremismus so wichtig.

In dieser Studie steht nicht politischer Extremismus selbst im Vordergrund, sondern es geht um politische Einstellungen, die mit extremistischen Gedankengebäuden in Beziehung stehen. Es geht nicht um extremistische Personen, die einer demokratiefeindlichen Ideologie in all ihren Bestandteilen anhängen, sondern um das weitere Feld von Personen, die einzelne Ideen aus einem extremistischen Gedankengebäude für plausibel und richtig halten. Der Blick geht auf mehr oder minder partielle Anschlussfähigkeit und Affinität zu Extremismus.

Die Vermessung extremistischer Einstellungen ist auch deshalb so schwierig und kontrovers, weil das politische Urteil notwendig mitschwingt. Die Formulierung von Aussagen, deren Bewertung auf Extremismus-affine Einstellungen schließen lassen, haben einen starken Einfluss auf das Ergebnis. Dabei reicht Sorgfalt nicht aus. Es gibt keine objektiv richtige Auswahl von Aussagen. Werden die zu bewertenden Aussagen zu hart, zu extremistisch formuliert, ist die Zustimmung gering und allein durch die Formulierung der zu bewertenden Aussagen entsteht das Ergebnis von geringem Extremismus in der Gesellschaft. Werden andersherum die Aussagen zu offen und weich formuliert, gibt es eine größere Zustimmung und das Ergebnis ist ein weit verbreiteter Extremismus. Das Anliegen, zwei unterschiedliche Richtungen von Extremismus zu vergleichen, verschärft das Problem. Wurden beide Richtungen mit dem gleichen Grad an Radikalität gemessen? Diese Frage ist schwer zu beantworten, beeinflusst aber das vergleichende Ergebnis. Schließlich müssen Grenzwerte festgelegt werden für die Personengruppe, die als Extremismus-nah eingehender betrachtet wird. Auch diese Entscheidung kann unterschiedlich ausfallen.

Nur methodische Offenheit und die Diskussion von Einzelergebnissen machen die kritische Beurteilung möglich. Gleichzeitig sind diese Schwierigkeiten ein gewichtiges Argument dafür, nicht vorschnell Konventionen in der Erforschung von Extremismus festzulegen. Die Vielfalt der Herangehensweisen hilft, die Phänomene Extremismus und Extremismus-Nähe in der Bevölkerung besser zu verstehen.

In der vorliegenden Vermessung ist es ein meist kleiner Anteil der Bevölkerung in Deutschland, der Extremismus-nahen Einstellungen zustimmt. Dabei bleibt aber zu bedenken, dass auch ein kleiner Bevölkerungsanteil mit extremistischen Einstellungen Demokratie gefährden kann, vor allem, wenn sich diese Personen regional konzentrie-



ren. So mag eine Zustimmung von 2 oder 4 Prozent klein wirken, dies sind aber bereits viele Menschen in Deutschland. Liegt die Zustimmung bei 10 oder 12 Prozent, ist dies schon eine recht erhebliche Minderheit.

Zudem gibt es von diesem generellen Befund Ausnahmen. Einige Linksextremismus-nahe Einstellungen finden Unterstützung von einer größeren Minderheit in Deutschland. Auch recht breit ist die hinnehmende Akzeptanz von Gewalt gegen Rechte.

Bemerkenswert ist schließlich der Patchwork-Charakter der Einstellungen, wie sie sich in der Bevölkerung verteilen. In der Regel werden einzelne Aspekte, die einer extremistischen Ideologie nahestehen, geteilt, andere dagegen abgelehnt. So gibt es nur Wenige, die einer Gruppe von Aussagen aus einer Extremismus-Richtung gleichzeitig zustimmen. Typisch sind eher partiell Anschlussfähige, die einzelne Gedanken teilen, anderes aber nicht. Schließlich findet sich eine Überschneidung von links- und rechtsextremistischen Sichtweisen, wenn Rechtsextremismus-nahe Islamfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit und der Glaube an eine Überlegenheit des deutschen Volkes zusammenfallen mit Linksextremismus-naher Kapitalismuskritik. Extremistische Ideen sind nicht als festgefügte, in sich stimmige Weltbilder in der Bevölkerung zu finden, sondern meist als Versatzstücke und einzelne Ideen. Menschen mit einer ideologisch eindeutigen Überzeugung sind kaum zu finden, aber es gibt eine nennenswerte Minderheit, die Einzelnes für richtig oder glaubwürdig hält. Damit ist der Befund keine Entwarnung, sondern verweist im Gegenteil auf die vielfältigen Anschlussmöglichkeiten von extremistischem Gedankengut, gerade wenn es im Ungefähren bleibt. Auch in diesem Zwischenfeld eine Gegenkraft zu sein, bleibt Aufgabe der Demokratinnen und Demokraten.

Literatur

- B** Backes, Uwe, 1989: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Backes, Uwe, 2013: Extremismus und politisch motivierte Gewalt im vereinten Deutschland. In: Enzmann, Birgit (Hrsg.): Handbuch Politische Gewalt. Formen – Ursachen – Legitimation – Begrenzung. Wiesbaden: Springer VS, S. 363–395.

Backes, Uwe, 2018: Extremistische Ideologien. In: Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hrsg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 99–160.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard, 1996: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Bötticher, Astrid/Mareš, Miroslav, 2012: Extremismus. Theorien – Konzepte – Formen. München: Oldenbourg Verlag.

Brähler, Elmar/Niedermayer, Oskar, 2002: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 6. Berlin/Leipzig. <https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/BraeNied.pdf> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Brettfeld, Katrin/Wetzels, Peter, 2007: Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen. Hamburg: Universität Hamburg. <https://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/WissenschaftPublikationen/muslime-in-deutschland-lang-dik.pdf> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Bundesamt für Verfassungsschutz, 2022: Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates. Begriff und Erscheinungsformen. Herausgegeben vom Bundesministerium des Innern und für Heimat, Berlin. https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/verfassungsschutzrelevante-delegitimierung-des-staates/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_node.html (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMIH), 2022: Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb2022-BMI23007.html> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

- D Decker, Oliver/Brähler, Elmar, 2008: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. <https://library.fes.de/pdf-files/do/05864.pdf> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Decker, Oliver/Brähler, Elmar, 2018: Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag. https://www.boell.de/sites/default/files/leipziger_autoritarismus-studie_2018_-_flucht_ins_autoritaere_.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.), 2020: Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag. <https://www.boell.de/sites/default/files/2020-11/Decker-Braehler-2020-Autoritaere-Dynamiken-Leipziger-Autoritarismus-Studie.pdf> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Decker, Oliver/Brähler, Elmar/unter Mitarbeit von Norman Geißler, 2006: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. https://www.theol.uni-leipzig.de/fileadmin/Fakult%C3%A4t_Theologie/Fotos/KreDo/Mitte_Studie_2006.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar, 2012: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. von Ralf Melzer. Bonn: Dietz. https://www.theol.uni-leipzig.de/fileadmin/Fakult%C3%A4t_Theologie/Fotos/KreDo/Mitte_Studie_2012.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar, 2014: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Leipzig: Universität Leipzig. https://www.theol.uni-leipzig.de/fileadmin/Fakult%C3%A4t_Theologie/Fotos/KreDo/Mitte_Studie_2014.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar, 2016: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen: Psychosozial-Verlag. https://www.theol.uni-leipzig.de/fileadmin/Fakult%C3%A4t_Theologie/Fotos/KreDo/Buch_Mitte_Studie_Uni_Leipzig_2016.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar, 2022: Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag. https://www.theol.uni-leipzig.de/fileadmin/ul/Dokumente/221109_Leipziger-Autoritarismus-Studie.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Schuler, Julia/Brähler, Elmar, 2022: Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 31–90. https://www.theol.uni-leipzig.de/fileadmin/ul/Dokumente/221109_Leipziger-Autoritarismus-Studie.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar, 2010: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. <https://library.fes.de/pdf-files/do/07504-20120321.pdf> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Della Porta, Donatella, 1995: Social Movements, Political Violence, and the State: A Comparative Analysis of Italy and Germany. Cambridge, UK: Cambridge University Press.

Deutz-Schroeder, Monika/Schroeder, Klaus, 2016: Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen. Studien des Forschungverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Band 23. Frankfurt a. M.: Peter Lang.

E Enzmann, Birgit, 2013: Politische Gewalt. Formen, Hintergründe, Überwindbarkeit. In: Enzmann, Birgit (Hrsg.), Handbuch Politische Gewalt. Formen – Ursachen – Legitimation – Begrenzung. Wiesbaden: Springer VS, S. 43–66.

F Falter, Jürgen W., 1994: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München: Verlag C. H. Beck.

Frindte, Wolfgang/Boehnke, Klaus/Kreikenbom, Henry/Wagner, Wolfgang, 2011: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland, Berlin: Bundesministerium des Innern. https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/62849/junge_muslime.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

H Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2002: Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hirndorf, Dominik, 2023a: „Kein Staat, meine Regeln“. Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von Reichsbürger-affinen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Monitor. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/kein-staat-meine-regeln> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Hirndorf, Dominik, 2023b: Radikal fürs Klima? Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von radikalen Einstellungen zum Thema Klimaschutz in der deutschen Bevölkerung. Monitor. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/radikal-fuers-klima> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Hirndorf, Dominik, 2023c: Antisemitische Einstellungen in Deutschland. Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von antisemitischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Monitor. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/radikal-fuers-klima> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

J Jaschke, Hans-Gerd, 2020: Politischer Extremismus. Eine Einführung. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.

Jesse, Eckhard, 2013: Mitte und Extremismus, In: Backes, Uwe/ Gallus, Alexander/ Jesse, Eckhard (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie. Baden-Baden: Nomos, S. 13–35.

Jungkunz, Sebastian, 2022: The Nature and Origins of Political Extremism in Germany and Beyond. Cham: Palgrave Macmillan.

- K** Kailitz, Steffen, 2004: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kreis, Joachim, 2007: Zur Messung von rechtsextremer Einstellung: Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 12, Berlin: Freie Universität Berlin. <https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/19527> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

- N** Neu, Viola, 2004: Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus. Baden-Baden: Nomos.

Neu, Viola, 2019: Niemand möchte die Demokratie abschaffen – Einstellungen zu Demokratie, Sozialstaat und Institutionen. Ergebnisse einer repräsentativen Studie. Analysen und Argumente Nr. 351. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/niemand-moechte-die-demokratie-abschaffen-einstellungen-zu-demokratie-sozialstaat-und-institutionen> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Neu, Viola, 2023: „Das ist alles bewiesen.“ Ergebnisse aus repräsentativen und qualitativen Umfragen zu Verschwörungstheorien in Deutschland. Monitor. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/das-ist-alles-bewiesen> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2018: Extremistische Einstellungen und empirische Befunde. In: Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hrsg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden: Nomos, S. 161–203.

Nunner-Winkler, Gertrud, 2004: Überlegungen zum Gewaltbegriff. In: Heitmeyer, Wilhelm/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 21–61.

- O** Osterhammel, Jürgen, 2009: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. München: Verlag C. H. Beck.

- P** Pfahl-Traughber, Armin, 2014: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme. Wiesbaden: Springer VS.

Pfahl-Traughber, Armin, 2019: Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen. Wiesbaden: Springer VS.

Pfahl-Traughber, Armin, 2020: Extremismus und Terrorismus in Deutschland. Feinde der pluralistischen Gesellschaft. Stuttgart: W. Kohlhammer.

Pokorny, Sabine, 2012: Regionale Kontexteinflüsse auf extremistisches Wählerverhalten in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.

Pokorny, Sabine, 2020: Regionale Vielfalten 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen in Deutschland. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/einblicke/detail/-/content/regionale-vielfalten-30-jahre-nach-der-wiedervereinigung> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Pokorny, Sabine/Roose, Jochen, 2024: Dimensionen extremistischer Einstellungen, in Vorbereitung.

- R** Ramirez, Francisco O./Soysal, Yasemin/Shanahan, Suzanne, 1997: The Changing Logic of Political Citizenship: Cross-National Acquisition of Women's Suffrage Rights, 1890 to 1990. In: American Sociological Review 62(5), 735–745.

Reuband, Karl-Heinz, 2023: Gibt es eine „alarmierende“ Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung? Widersprüchliche Befunde, offene Fragen und die Corona-Zeit als Sonderfall der Entwicklung. In: MIP Zeitschrift für Parteienwissenschaften 29(3), 377–419.

Roose, Jochen, 2013: Fehlermultiplikation und Pfadabhängigkeit. Ein Blick auf Schattenseiten von Sekundäranalysen standardisierter Umfragen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 65(4), 697–714.

Roose, Jochen, 2020a: Sie sind überall. Eine repräsentative Umfrage zu Verschwörungstheorien. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/sie-sind-ueberall> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Roose, Jochen, 2020b: Verschwörung in der Krise. Repräsentative Umfragen zum Glauben an Verschwörungstheorien vor und in der Corona-Krise. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/verschwoerung-in-der-krise> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

- S** Schroeder, Klaus, 2007: Expertise zu „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“. In: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich. Politische Studien, Themenheft 1, Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschichte. Herausgegeben von der Hanns-Seidel-Stiftung, München. S. 83–119.

Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika, 2015: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie. Frankfurt a. M.: Peter Lang.

Schwind, Hans-Dieter/Baumann, Jürgen et al. (Hrsg.), 1990: Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission). Band I, Endgutachten und Zwischengutachten der Arbeitsgruppen. Berlin: Duncker & Humblot.

Stöss, Richard, 2010: Rechtsextremismus im Wandel, 3. Auflage. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. <https://library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

W Wetzels, Peter/Brettfeld, Katrin/Endtricht, Rebecca/Fischer, Jannik/Farren, Diego, 2022: Zur Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland: Befunde der repräsentativen Befragung „Menschen in Deutschland 2021“. In: Kemmesies, Uwe/Wetzels, Peter/Austin, Beatrix/Büscher, Christian/Dessecker, Axel/Grande, Edgar/Rieger, Diana (Hrsg.): MOTRA-Monitor 2021. Wiesbaden: MOTRA. Herausgegeben vom Bundeskriminalamt – Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus, S. 72–103. <https://www.motra.info/motra-monitor-2021/> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Z Zick, Andreas/Klein, Anna, 2014: Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm, 2019: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Küpper, Beate, 2021: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz. <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2021> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela, 2016: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.), 2023: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz. <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Zick, Andreas/Mokros, Nico, 2023: Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz, S. 53–89. <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023> (zuletzt abgerufen am 06.02.2024).

Die Autorin und der Autor

Dr. Sabine Pokorny studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie in Köln und Florenz. Von 2007 bis 2011 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Methoden der Empirischen Sozialforschung der Freien Universität Berlin. Im September 2011 wechselte sie als Koordinatorin für Empirische Sozialforschung in die Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Seit Januar 2020 arbeitet sie als Referentin in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PD Dr. Jochen Roose studierte an der Freien Universität Berlin Soziologie. Nach einer Promotion als Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und einer Station an der Universität Leipzig habilitierte er an der FU Berlin in Soziologie. Als Professor war er an der Universität Hamburg, der FU Berlin und der Universität Wrocław (Breslau) beschäftigt, bevor er 2018 als Koordinator für Umfragen und Parteienforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung zur Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin, wechselte. Seit Januar 2020 arbeitet er in der Wahl- und Sozialforschung für die Hauptabteilung Analyse und Beratung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Sabine Pokorny

Wahl- und Sozialforschung
Analyse und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3544
sabine.pokorny@kas.de

PD Dr. Jochen Roose

Wahl- und Sozialforschung
Analyse und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3798
jochen.roose@kas.de

Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
10907 Berlin



Demokratien sind fragile Gebilde. Sie tragen die Gründe ihres Scheiterns in sich, denn einerseits brauchen sie die Konkurrenz zwischen den politischen Akteuren und andererseits leben sie von der Regeltreue der politischen Konkurrenten. Gerade wenn es sich im politischen Wettbewerb auszahlt, die politischen Regeln zu diffamieren und gegen sie zu arbeiten, kommt Demokratie in Gefahr. Deshalb ist der Blick auf politischen Extremismus so wichtig.

In dieser Studie steht nicht politischer Extremismus selbst im Vordergrund, sondern es geht um politische Einstellungen, die mit extremistischen Gedankengebäuden in Beziehung stehen. Es geht nicht um extremistische Personen, die einer demokratiefeindlichen Ideologie in all ihren Bestandteilen anhängen, sondern um das weitere Feld von Personen, die einzelne Ideen aus einem extremistischen Gedankengebäude für plausibel und richtig halten. Die Studie untersucht mehr oder minder partielle Anschlussfähigkeit und Affinität zu Extremismus. Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen Telefonumfrage, die durch qualitative Tiefeninterviews ergänzt wurde.